# Vier Reden

des

Reichsrathsabgeordneten

# Georg Ritter von Schönerer.

## Nebst einem Anhange

enthaltend:

**Das Programm des Verbandes der Deutschnationalen.**
**Die Beschlüsse des deutschen Bauerntages.**
**Die Satzungen:**
a) des Schulvereines für Deutsche in Graz,
b) des Deutschnationalen Vereines in Wien.

**Horn 1887.**

Druck und Verlag von F. Berger in Horn.

I.

# Rede

des

Reichsrathsabgeordneten

# G. Ritter von Schönerer

gehalten in der von über 1000 Personen besuchten

## Volksversammlung in Breslau

am 7. Juni 1882.

Ich bin in Ihre Mitte gekommen, meine Herren! um als Deutscher zu Deutschen zu sprechen über die wirthschaftlichen und socialen Reformfragen und Interessen, welche dem Deutschen Reiche und Oesterreich gemeinsam sind. Ich komme, die Wünsche zu bezeichnen, die im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse der beiden Reiche Deutschland und Oesterreich gelegen sind. Nicht wissenschaftlich soll mein Vortrag sein, sondern er soll meiner Ueberzeugung einfach Ausdruck geben und ich kann mich bei der Wichtigkeit der Interessen nur herzlich freuen, wenn meine aus deutschem Herzen kommenden Worte auch in Ihren Herzen Anklang finden werden.

Jeder von uns hegt gewiß die Ueberzeugung, daß die in Krieg und Frieden bewährte kräftige Hand der Hohenzollern und die demselben zur Seite stehende starke Regierung den Ausbau des Reiches gewiß vollenden wird im Sinne der zu Versailles vom Kaiser Wilhelm gesprochenen Worte, „daß er und seine Nachfolger Mehrer des Reiches sein wollen auf dem Gebiete der Wohlfahrt, des Friedens und der Gesittung." Zugleich hoffen wir, daß die guten Wechselbeziehungen zum österreichischen Habsburger-Reiche gewiß für alle Zukunft lebendig erhalten werden, damit der bestehende Bund zwischen Oesterreich und Deutschland organisch fest zusammenwachse. Ich betrachte es aber als eine Pflicht, eine Art Huldigung darzubringen in meinen Worten, eine Huldigung, die Jeder, der das Deutsche Reich, der preußischen Boden betritt, darzubringen verpflichtet ist. Diese Huldigung gilt dem Reformgedanken, welchen der greise Kaiser des Deutschen Reiches in der Thronrede vom November 1881 als ein Vermächtnis an die deutsche

Nation niedergelegt hat. Diesen Grundsätzen, welche in dieser Thronrede niedergelegt sind, streben auch wir in Oesterreich nach in Bezug auf die wirthschaftlichen Reformen, und wenn ich nur einige Worte dieser Thronrede anführen wollte, so sind es namentlich die Worte, „daß die Heilung socialer Schäden auf dem Wege der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter gesucht werden muß, daß auch Diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, „der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch in höherem „Maße auf die staatliche Fürsorge haben, als ihnen bisher zu Theil „hat werden können, und daß es eine der höchsten Aufgaben eines auf „den sittlichen Fundamenten des Christenthumes basirenden Staates ist, „die rechten Mittel und Wege dazu zu finden.

Diesen Bestrebungen streben auch wir nach; wir trachten, auch bei uns zu ähnlichen Grundsätzen vorgehend, diese Reformen durchzuführen. Als ein erfreuliches Zeichen der Zeit möge es auch genannt werden, daß das jüngere Geschlecht, welches an den blutigen Heldenkämpfen, denen das Reich seine heutige Größe verdankt, theilgenommen hat, von gut nationalem Geiste erfüllt ist (*Lebhafter Beifall*) und ist dies auch wohl das Verdienst Ihres Reichskanzlers, diesen Geist neu geweckt zu haben, und es ist das Werk ihres großen Staatsmannes, von dem jeder Deutsche, wo er auch wohne, mit Stolz sagen kann: unseres Bismarck. (*Wiederholter Beifall.*) Der Satz enthält wohl die volle Wahrheit, der sagt: „Die Nation soll fortwährend daran arbeiten, große Männer zu erzeugen.“ Wenn man sieht, was Einzelne, an rechte Stelle gestellt, für die Nation zu leisten vermögen, so muß man diesen Satz unbedingt unterschreiben, und wenn Bismarck eine Aeußerung unterschrieben hat: „Im Dienste des Vaterlandes reibe ich mich auf,“ so ist auch dies wahr; denn leider Gottes, den stolzen Worten im Volke fehlen oft die entsprechenden Thaten und nur ein Bürgerthum, das mitarbeitet an den großen Aufgaben der Zeit, hat das Recht, auch darin mitzureden. Das Bürgerthum muß daher zur Ergänzung großer Männer, deren schöpferische Art als Maßstab für eigenes Vollbringen annehmen, zum Heile der Nation und ihres Vaterlandes. Die Nachwelt wird staunen, wie wenig Verständnis so große Männer in der Mitwelt gefunden haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Ich glaube nun, daß wir alle freudigst die jetzt bestehenden innigen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich begrüßen, und es ist gewiß der Wunsch berechtigt, daß dieselben im beiderseitigen Interesse und in Anbetracht der vielfach gleichen Productionsbedingungen auch auf das wirthschaftliche Gebiet ausgedehnt werden möchten. Wenn man in den letzten Jahren wiederholt Zeuge des Zusammentreffens der Kaiser von Deutschland und Oesterreich war, so muß man sagen, daß solcher Herzlichkeit mehr zu Grunde liegt, als ein für die Oeffentlichkeit bestimmter Etiquetten-Besuch. Man muß die Empfindung haben, daß sich da verkörpert zwei Nachbarvölker, durch tausendjährige Beziehungen verknüpft, nach kurzem Streite versöhnt sich die Hände reichend, gegenüberstehen, sich im Innersten Schutz und Trutz

geloben gegen äußeres Ungemach und allenfalls im Innern vorhandene Feinde. (*Stürmischer Beifall.*)

Meine Herren! Vielfach gleiche Feinde bedrücken uns Beide: die social-öconomischen Gegensätze wie bei Ihnen, bestehen auch bei uns, und gleiche Bedrängnis großer Bevölkerungsclassen muß naturgemäß auch die gleichen Wünsche und gleiche Bedürfnisse zeitigen. Somit ist es nebst der nationalen auch die wirthschaftliche Interessengemeinschaft, die uns verbindet, und diese Gemeinschaft der Interessen soll nicht nur zur Durchführung gleicher wirthschaftlicher Reformen, sie muß auch zur wirthschaftlichen Einigung beider Reiche führen. Dies wird Jeder von uns zu unterstützen bereit sein. Worin besteht die wirthschaftliche Reformpolitik, die wir anstreben? Sie besteht darin, daß wir in beiden Reichen Gesetze wünschen, durch welche dem Arbeiter- und Handwerkerstande Erleichterung ihrer Existenz gewährt wird, und daß auch der Bauernstand, wie Bismarck schrieb, sich zur Bekämpfung jener Benachtheiligung vereinige, welche die wirthschaftliche Gesetzgebung seit einem Menschenalter ihm stetig zugefügt hat. Geht der Bauernstand aber zu Grunde, so wird die Industrie und das Gewerbe ihre besten und stärksten Käufer verloren haben, und da weder Oesterreich noch Deutschland jedes für sich ein sich selbst genügendes Productions- und Absatzgebiet bildet, so soll dies durch Zolleinigung erreicht werden; denn die wahre Interessenharmonie liegt in der gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Arbeitsgebiete, nicht aber in dem hartherzigen Manchesterthum, das unter dem Vorwande, die Freiheit des Einzelnen zu wahren, ganze Stände und damit den Einzelnen und den Staat — die ganze Nation — zu Grunde gehen läßt. (*Lautes Bravo.*) Zu den Anhängern der Bismarck'schen Reformpläne gehören darum hüben und drüben die ehrlichen Vertreter der arbeitenden Classen, der producierenden Stände. Und nicht um mit den Handelskammern kleinlich zu zanken, wie manche Zeitungen es ausposaunen, sondern um eine großartige Handelspolitik zu inauguriren, hat Bismarck den Posten des Handelsministers übernommen. Meine Herren! Die socialen Gegensätze wurden durch das Princip der freien Concurrenz und durch die Uebermacht des Capitals in einer Weise verschärft, daß das Einschreiten des Staates in dessen eigenstem Interesse gewiß und unvermeidlich geworden ist. An die Stelle abstracter Principienfragen sind schwerwiegende materielle Interessenfragen getreten. Mit der Phrase vom Kampfe gegen das System und gegen die auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens auftretende Reaction ist, Gott sei Dank, kein Erfolg mehr zu erzielen; es ist daher nicht volksthümliche Opposition, sondern es ist vielmehr impotente Negation, wenn unklare Programme mit Widersprüchen, welche den Wählern Sand in die Augen streuen und Verwirrung erregen sollen, uns über die wirthschaftlichen Fragen nichts Bestimmtes sagen. Es ist impotente Negation, wenn in dieser Weise agitatorisch fortwährend in den Kreisen des deutschen Volkes gewühlt wird. Erfreulich ist es daher, daß besonders auch

in dem heranreifenden Geschlechte, welches wahrhaft freisinnig ist und den Staatsbegriff in höherem, in wahrhaft nationalem Sinne erfaßt, die abgewirthschafteten Parteien ihre größten Gegner finden. Diese abgewirthschafteten Parteien wollen von ihren Doctrinen und Theorien nicht ablassen; sie entscheiden alle Fragen nach der Parteischablone; sie raffen sich nie zur realen Auffassung der Dinge auf und die schwerste Folge davon war, daß bei Ihnen der Particularismus vom Gesammt-Deutschland, bei uns der Föderalismus neue Blüthen zeigte.

Gewöhne man sich doch endlich, die Wohlfahrt des ganzen über den Werth von Doctrinen und über das einzelne Interesse zu setzen und wenn dies geschieht, dann haben die deutschen Helden nicht umsonst gekämpft und geblutet. (*Beifall.*) Wir wollen daher, daß nicht ein vaterlandsloses Speculantenthum an Stelle der productiven Stände trete und etwa die Früchte der Volksarbeit allein genieße! Um jeden Preis wollen wir verhindern, daß eine derartige Sclaverei in unseren Reichen eingeführt werde und wollen entschieden Jenen entgegenarbeiten zu aller Zeit, welche sich die Corruption der germanischen Race bewußt oder unbewußt zum Ziele gesetzt haben. (*Rauschender Beifall.*)

Ja, meine Herren! der Staat muß nach meiner Ansicht die Arbeit vertreten in erster Linie und nicht das Capital. Und dieses volksthümliche Princip vertritt ihr Reichskanzler. Der Staat hat eben nicht blos für die Rechtssicherheit zu sorgen, sondern er muß sich auch um das materielle Wohl seiner Bürger kümmern, damit jeder im Staate ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Die Versöhnung zwischen Capital und Arbeit ist es daher in erster Linie, was wir anstreben und eine Wohlfahrtspolitik zu Gunsten der redlichen Arbeit und im Interesse der Gesammtheit sowohl ist in Oesterreich wie in Deutschland dringend nothwendig. Möge es gelingen, dies durchzuführen und hoffen wir, daß es nach und nach gelingen wird.

Meine Herren! sagen wir uns die Wahrheit offen und ehrlich, daß die sogenannte moderne Gesetzgebung, wie man sie in der Regel nennt, bis jetzt in den letzten Jahrzehnten die Verarmung in weiten Kreisen des Volkes gefördert hat. Man kann sagen, daß oft nach dem Grundsatze verfahren wurde: „Dem, der hat, wurde gegeben; dem der nichts oder wenig hat, dem wurde genommen." Derart wurden so viele Anhänger productiver Stände zum Schuldenmachen gezwungen und zu Grunde gerichtet. Man sagt auch, man dürfe auf dem jetzt eingeschlagenen Wege der Reformpolitik nicht zu weit gehen, denn sonst verstimmt man zu sehr die großen Capitals-, Geld- oder Finanzkräfte und Mächte, deren Hilfe der Staat braucht, um sich gegenwärtig zu halten. Man vergaß, daß die Kräfte bisher stets international waren, daß sie ein Geschäft daraus machten, wegen des Gewinnes und nicht aus Patriotismus (*Stürmischer Beifall*). Wir könnten davon in Oesterreich so manche Geschichte erzählen und vielleicht dürfte dies auch bei Ihnen möglich sein. (*Lebhafte*

*Zustimmung.*) Ich bin also der Ansicht, wie Sie aus meinen Ausführungen entnehmen können, daß der Staat, der auf diese Finanzkräfte und Mächte angewiesen ist, in einer sehr erfreulichen Lage erscheint; denn nach meiner Ansicht würden diese Kräfte den Staat halten, wie der Strick den Gehenkten. (*Grosse Heiterkeit.*)

Die wirthschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Oesterreich wird trotz alledem zu den gleichen wirthschaftlichen Reformen im Innern und zur Bildung eines gemeinsamen Zoll- und Handelsgebietes führen und wird dadurch die bestehende politische Freundschaft in beiderseitigem Interesse bis zur Unauflöslichkeit befestigt werden. Jeder Schritt im Leben ist bekanntlich mit Schwierigkeiten verbunden. Doch die allmälige Beseitigung derselben ist durch consequente Arbeit möglich und man kann das Ziel erreichen, um so eher, wenn aus der Mitte des Volkes selbst der zustimmende Ruf erschallt. Ein solcher Ruf ist kürzlich am 18. März 1882 ertönt in Wels in Oberösterreich, wo Tausende oberösterreichische Bauern einstimmig die Herstellung der Zolleinigung zwischen Deutschland und Oesterreich in ihr Vereinsprogramm aufgenommen haben. (*Beifall.*) Und die heute eingelaufenen Zuschriften und Telegramme aus Oesterreich mögen Ihnen beweisen, daß wir auf dem Wege sind, vorwärts zu schreiten in der eingeschlagenen Richtung, und daß sich die Zahl unserer Anhänger stetig vermehrt.

Meine Herren! Hocherfreulich wäre es gewiß, wenn diesem Rufe, der in Oberösterreich — in Wels — ertönt ist, zuerst aus dem deutschen Lande Schlesien ein Echo entgegengerufen würde. (*Beifall.*) Ich bin überzeugt, daß hüben und drüben die Zustimmung aus verschiedenen deutschen Gauen gewiß nicht ausbleiben wird. Und ich sage es ganz offen, wir hoffen von einem solchen Zollanschluß auch außer den beiderseitigen wirthschaftlichen Vortheilen, daß dann auch die Slaven dem großen deutschen Abnehmer gegenüber und mit Rücksicht auf diesen, sobald wir einen wirthschaftlichen Organismus miteinander bilden, sich im Bedrängen der deutschen Stämme in Oesterreich mehr Mäßigung auferlegen und manche Forderung reduciren werden. (*Lebhafter Beifall.*)

Was nun die Zollunion betrifft, so sagen wir damit nichts Neues, sondern nur dasjenige, was bereits vor Jahrzehnten hervorragende National-Oeconomen als Nothwendigkeit bezeichnet haben. So hat Deutschlands größter National-Oeconom, Friedrich List, bereits in den Vierziger Jahren diese wirthschaftliche Einigung als nöthig und nützlich bezeichnet und hat nachgewiesen, daß dies einen wesentlichen Theil deutscher Wirthschaftspolitik zu bilden habe; überdies hat List in nationalwirthschaftlichen Fragen ein Programm geliefert, welches ein Testament ist, das von den Angehörigen der deutschen Nation vollstreckt werden muß, wenn die jetzt eingeleitete Socialreform einen materiellen Boden gewinnen soll. Also, möchte ich ausrufen, Volk

in Oesterreich und Deutschland! Halte die Augen offen und arbeite in national-wirthschaftlichem Sinne und hüte Dich, daß nicht ein Geschichtsschreiber einmal von der deutschen Nation sage, daß das Genie einiger großer Männer sie vorübergehend auf eine Höhe erhoben habe, auf der zu halten sie sich nicht vermochte!

Die Schwierigkeiten der angestrebten Zolleinigung sind jedenfalls nicht größer, als jene, die bei der Zolleinigung in Deutschland seinerzeit zu überwinden waren, wobei viel mehr gesetzliche Factoren gehört werden mußten, als dies jetzt bei der Einigung zwischen Deutschland und Oesterreich der Fall ist. Von deutscher wie österreichischer Seite wurden wiederholt Anregungen in Bezug auf die Zolleinigung gegeben; z. B. haben 1849 die österreichischen Minister Fürst Schwarzenberg und Baron Bruck den Vorschlag gemacht, eine Zollcommission zu bestellen, die alles Einschlägige zu berathen habe, ferner hat 1850 die österreichische Regierung eine Denkschrift an die übrigen deutschen Staaten gerichtet, worin die angestrebte Zolleinigung ausführlich besprochen ist. Und Bismarck berichtete 1852 nach Berlin, er habe gegenüber dem österreichischen Minister Grafen Buol die Frage der Anbahnung der Zollunion nicht verneint. Weiter berichtet Bismarck über seinen Aufenthalt am 25. Juni 1852 am österreichischen Hoflager in Pest: In Bezug auf die Zollfrage glaubte Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich an dem Programme der Zolleinigung festhalten zu müssen, in der Ueberzeugung, daß nur eine Verschmelzung der materiellen Interessen der deutschen Staaten und Oesterreichs, diesen Staaten zusammen denjenigen Grad von Consolidirung geben können, dessen sie als Bürgschaft der inneren Sicherheit sowohl, wie auch der europäischen Machtstellung bedürfen.

Meine Herren! Das wirthschaftliche Bedürfnis nach einer solchen Zollunion und das Bedürfnis nach einer imponirenden Machtstellung Mitteleuropas nach Ost und West sind aber seit jener Zeit noch ungleich höher gesteigert worden; da keine Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen in Deutschland mehr besteht, ist auch nicht das geringste Argument gegen die Zoll- und Handelseinigung mehr aufzutreiben, und der Kaiser von Oesterreich wird selbstverständlich im Sinne seiner damals gesprochenen Worte als constitutioneller Fürst auch in Zukunft zu handeln bestrebt sein. Und die Strömung der Zeit, Gleichartiges auf wirthschaftlichem Gebiete zu schaffen, ist eine treibende Gewalt, welcher keine staatliche Gesetzgebung auf die Dauer zu widerstehen vermag!

In dem so geeinten Mitteleuropa würde sich dem deutschen Stamme ein Bild glänzender Zukunft zeigen, so würde auch der geistige Führer der Welt maßgebend werden für weitere Kreise durch seine Politik der Verbreitung von Volkswohlfahrt. Mit Beharrlichkeit läßt sich jedem Ziele näher kommen und hilft in dem vorliegenden Falle das wieder zu Ehren kommende Staatsbahn-System zur Erreichung des Zweckes mit und der Handel nach Osten würde wieder

erblühen, gesteigert durch die Eisenbahnen, Wasserstraßen u. s. w. Und gerade Schlesien würde in Folge seiner Lage neu aufleben, der Nothstand verschwinden und der Werth von Grund und Boden steigen. Erwähnen will ich noch, daß im Jahre 1850 eine große Anzahl von Fabrikanten in Böhmen in einer Denkschrift sagte: „Die nationalökonomischen Interessen werden nur dann in erfolgreicher Weise gefördert werden, wenn durch Erhöhung der Eingangszölle auf fremdländische Industrie-Erzeugnisse und durch Einbeziehung aller deutschen Staaten in das Gebiet des Zollvereines der innere Gewerbeverkehr belebt und emporgehoben wird!" Und im Jahre 1852 haben über 100 österreichische Abgeordnete die Anschauung ausgesprochen, „daß nach Ablauf der damaligen Zolltarif-Vertragsperiode, nämlich nach 1865, der Beitritt Oesterreichs zum deutschen Zollverein erfolgen könne", und während des deutsch-französischen Krieges beantragte der „Vokswirthschaftliche Verein" in Wien die Zoll- und Handelseinigung Oesterreichs mit Deutschland. Wer vermöchte aber auch die großen Vortheile für Deutschland und Oesterreich zu läugnen, wenn der heimische Markt mit all seinen Vortheilen über die Grenze des Nachbarlandes erweitert würde? Die bestehende Allianz der beiden Staaten aber würde dadurch, daß die deutschen und österreichischen Zollschranken überall dort verschwinden, wo sie zusammentreffen, mit unantastbarer Sicherheit gefestigt und die für Deutschland nothwendige Machtstellung und der ungeschmälerte Bestand Oesterreichs würde in zweckmäßiger Weise gesichert.

Die Hindernisse aber, die derzeit der vollständigen Zolleinigung entgegenstehen, verschwinden mit der Schaffung einer Zwischenzolllinie, durch welche blos die momentane Ungleichheit der Productionsbedingung für einzelne Fabricate und Producte beseitigt würde. Meine Herren! Wir befinden uns beim Tabaksmonopol in Oesterreich ganz wohl. Bis Tabak, Salz, Zucker, Bier, Branntwein u. s. w. in gleicher Weise im Vereinsgebiete versteuert würden, bliebe eben das neue große Wirthschaftsgebiet durch eine Verzehrungssteuerlinie noch in Bezug auf diese Producte getrennt.

Bedarf es aber noch eines Beweises, von welch ungeheurem Vortheil die Zolleinigung für Deutschland und Oesterreich wäre, so genügt hiezu ein Blick auf die Polemik, die wiederholt von russischer Seite gegen dieses Project beliebt wurde. Einstimmig erklärten die russischen Zeitungen, daß ein Zollbund zwischen den beiden germanischen Reichen Mitteleuropas die größte Gefahr wäre, die der slavischen Welt bisher gedroht hat. Sie halten es nämlich für zweifellos, daß das untere Donaugebiet, die Balkanländer in das Machtbereich des Zollbundes hineingezogen würden. Meine Herren! Die Angst unserer handelspolitischen Widersacher mag uns den Weg zeigen, auf welchem wir zu sicherem Erfolg gelangen können, und das ist: ein einiges

und einziges Verkehrsgebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere! Und dieser Schutzdamm ist es, welcher am nachhaltigsten die amerikanische Concurrenz zu brechen vermöchte. Wir wollen kurz gesagt, für die Zukunft statt Zollkämpfen und Zollkrieg ein wirthschaftliches Defensivbündnis schaffen. Und wieder treffen wir auf diesen größten Staatsmann des Jahrhunderts — auf den Fürsten Bismarck, der uns den Weg andeutet, den man zu gehen habe, um so wichtige Fragen in Fluß zu bringen. Im Jahre 1852 setzte derselbe sich für die Erhaltung und Ausübung des deutschen Zollvereines ein; zu diesem Zwecke, betonte er damals, sei es nothwendig, eine Agitation ins Leben zu rufen, damit aus dem Schooße der Bevölkerung selbst Kundgebungen kommen; Flugblätter über die betreffende Angelegenheit seien zu verbreiten, Petitionen und Anträge in den Vertretungskörpern seien zu veranlassen, Vereine und Zeitungsorgane für die bezeichneten Zwecke zu gründen. Diesem Beispiele sollen und können wir auch in der jetzt angeregten Frage gewiß folgen. Oesterreich und Deutschland kann und soll, wie ich glaube, den von Bismarck und List angestrebten wirthschaftlichen und socialen Reformen folgen, und wie Goethe irgendwo sagt; „Wir sind gewohnt, daß die Menschen verhöhnen, was sie nicht verstehen oder nicht verstehen wollen", so soll man sich auch durch Hohn von dem als richtig anerkannten Weg unter keiner Bedingung abbringen lassen, und ich kann es mit Beruhigung sagen, auch ich habe es stets so gehalten!

Trotz der heftigsten und gemeinsten Angriffe und Verläumdungen einer corrupten Presse bin ich stets geblieben ein entschiedener Gegner der nationalen Geschlechtslosigkeit (*Bravo und Heiterkeit*), bin ich geblieben ein Feind der Gesinnungskäuflichkeit, ein Widersacher des Schwindels, des Phrasenthums und der Volksausbeutung. (*Stürmischer Beifall*). Entschieden rückhaltslos national und freisinnig werde ich auch in Zukunft stets für den Schutz der ehrlichen heimischen Arbeit einstehen, für die Aufrechterhaltung des christlichen Charakters des österreichischen Staatswesens einstehen, in dem Sinne einstehen, daß ich bestrebt sein werde, allen fremden dem praktischen Christenthum nachtheiligen Elementen entgegen zu arbeiten. (*Lebhaftes Bravo.*) Ich und meine Gesinnungsgenossen werden aber auch besonders Angesichts des immer ungestümer werdenden Vordringens des Slaventhums am altem deutschen Sprachboden nie vergessen, daß die deutschen Länder Oesterreichs durch ein Jahrtausend einen Bestandtheil Deutschlands gebildet haben und betrachten wir es daher als nationale Pflicht, die bestehende Bundesgenossenschaft Deutschlands und Oesterreichs durch wirthschaftliche Gesetze auch dauernd zu befestigen. (*Beifall.*)

Meine Herren! der bekannte Fürst Metternich soll einmal gesagt haben! „Die Hölle selbst würde nicht gegen Oesterreich und Preußen aufkommen, wenn sie beide einig sind." Diesen Ausspruch wollen und sollen wir uns zur

Richtschnur nehmen und ein einig Volk von Brüdern sein und bleiben! Wir in Oesterreich werden mitten unter den Slaven die Wacht auch in Zukunft halten; wir halten den uns zugewiesenen Wachtposten, dessen eingedenk, daß die deutschen Brüder im Reiche gegen Feinde im Westen geblutet haben. Wir bezahlten diese Schuld, indem wir im Osten und Süden wiederholt das Blut unserer Soldaten opferten. In diesem Sinne sind wir gute Deutsche und Oesterreicher zugleich. Hoffen, wünschen und erwarten wir, daß man im Reiche jederzeit sich dieses schwierigen Postens erinnere, und die schwierige Stellung, die wir einnehmen, auch jederzeit begreife. (*Lebhaftes Bravo.*) Ich bin davon überzeugt, daß die Mutter Germania eine an die Deutschen in Oesterreich herantretende Bedrängnis gewiß beachten werde; denn zu den Früchten des unsterblichen Erntetages, welcher zu Sedan statt hatte, kann nimmermehr gehören, der 8 Millionen deutscher Stammesbrüder in Oesterreich im Falle etwaiger ernster Drangsale zu vergessen. (*Donnernder Beifall.*) Unser Schutzbündnis soll daher lauten: „Dein Freund sei mein Freund, mein Feind sei aber auch Dein Feind.“ Sie werden zugeben, meine Herren, daß Oesterreich in seiner jetzigen Gestalt als habsburgische Monarchie für die Zukunft des deutschen Stammes eine wichtige Rolle zu erfüllen berufen ist. (*Bravo.*)

Noch Eins, meine Herren! Was unsere gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen betrifft, so bildet eine weitere materielle Frage namentlich die Ausführung des Projectes des Donau-Oder-Canales, so zu sagen einen vorläufigen Schritt zur Herstellung der angestrebten Zoll-Union. Die weitere Entwicklung der Industrie, der Landwirthschaft, der Gewerbe und des Handels hüben und drüben, besonders aber in Schlesien, welches das passendste Mittelglied wäre, hängt in bedeutendem Maße von der Schaffung der Wasserstraße ab, und da sich Ihre Regierung sowohl, wie auch das österreichische Abgeordnetenhaus bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigten und selber anerkannten, daß dieser Canal zur Hebung der wirthschaftlichen Interessen der berührten Länder dienen würde, so ist wohl die Hoffnung keine vergebliche, daß Oesterreich und Deutschland in gemeinsamer Friedensarbeit den Donau-Oder-Canal als directeste Wasserverbindung der Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meere in nächster Zukunft herstellen und dadurch den ersten bedeutsamen Schritt zur Schaffung der Zoll-Union, d. i. des mächtigen 80 Millioen Menschen umfassenden Wirthschaftsgebietes thun werden.

Dem Schlusse zueilend, will ich noch erwähnen, daß die Verschiedenartigkeit der jetzt in beiden Reichen bestehenden Arbeits- und Fabriksgesetzgebung die beiden Staaten Oesterreich und Deutschland angesichts der dadurch erwachsenden Uebelstände beim Eintreten der Zoll-Union veranlassen wird, diese wichtige Gesetzgebung auch nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Bekanntlich siegt im Kriege, sowie

im Concurrenzkampfe in der Regel der Rücksichtsloseste oder Derjenige, dem kein Mittel zu schlecht ist. Und wenn ein Staat einseitig große Humanität walten lassen wollte, so würde er selbst dadurch in Nachtheil kommen gegenüber dem andern; deßhalb hat man für die Kriegsführung, betreffend den Sanitätsdienst, durch die Genfer Convention gewisse völkerrechtliche Bestimmungen festgestellt. Ich glaube, Aehnliches wäre auch für den Concurrenzkampf möglich und auf die Ergebnisse der Statistik und auf die Berichte von Fabriks-Inspectoren gestützt, können wir wohl Vorschläge für Arbeiter-Angelegenheiten in Oesterreich und Deutschland für eine einheitliche Gesetzgebung in dieser Richtung machen.

Ich bin, meine Herren, am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und danke, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, um über die gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreichs vor Ihnen zu sprechen. Meine Herren! Jedes Culturvolk ist so lange existenzberechtigt, als es seiner nationalen Idee treu bleibt, und unser Wunsch soll daher für die Zukunft sein und bleiben: „Es schmückt jeden deutschen Mann die Liebe zu seinem Volke." Dies das Princip, dem wir treu bleiben werden. (*Stürmischer Beifall.*)

Kaiser Karl V. soll gesagt haben: „Wenn Wien und Straßburg gleichzeitig in Gefahr wären, würde ich eilen, zuerst Straßburg zu retten." Meine Herren! Straßburg ist gerettet für alle Zeit (*Lautes Bravo*), wenn Wien einmal ernstlich in Gefahr kommen sollte, ich bin überzeugt, die Deutschen werden es retten. (*Beifall.*) Mögen aber stets die deutschen Stammesbrüder im deutschen Reiche unser in Oesterreich im Sinne des Liedes gedenken, mit dem ich jetzt schließen will, und das in seiner ersten Strophe lautet:

„Und ihr streitet nicht verlassen,
„Auf der Wahlstatt uns'rer Zeit,
„Seine Brüder zu beschützen
„Steht ein mächtig' Volk bereit
„Gegen Feind in Ost und Süden
„Von der Etsch bis an den Belt:
„Deutschland, Deutschland über Alles,
„Ueber Alles in der Welt!"

(*Minutenlanger, nicht enden wollender Beifall und stürmische Hochs auf den Redner durchbrausten den Saal.*)

II.

# Rede

des

Reichsrathsabgeordneten

# G. Ritter von Schönerer

gehalten

**am 2. Mai 1884 im Abgeordnetenhause in der Debatte**

über die der

## Kaiser Ferdinands-Nordbahn

zu ertheilende neue Concession.

**Abgeordneter Ritter von Schönerer:** Obwohl ich, der ich ja mit manchem Andern schon über zehn Jahre dem hohen Hause als Mitglied angehöre, schon manche peinliche Ueberraschungen hier miterleben mußte, so ist doch eine der peinlichsten diejenige des heutigen Tages, die dadurch statthatte, daß in einer so hochwichtigen Angelegenheit, wie die gegenwärtige ist, die wir jetzt besprechen, die Wortführer der großen politischen Parteien gerade so schweigen, wie die Zeitungen von Wien und den Provinzen. Es hat allerdings mein Herr Vorredner Dr. Menger als hervorragendes Mitglied, wie ich glaube, seiner Partei gesprochen; er hat sich aber sehr behutsam in seinen Ausführungen gehalten und nicht durchblicken lassen, welcher Anschauung eigentlich er und seine Partei sind und er hat sich zumeist darauf beschränkt, es sei ihm die Anschauung der Regierung nicht klar oder sie habe vielmehr gar keine Anschauung. Was aber ich und vielleicht Andere gerne gehört hätten, welche positive Anschauung er und seine Partei, seine Clubgenossen in dieser Angelegenheit haben, darüber habe ich aus seiner Rede gar keine Auskunft erhalten. (*Abgeordneter Dr. Foregger: Schönerer'sche Verdächtigungen!*) Ich bitte sich zum Worte zu melden, wenn Sie etwas entgegnen wollen; ich habe übrigens nichts gegen Zwischenrufe (*Heiterkeit*); wenn Sie fortfahren wollen, bin ich ganz damit einverstanden. Woher kommt nun diese auffallende Zurückhaltung in dieser hochwichtigen Angelegenheeit? Das ist eine Frage, die Sie sich hier wahrscheinlich leicht beantworten können,

die aber das Volk, die gesammte Bevölkerung außer dem Hause durchaus nicht zu beantworten vermag.

Der Herr Vorredner hat von einer Zwangslage gesprochen; ich muß ihm auch in dieser Beziehung entgegentreten: Ich sehe gar keine Zwangslage in diesem Falle. Die Regierung hat eine Vorlage gemacht. Die Herren, namentlich im Club der Vereinigten Linken und auch auf der rechten Seite, haben ja so tüchtige Mitglieder und Capacitäten, auch in Bezug auf das Eisenbahnwesen, und so hervorragende Juristen, daß sie sich doch zum Mindesten in zwei bis drei Wochen klar werden können, ob sie diese Vorlage acceptieren können, ob sie sie für verbesserungsfähig halten oder ablehnen können. Ich als Nichtjurist und als Wortführer heute der überaus großen Mehrheit der gesammten Bevölkerung Oesterreichs ...... (*Gelächter und Widerspruch.*)

Meine Herren! Jeder dieser Ohorufe, die auch wohl noch später kommen werden, jeder Ausdruck Ihrer Heiterkeit hat mir und meinem Standpunkt jedesmal Tausende von Anhängern verschafft. (*Erneuertes Gelächter.*) Ich möchte Sie daher recht sehr bitten, auch heute wieder in diesem System fortzufahren. Nach der heutigen Sitzung wird die Zahl meiner Anhänger in Folge dessen wieder weiter wachsen. Also ich glaube, daß die Herren von rechts und links, die ja so bewandert in dieser Frage sind, wohl in der Lage sein werden, gründlich und genügend studiren, um zur Meinung kommen zu können, ob sie diese Vorlage für annehmbar oder für unannehmbar ansehen. Es ist auch einigermaßen auffallend, daß der Herr Vorredner über den Begriff, um den sich heute in dieser Frage Alles dreht, nämlich über die Verstaatlichung, kein Wort gesprochen hat, nicht darauf hingewiesen hat, welche Anschauung er oder seine Partei darüber hat, sondern zum Schlusse, wenn ich nicht irre, gesagt hat: „Es ertönen Rufe, welche die Verstaatlichung verlangen." Wenn man den Herrn Vorredner in seiner Eigenschaft als Referent der sogenannten Majorität des Gemeinderathes in dieser Frage ins Auge faßt — es war nämlich keine Majorität, da nicht die Hälfte der gesammten Mitglieder des Gemeinderathes von Wien für diesen Majoritätsbeschluß gestimmt hat und nur 50 gegen 41 gestimmt haben — wenn man seine Stelle als Referent in dieser Frage ins Auge faßt, so sage ich und meine Genossen, daß die von ihm vorgeschlagene und von diesen 50 Wiener Gemeinderäthen angenommene Resolution in dieser Angelegenheit, die zu einer Petition auffordert, auf uns den Eindruck gemacht: „Wasch' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß!"

Man spricht sich nicht entschieden für die Verstaatlichung aus, in der Begründung theilweise gegen die Verstaatlichung, wenn sie aber eintritt, würde man billige Tarife und noch andere Wünsche erfüllt haben wollen.

Der Herr Vorredner hat auch in seiner auffallend kurzen Rede heute viel Formelles vorgebracht; über die Sache selbst hat er eigentlich verhältnismäßig wenig gesprochen. Er hat von Vorfragen gesprochen, Auskunfts-Ertheilungen 2c. Nun, es geht doch nach meiner Auffassung — und ich habe mich auch bemüht, mich in dieser Frage zu informiren — aus der Regierungsvorlage ganz klar und deutlich hervor, welche Ansichten und welche Interessen die Regierung vertritt. Darüber brauche ich

wenigstens keine Auskünfte mehr; mir ist das klar und ich werde später darauf zurückkommen, welche Ansichten und welche Interessen die Regierung in der Vorlage zum Ausdrucke bringt. Der Herr Vorredner sprach weiter von Rechtsverhältnissen.

Nun, ich will auf diese Frage, über die bekanntlich fünf Juristen sechserlei Meinungen haben (*Heiterkeit*) können, nicht weiter eingehen. Ich will nur sagen, daß mir Eines vollständig klar ist, daß das Privilegium für gewisse Linien der Nordbahngesellschaft am 4. März 1886 unter allen Umständen erlöschen wird. Das ist glaube ich, ein sehr acceptabler Rechtsstandpunkt, eine klare Situation, wie man sie sich eigentlich in der jetzigen Zeit, wo die Verstaatlichung einmal zum Durchbruche und zur Durchführung kommen soll, nicht besser wünschen kann, und das ist eben auch das Wichtigste für uns in dieser Frage, daß das Erlöschen des Privilegiums so klar und deutlich in demselben selbst ausgesprochen ist. Ich will also nicht die Anschauungen von Andern in dieser Frage vertreten, sondern ich habe es mir in dieser Frage, wie jederzeit zur Pflicht gemacht, meine selbstständige Meinung zu vertreten, gefaßt auf Grund des Studiums und auf Grund von Informationen, die ich mir mit Mühe zu verschaffen getrachtet habe.

Die Ansicht der Regierung kennen wir aus der Vorlage. Man kann füglich sagen, sie habe keine. Die Ansicht der Vereinigten Linken kennen wir nicht, denn der Herr Vorredner hat, so viel ich mich erinnere, nicht im Namen der Partei gesprochen; die Anschauung der Herren Vertreter der hier befindlichen großen politischen Parteien kennen wir nicht.

Immerhin wäre es möglich, daß sich nach mir noch ein Herr zum Worte meldet, ein Ereignis, welches bis jetzt bekanntlich sehr selten eingetreten ist. Man hat mich in der Regel lieber todtgeschwiegen und nicht bekämpft und sich nicht bemüht, meine Gründe mit Gründen zu widerlegen.

Ich sage also, der Herr Vorredner hat mir kein wesentliches Material geboten, ich kann mich daher mit ihm nicht weiter beschäftigen. Er hat in seinen Worten eigentlich eine Kritik, eine theilweise scharfe Kritik an dem vorliegenden Uebereinkommen geübt; eine positive Meinung hat er, der in dieser Frage mehr gearbeitet hat, als vielleicht irgend ein Mitglied des hohen Hauses, nicht bekannt gegeben.

Er hat nach meiner Auffassung sozusagen mehr als Jurist, als Advocat gesprochen und weniger als Volksvertreter.

Es leuchtet auch aus anderen Emanationen, die bekanntlich in dieser Frage sehr spärlich in den öffentlichen Blättern zu Tage getreten sind, überhaupt das Bestreben von allen Seiten hervor: Wir wollen Zeit gewinnen, vielleicht bringt die Zeit irgend etwas Neues, eine gute Idee oder ein Compromiß, oder vielleicht wird die Bevölkerung eher ein Pactiren begreifen, wenn einige Wochen über diese Angelegenheit verflossen sind, oder man denkt sich, betrachten wir die Sache als einen Proceß, die Bevölkerung ist in Oesterreich gewohnt, daß die Fristen unendlich erstreckt werden. Erstrecken wir die Fristen, im Laufe der Zeit wird vielleicht ein Wechsel des Ministeriums oder sonst ein Ereignis

eintreten, und es kann dies dann den Anlaß geben zu einer Aenderung der Situation in Bezug auf diese Angelegenheit.

Ich werde — und da will ich gleich einen Vorwurf zurückweisen, der mir vielleicht gemacht werden wird — heute nicht das ganze Material besprechen, welches ich in dieser Frage gesammelt habe, weil ich Gelegenheit haben werde und Gelegenheit haben muß, bei der Begründung meines Antrages auf Verstaatlichung der Nordbahn darüber noch ausführlicher sprechen zu können.

Ich werde mich so kurz fassen, als es überhaupt die Wichtigkeit der Sache erlaubt.

Meine Herren! Am 4. März 1886 erlischt also das dem Wechselhause S. M. Rothschild am 4. März 1836 verliehene ausschließliche Privilegium zum Bau und Betrieb der Bahnlinie zwischen Wien und Bochnia und einiger Nebenlinien, und durch das Erlöschen dieses Privilegiums werden thatsächlich der Staat und das Volk sozusagen von einem Alp, der auf ihnen lastet, befreit werden, und ich sage schon jetzt, weil ich klare Situationen liebe, nach meiner Ansicht und der Ansicht meiner Genossen kann nur auf dem Wege der Verstaatlichung der betreffenden Nordbahnlinien den Wünschen und Beschwerden der Gesammtbevölkerung in dieser Frage volle Rechnung getragen werden. Es ist Thatsache, daß die Nordbahngesellschaft seit ihrem Bestande den Staat und die Bevölkerung systematisch ausgebeutet hat — und Niemand, ich werde die Ausnahmen, so weit sie mir bekannt sind, gleich nennen — ist heute für die Ertheilung irgend einer neuen Concession mit Ausnahme von wem? Mit Ausnahme von Rothschild und Genossen, mit Ausnahme des Ministeriums, mit Ausnahme sehr vieler Abgeordneten von beiden Seiten des hohen Hauses! Und dieser Umstand tritt schon dadurch zu Tage, daß Sie den von mir und Abgeordneten Fürnkranz gestellten Resolutionsantrag auf Verstaatlichung der Nordbahn nur zu 24 Mann unterstützt haben; nicht einmal die Unterstützung, daß er geschäftsordnungsmäßig behandelt und besprochen werden darf, haben Sie diesem äußerst wichtigen Antrage in bedeutendem Maße gewährt, das mag doch beweisen, daß Sie schon im ersten Stadium der Berathung sich gegen die Verstaatlichung auszusprechen willens sind.

Weiters kommen die bekannten 50 Gemeinderäthe der Stadt Wien dazu, worunter sich die unbedingtesten Anhänger der Norbahngesellschaft finden, dann kommt, wie ich gelesen habe, ich weiß nicht ob es wahr ist, der Bürgerverein in Troppau und der irgend einer anderen Stadt; das sind nur Einzelnerscheinungen.

Endlich kommen, namentlich in Wien einige Dutzend Doctoren juris, Advocaten, Juristen, dann sind wir meiner Ansicht nach fertig mit Denjenigen, die gegen die Verstaatlichung der Nordbahn Stellung nehmen. Die Gesammtbevölkerung, geben Sie sich darüber keiner Täuschung hin, ist unbedingt für die Verstaatlichung, und so einig waren die Völker Oesterreichs gar nie und werden es auf die Dauer in längeren Zeitperioden nicht mehr werden, als gerade in dieser Frage. (*Sehr richtig!*) Ja, wie kommt es, daß entgegen dieser Einigkeit in der Bevölkerung hier im Hause bis heute wenigstens nur eine ganz kleine

sichtbare Minorität sich den Gedanken der unbedingten Verstaatlichung kaum auszusprechen erlaubt.

Nach meiner Ansicht soll nun endlich, und die glückliche Gelegenheit ist auch geboten, entschieden Stellung genommen werden gegen die Macht und gegen die Vertreter des internationalen Capitales, und ich meine es da ernst in dieser Frage, jedenfalls viel ernster als die Regierung in Bezug auf diese Sache, denn ich bin der Meinung, der Staat soll endlich trachten, Herr zu werden im eigenen Hause, und wenn die Minister, wenn vielleicht noch höhere Factoren im Staate sich beugen wollen vor der Macht Rothschild's und Genossen, der Kern des Volkes und die wirklichen Volksvertreter werden sich dieser Macht nun und nimmer freiwillig fügen, und eine gewaltsame Unterwerfung in einem solchen Falle würde in Zukunft ganz colossale gewaltsame Umwälzungen zur Folge haben. (*Sehr richtig! auf der äussersten Linken.*)

Wenn wir, ich und meine Genossen, uns überhaupt beugen vor einer Persönlichkeit, so ist es vor jenem gewaltigen Manne, vor dem größten Manne des Jahrhunderts, der alle seine Zeitgenossen dadurch überragt, daß er an maßgebender Stelle ernsthaft und entschieden Stellung genommen hat gegen eine Ausbeutung des Volkes, namentlich in den sogenannten unteren Schichten, und der eine volksthümliche Wirthschaftspolitik auch praktisch in Angriff genommen hat. Für uns ist der Name Bismarck der Leitstern in Bezug auf die Wirthschaftspolitik, dem wir unbedingte Gefolgschaft leisten.

Wir sind also dafür, daß alle Anstalten, die dem allgemeinen Interesse zu dienen haben, in die Verwaltung des Staates, respective in die Verwaltung der öffentlichen Behörden übergehen müssen, und dem von Bismarck aufgestellten Grundsatze der Verstaatlichung der Eisenbahnen stimmen wir rückhaltslos auch in Oesterreich zu. Wie kommt denn die Bevölkerung in Oesterreich dazu, daß nur nothleidende Bahnen verstaatlicht werden sollen? (*Sehr richtig! auf der äussersten Linken.*) Und wie kommt die Regierung dazu, eine Bahn, die thatsächlich colossale Erträgnisse abwirft, einfach einer Privatgesellschaft nach Ablauf des Privilegiums unter einigen Bedingungen, die nicht sehr ins Gewicht fallen, was ich später nachweisen werde, weiter zu belassen?

Meine Herren! Das Betriebsrecht der Nordbahn erlischt bekanntlich am 4. März 1886 unter allen Umständen. Der Staat besitzt dann unwidersprochen gegenüber der Bahn das Expropriationsrecht und kann somit am 5. März 1886 die Bahn einlösen, welche Einlösung nach dem angenommenen Werth der Real- und Mobilarzugehörungen geschehen kann, und das Erfreuliche würde dann sein, daß diese Gesellschaft ihr Ausbeutungssystem dann nicht mehr fortbetreiben könnte. Die Generalversammlung der Nordbahn am 7. April d. J. war einfach — und da wird mir Niemand widersprechen können — eine lächerliche Comödie. In der Nordbahn und der Regierung, wie man sagt, nahestehenden Blättern kann man unter Anderem über das neue Uebereinkommen, welches angeblich die armen Actionäre so sehr drücken soll, wie in dieser comödienhaften Generalversammlung gesagt worden ist, lesen (*liest*):

„Es werden eben mit dem Inkrafttreten der Concession alle Refactien aufgehoben werden, was wohl einigen Großindustriellen und Spediteuren unangenehm, aber für die Nordbahn sehr vortheilhaft sein wird. Hiezu kommt noch das wesentliche Moment, daß, wie die Erfahrung lehrt, mit der Verwohlfeilung der Fracht der Verkehr steigt" — warum hat das die Nordbahn bis jetzt noch nicht gethan? — „ganz abgesehen davon, daß mit dem Baue der Localbahnen dem Unternehmen neue, sehr betriebsame Industriebezirke erschlossen werden. Berücksichtigt man noch den Umstand, daß der Nordbahn nach wie vor das Monopol über das beste Kohlenrevier Mitteleuropas bleibt, da ja die Gruben Privateigenthum der Gesellschaft sind, und daß außerdem die anläßlich der Neugestaltung des Unternehmens durchzuführende Conversion der Prioritäten eine beträchtliche Ersparnis mit sich bringen wird, so ergibt sich mit logischer Nothwendigkeit der Schluß, daß die Annahme des mit der Regierung abgeschlossenen Vertrages seitens des Reichsrathes vorausgesetzt, die Actien der Nordbahn durch die Concession nur an Werth gewinnen und für den Curs derselben eine respectable Erhöhung in Aussicht steht, welche auch sofort nach definitiver Ratificirung des neuen Vertrages platzgreifen wird.

So spricht ein Organ der armen, bemitleidenswerthen Actionäre, wenn das neue Uebereinkommen zu Stande kommt.

Unbestritten ist, daß die Nordbahn am 3. März 1886 kein Recht mehr auf den Bahnkörper, auf ein Privilegium, auf eine neue Concession hat, daß dieses Uebereinkommen der Regierung mit der genannten Gesellschaft unbedingt abgelehnt werden muß, daß aber, und das setze ich hinzu, auch die Bahn verstaatlicht werden muß, das sagt das gesammte Volk Oesterreichs, mit Ausnahme der bekannten Ausnahmen, die ich schon früher bezeichnet habe. Wie beleidigend muß es wirken, wenn man den Vertretern der slavischen Bezirke zuruft, und es ist das ja direct und indirect in manchen Organen geschehen: Wir geben Euch für Eure Zustimmung zu diesem Uebereinkommen die Doppelsprachigkeit auf den Fahrkarten und Stationen; in slavischen Bezirken darf sogar der Name der Station in slavischer Sprache zuerst ausgerufen werden. Ist es nicht beleidigend, ist es nicht empörend, wenn man durchblicken läßt: Wir geben Euch Abgeordneten und Euren Freunden, Familien und Journalisten, die Euch vertreten, Freikarten auf allen unseren Bahnen, wie es ja theilweise schon der Fall ist, votiren Sie aber zu unseren Gunsten dieses dem Staate und Volke abträgliche und feindliche Gesetz.

Meine Herren, mit den Real- und Mobilarzugehörigen des am 4. März 1886 erlöschenden Privilegiums kann die Nordbahngesellschaft schalten und walten nach ihrem Belieben, mit dem Bahnkörper aber, mit der Bahnlinie kann sie es nicht, denn dieser fällt offenbar ohne Entgelt dem Staate zu, was ja auch die Regierungsverordnung aus dem Jahre 1838 ausspricht.

Uebrigens ist ja — ich erwähne es nochmals, weil es wichtig ist — dem Staate für alle Fälle des Expropriationsrecht unbestritten gewahrt. Es kann daher bei der Werthbemessung nicht das Ergebnis des erloschenen Betriebsrechtes und nicht die Dividende der Actionäre

zur Grundlage der Bemessung angenommen werden, sondern der gemeine Werth der Gegenstände muß maßgebend sein. Die Nordbahn selbst giebt den Werth ihrer Hauptlinien, respective den fundus instructus mit circa $106\frac{3}{4}$ Millionen an, das Bruttoerträgnis beläuft sich auf ungefähr 27 Millionen, das Reinerträgnis auf ungefähr 19 Millionen. Schon aus diesen Ziffern ist ja ersichtlich und muß einleuchten, daß, wenn man diese Bahn verstaatlicht, wenn auch unter schweren Opfern, durch die Verstaatlichung ein großer Schritt zur Ordnung unserer Staatsfinanzen im Laufe der Zeit gemacht werden wird. Der Staat verwaltet heute unbedingt besser als Privatgesellschaften, und was die Gesammtheit zahlt, soll nach meiner Ansicht dieser und nicht Einzelnen zugute kommen.

Die Tariffrage läßt sich auch nur im Wege der Verstaatlichung in einer dem Interesse des Volkes und des Staates entsprechenden Weise regeln. Das Monopol mit der Kohle, wie es jetzt besteht, muß aufhören, weil dem einstimmigen Wunsche der gesammten Bevölkerung gegenüber diese Aufrechterhaltung des Monopols ein Faustschlag wäre, den die Völker Oesterreichs niemals sich gutwillig gefallen lassen werden. (*Sehr richtig! auf der äussersten Linken.*) Diese Bewucherung der Bevölkerung durch das Monopol, welche die Bevölkerung, namentlich in Wien, arm, Einzelne aber zu Millionären macht und neuerdings machen soll (*Bravo! auf der äussersten Linken*), muß aufhören und auch deshalb die unbedingte Verstaatlichung platzgreifen.

Es würde überhaupt bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen keinem Anstande unterliegen, und es wird geschehen müssen, darüber ist kein Zweifel, daß die Länder, Bezirke nnd Gemeinden in Betreff der bisherigen Umlagen vom Staate werden entschädigt, oder daß ihnen andere Einnahmsquellen vom Staate überlassen werden müssen.

Wie wohlthätig war eine Maßregel der Regierung, beziehungsweise der niederösterreichischen Statthalterei, durch welche der Fahrpreis der Wiener Pferdebahngesellschaft, Tramway genannt, herabgesetzt wurde.

Warum nun plötzlich bei der Nordbahn die Sache nur mit Sammtpfoten angreifen, wo man doch bei der Pferdebahngesellschaft bis jetzt noch nicht die vollgesättigten Millionäre in dem Maße zu finden hat, als man sie bei der Nordbahn tagtäglich finden kann.

Ich will dadurch die Pferdebahngesellschaft in Wien, ich verwahre mich dagegen, in keiner Weise in Schutz genommen haben (*Heiterkeit*), auch nicht eine Persönlichkeit, inclusive den Herrn Abgeordneten Dr. Granitsch, welcher auch im Verwaltungsrathe derselben sitzt. (*Heiterkeit*).

Graf Taaffe soll vor kurzer Zeit, wie Zeitungen, auch officiöse, berichten, dem Bürgermeister von Wien, der in der Viehmarktfrage bei ihm Audienz nahm und mit ihm darüber conferierte, ganz aufgeregt gesagt haben, die Regierung habe erwartet, die Bevölkerung werde sie selbst bei ihren Bestrebungen, bei ihren volksthümlichen Bestrebungen, Ordnung in die Viehmarktverhältnisse zu bringen, unterstützen.

Er hat sich somit beklagt, daß die Regierung in diesem Falle von der Bevölkerung nicht in entsprechend ausgiebiger Weise unterstützt worden ist.

*

Nun, meine Herren — ich meine die Herren auf der Regierungsbank — in dem Falle bezüglich der Nordbahn würde, wenn Sie eine Vorlage auf die Verstaatlichung derselben einbringen würden, die gesammte Bevölkerung mit in Oesterreich noch nie dagewesener Entschlossenheit Sie unbedingt nach jeder Richtung unterstützen und alle Uebergriffe dieser Gesellschaft unbedingt zurückweisen, und Ihnen helfen, eine entschiedene Stellung zu nehmen und zu trachten, daß Sie eine Majorität der Volksvertretuug finden, die Ihnen da zustimmt.

Da tritt man aber zurück, da spricht man nichts von einer Unterstützung von Seite der Bevölkerung, da beklagt man sich nicht, sondern was thut man? Ich werde auch darauf später zurückkommen. Man gr ist ein, setzt den Polizeiapparat in Bewegung und trachtet, daß die Bevölkerung in dieser Beziehung ihr staatsbürgerliches Petitionsrecht nicht ausüben könne (*Hört! Hört! links*), wie ich noch ausführlich beweisen werde.

Nun tauchte in neuerer Zeit bei Gelegenheiten, wo die Nordbahnangelegenheit, die ja die weitesten Kreise der Bevölkerung so tief erregt, zur Sprache kam, ein Schlagwort auf, das in gewissen Blättern breitgetreten wird: „Man muß keinem Druck von Unten nachgeben, man muß sich dagegen entschieden und mit allen Kräften wehren.“ Ich will dabei nur bemerken, daß das in denselben Organen gesagt wird, die damals, als der unglückselige Rector Maßen in einer für ihn jedenfalls sehr bedenklichen Stunde im Landtage für die Errichtung der czechischen Schule in Favoriten gesprochen hat, gesagt haben: „Man muß dem Willen der Wählerschaft Ausdruck geben; er ist von der deutschen Universität in Wien gewählt worden und er muß daher für das Deutschthum in jeder Richtung eintreten.“ (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!*) Wenn aber bei der Nordbahnfrage, wie es bei der Wählerversammlung in Mariahilf der Fall war, ein Druck von Unten entsteht, wenn da mit überwiegender Majorität und mit einer Entschlossenheit wie sie Wien in diesen Kreisen noch niemals erlebt hat, entschieden und einig aufgetreten wird, da heißt es: Dem Druck von Unten darf man als selbstbewußter Volksvertreter auf keinen Fall nachgeben.“ Wenn Alles im Volke, was redlich denkt und fühlt, die überwiegende Majorität, sagen wir neun Zehntel der gesammten Bevölkerung, etwas verlangt, so darf man diesem „Druck von Unten“ nicht nachgeben, namentlich auch dann nicht, wenn das Verlangte, von der überwiegenden Majorität des Volkes Verlangte, im Interesse des Staates und des Volkes gelegen ist! (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!*)

In einem Schwurgerichtsproceß hat kürzlich ein Vertheidiger nach Zeitungsberichten gesagt: „Wenn man schon annimmt, daß eine Person das Recht habe, mit ihrem Körper Erwerb zu treiben, so muß man ihr dieses Recht unbedingt zugestehen; sie darf daher diese Verwerthung ihres Körpers bis in die höchsten Preise hinauf praktisch durchführen.“ (*Heiterkeit.*) Nun, meine Herren, etwas Aehnliches — und ich bedauere vom Herzen, daß das geschehen ist, es ist dies wieder einer jener schwachen Punkte, an welchem die vereinigte Linke nach und nach ihr Dasein beendigen wird — eine ähnliche Aeußerung ist in der Wähler-

versammlung in Mariahilf gefallen, wo man gesagt hat: „Wenn schon die Nordbahngesellschaft das Recht hatte, auf Grund ihres Privilegiums auszubeuten, so mußte sie eben auch das Recht haben, dies in infinitum zu thun, und nach jeder Richtung systematisch Volk und Staat auszubeuten."

Es findet, meine Herren — legen Sie die Hand aufs Herz, ein aufrichtiges Oho! kann mir in diesem Falle nicht entgegenrufen werden — es findet ein Uebereinkommen der Regierung mit der Nordbahngesellschaft nirgends im Volke, wo man ehrlich denkt und fühlt, irgendwelche Zustimmung, und, meine Herren, es ist ja thatsächlich horrend: das bisherige Privilegium, welches, wie ich gesagt habe, auf der Bevölkerung wie ein Alp gelastet hat, war auf 50 Jahre geschlossen, endlich geht die Frist zu Ende, und was thut man darauf? Es kommt eine Regierung, die sich eine staatsfreundliche zu nennen beliebt und sagt: Nicht auf 50 Jahre etwa, auf 80 Jahre geben wir dieser Gesellschaft, die nur von der Ausbeutung nach jeder Richtung gelebt hat, neuerdings eine Concession, die ja unter den heutigen Verhältnissen dem Privilegium von damals sehr ähnlich ist. Das also, was wir im Jahre 1886 umsonst bekommen, oder was eventuell nur nach Gesetzeswerth eingelöst werden soll, das kann nach dem vorgeschlagenen Uebereinkommen erst nach 20 Jahren dann eingelöst werden, und da soll dann außerdem noch die Dividende inbegriffen gezahlt werden. Unglaublich ist es, daß diese und ähnliche Zumuthungen in dem vorliegenden Vertrage, namentlich auch jene bezüglich des Tarifrechtes die Zustimmung irgend einer österreichischen Regierung gefunden haben. Ich glaube, oder ich habe früher geglaubt, ich bin jetzt von diesem Glauben zurückgekommen, daß eine Regierung, selbst wenn sie auch nur ausschließlich aus Bosniaken zusammengesetzt gewesen wäre (*Lebhafte Heiterkeit*), ein solches Uebereinkommen einer echten Volksvertretung niemals vorzulegen gewagt hätte (*Bravo! links*). Aber, meine Herren, wir sind eben keine echte Volksvertretung, und die Regierung, sie ist eben keine solche, die nach jeder Richtung die Interessen des Staates und die Interessen des Volkes vertritt.

Meine Herren! Es soll nach dem vorliegenden Uebereinkommen der Gesellschaft in ihrer allgemeinen schädlichen Wirksamkeit neuerdings eine Concession gegeben werden. Da muß man denn doch fragen — und man fragt auch thatsächlich in den weiteren Kreisen der Bevölkerung — ja, was ging denn da eigentlich hinter den Coulissen vor? Die Bevölkerung nämlich kann sich absolut nicht erklären, daß ein solches Uebereinkommen, eine solche Vorlage, ein solcher Vertrag, auf natürliche Weise zu Stande gebracht und vorgelegt werden kann. Meine Herren! Ueberzeugen Sie sich, gehen Sie in Wien und in den Provinzen in die Kreise der Bevölkerung, gehen Sie nicht — wie Sie zu sagen pflegen — „bis herab in die untersten Schichten", bleiben Sie gemüthlich im Bürgerstande, und trachten Sie da Aeußerungen zu hören, wie der Bürgerstand in Bezug auf diese Frage denkt und Sie werden sehen, daß im Großen und Ganzen der Bürgerstand in dieser Frage mit mir Eins ist in Bezug auf die Haltung, die ich gegenüber dieser Angelegenheit hier einnehme.

Jede Seite, meine Herren, dieses hohen Hauses hat ja ihre Kaminski-, Giskra-, Ofenheimaffairen. Das sind bekannte Dinge. Jede Seite hat ihre geldgierige und bestechliche Presse. Wenn nun — und ich habe das absichtlich vorausgeschickt — eine von nahezu — und das wurde von Niemandem widersprochen — wenn also eine von nahezu 3000 den besten Berufsclassen Wiens angehörigen Wählern aus dem Bürger- und Gewerbestande besuchte Versammlung, wie die am 21. April die erste im neuen Rathhause tagt, und wenn eine solche Versammlung nicht Comödie spielt, wie dies bei der Generalversammlung der Nordbahn der Fall war, sondern selbe ihre Meinung, und zwar einstimmig in einer sachlichen Resolution zum Ausdrucke bringt, so nennen das die bezahlten Nordbahnorgane und ihre Agenten eine illegale Versammlung, einen illegalen Beschluß. Wenn also die Bevölkerung selbst, und in diesem Falle recrutirt aus den besten Berufsclassen Wiens, sich einmal erlaubt, unabhängig ihre Meinung zu äußern, und wenn selbe sich weigert, müde des ewigen doctrinären Geschwätzes von Juristen, einen bezahlten Vertreter der Nordbahn zu hören, und dabei einen ruhestörenden Juden hinausbefördert (*Heiterkeit*), so sagen die Organe der Nordbahn, und ihre Agenten: das ist scandalös, das sind unberufene Elemente gewesen, die sich erlaubten, eine selbstständige Meinung zu haben, das war eine illegale Versammlung, eine wildtobende Menge, eine brutale Vergewaltigung trat ein, würdeloses, zusammengewürfeltes Zeug war dort vorhanden, und darum ist der Werth der dort einstimmig angenommenen Resolution gleich Null. So sagen die Organe, die die Interessen der Nordbahn vertreten, und die Agenten derselben.

Wenn aber jahraus jahrein die jüdische und verjudete, also namentlich die Wiener Presse, das Volk systematisch belügt, wenn die Presse Geld nimmt von Jedermann, wie eine Straßendirne in ihrem unsauberen Gewerbe, wenn diese Presse die heiligsten Interessen des Volkes tagtäglich mit Füßen tritt, wenn diese Presse die nationalen Ideale der Völker in den Koth zieht und verhöhnt, wenn sie bei jeder Gelegenheit ehrliche Männer begeifert, als Possenreißer, als Narren, als Trunkenbolde hinstellt, dann finden die Nordbahnagenten und die Vertreter des internationalen, zumeist jüdischen Capitals, daß dies ganz in Ordnung sei. Sie wissen es von mir, und Niemand in Oesterreich wird es wagen, mich in diesem Falle zu berichtigen, daß in der galizischen Transversalbahn-Angelegenheit die Zeitungen einen Betrag von 100.000 fl., sage: einmalhunderttausend Gulden Bestechungs- und Schweiggelder erhalten haben. Ich sage das so laut, damit die Herren oben es hören, und damit nicht die Ziffern zufällig wieder verdruckt werden. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Mag man dies dann nennen Betheiligung für Texteinschaltungen oder anders, nach der Meinung des Volkes, soweit es ehrlich fühlt und denkt, sind dies einfach Bestechungsgelder (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!*) zu volksfeindlichen Zwecken. Welche Summen müssen, nach dem vorausgegangenen Beispiele zu urtheilen, in der Nordbahnfrage in die Taschen der gewissen Zeitungen gewandert sein! (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!*) Als Vermittler — im Falle Jemand sagt, er wisse von allen diesen Lumpereien nichts erlaube ich mir Sie auf Grund von Thatsachen zu informiren

— als Vermittler bei der Vertheilung von Bestechungsgeldern fungirt bekanntlich in der Regel ein gewisser Josef Hesky, Besitzer einer Leihbibliothek, wenn ich nicht irre, Praterstraße 25, Correspondent — wenigstens gewesener — des „Frankfurter Actionärs", welcher Hesky der sogenannte Hausjude der Creditanstalt und Nordbahn seit mehr als 20 Jahren ist, und die Vertheilung der Schweiggelder als sogenannte Betheiligung und als Freundschaftskauf oder wie man die Dinge sonst nennt, bei den Blättern vornimmt, und zwar bei allen betreffenden Zeitungen, von der „Neuen freien Presse" angefangen bis herab zum kleinsten Sudelblatt. Nur die „Deutsche Zeitung" macht eine Ausnahme, indem für dieselbe dieses Geschäft ein gewisser Bernhard Fischer besorgt. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Für kleine Sudelblätter besorgt diese Geschäfte auch ein Schwager Hesky's, ein gewisser Spitzer (*Heiterkeit*), und gelegentlich der Nordbahn wurde, wie man in gewissen Kreisen hört, so nobel bezahlt, wie dies noch gar nie, nicht einmal in den Gründerjahren der Fall gewesen ist. Obenan im Preise steht natürlich die „Neue freie Presse", dann kommt das „Tagblatt", dann die anderen Blätter, dann der „Floh", die „Bombe", endlich die jüdische oder verjudete Provinzpresse! In der Provinz gibt es glücklicherweise rühmliche Ausnahmen, welche Bestechungsgelder sogar zurückgewiesen haben; dort besorgt die Betheilung der Eigenthümer eines Anoncenbureaus, dessen Name mir momentan entfallen ist. Von dieser von mir auf Grund von Thatsachen wahrheitsgemäß charakterisirten Schmutz- und Schandpresse, meine Herren, angegriffen und verhönt zu werden, ist somit eine große Ehre, die glücklicherweise mir schon oft widerfahren ist und hoffentlich noch oft widerfahren wird. Es ist denn aber auch, bildlich gesprochen, kein Berg der deutsch-österreichischen Alpenländer so hoch, so groß, daß dessen Größe und Höhe der Größe der Verachtung entsprechen könnte, die ich gegenüber diesen volksfeindlichen, corrupten Zeitungsschreibern empfinde. (*Bravo! Bravo!*)

Und das ehrlich denkende Volk, meine Herren, mit seinem wunderbaren Instincte und seinem so gesunden Hausverstande hat es bereits zum großen Theile herausgefühlt, daß das Recht und die Wahrheit auf meiner Seite sind und so ist denn die Zahl meiner Anhänger thatsächlich und stetig von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr bedeutend gewachsen.

Was das Uebereinkommen betrifft, welches uns vorliegt, so erlauben Sie mir zu § 8 desselben, betreffend die Tarife auf Mineralkohle, Folgendes zu bemerken:

§ 8 bestimmt: Der Normaltarif für Mineralkohle; die Einnahmen aus dem Kohlentransporte allein betragen über 43 Percent der gesammten Einnahmen aus dem Güterverkehre. Also namentlich für Mineralkohle ist für die Distanz von 100—300 Kilometer per Tonne und Kilometer 1·2 Kreuzer festgesetzt.

Bezüglich der Beförderung der Ostrauer Kohle aus den einzelnen Gruben nach Wien—Floridsdorf, die bedeutendste Quantität aller übrigen Tarifzonen, heißt es dann (*liest*):

„Ueberdies verpflichtet sich die Kaiser Ferdinands-Nordbahn für den Kohlenverkehr von den einzelnen Gruben des Ostrauer Revieres nach Wien (Nordbahnhof) und Floridsdorf einen Ausnahmetarif einzuführen, wonach der Gesammtsatz von der Grube bis zur Bestimmungsstation nicht mehr als höchstens 4 fl. 8 kr. per Tonne, exclusive Manipulationsgebühr, betragen wird.

Nun beträgt die Distanz von der letzten Grube an der Ostrauer Montanbahn bis zur Nordbahnstation Ostrau 21 Kilometer, von Ostrau nach Wien 268, zusammen 289 Kilometer. Dividirt man diese weiteste Distanz für den Ausnahmstarif in die 4 fl. 8 kr., so ergibt sich ein Einheitssatz von 1·4 Kreuzer per Tonne und Kilometer. Es wäre also der Ausnahmstarifsatz um 0·2 Kreuzer oder um 26·7 Percent noch größer als der Normaltarifsatz, zu welchem die Nordbahn sich verpflichtete.

In § 30 des Uebereinkommens ist geradezu eine unerhörte Bestimmung enthalten.

Ich schicke voraus und bemerke, daß der Ausbau von Localbahnen eigentlich eine ganz selbstverständliche Sache ist, die zumeist im Interesse der Gesellschaft gelegen ist und bei Verstaatlichung selbstverständlich auch in dem Maße und wahrscheinlich noch besser, entschiedener, rascher, und mit weniger Verhandlungen durchgeführt werden wird. Ich habe also gesagt, die Bestimmung des § 30 des Uebereinkommens ist geradezu unerhört.

Ja, man hat sogar — und ich stimme dem zu — gesagt, daß der § 30 dieses Uebereinkommens geradezu ein staatsgefährlicher sei, denn darin steht kalt und nackt, daß, wenn nicht bis zum 1. Juli 1884 die legislative Genehmigung erwirkt und ertheilt ist, die Kaiser Ferdinands-Nordbahn an das Uebereinkommen nicht weiter gebunden sei. Ja, meine Herren, denkt da nicht Jeder, daß noch jemand Anderer auch nicht weiter gebunden ist? Von diesem Satze ist es ganz unbegreiflich, daß er in diese Vorlage hineinkommen kann; die Vorlage wurde aber so eingehend geprüft, daß man nicht daran zweifeln kann, daß dieser Satz absichtlich hineinkam und die Nordbahn nur einseitig entbunden wird, wenn der Vertrag nicht zu Stande kommt.

Nach den §§ 1 und 6 des Uebereinkommens bleibt die Staatsgarantie für die mährisch-schlesische Nordbahn, für den Fall, als das Einkommen der Nordbahn nicht ausreicht, aufrecht; es soll aber künftig die Betriebsrechnung der mährisch-schlesischen Nordbahn nicht mehr gesondert geführt werden. Nun, wonach soll man denn dann das Zinsen- und Amortisationsdeficit der mährisch-schlesischen Nordbahn erkennen? Ich kann mir nicht vorstellen, wie dies bei dieser nicht mehr gesonderten Rechnung möglich sein wird. Man nennt die Vertreter der Clericalen in der Regel Anhänger des Staatssocialismus. Nun, in dieser Frage werden sie, wie man hört und nach den Stimmen mancher ihrer Organe zu urtheilen, Hand in Hand mit Rothschild und Genossen gehen; denken Sie sich den Bischof Rudigier und den Herrn Baron Rothschild miteinander! Es ist dies ein Bild, welches allerdings das Staunen der weitesten Kreise erregen wird.

Aus den Organen der „Vereinigten Linken“ kann man unter Anderem auch ganz merkwürdige Argumente hören. Da heißt es in

einem kleinen Bulletin aus dem Club, da man füglich doch nicht ganz schweigen kann: „In der Frage der Verstaatlichung der Nordbahn gehen die Meinungen im „Club der vereinigten Linken" sehr weit auseinander."

Ich möchte dem hinzufügen: wie gewöhnlich bei wichtigen Fragen; ich brauche da nur das Wehrgesetz, die Grundsteuerregulirung, die Abstinenzfrage zu nennen (*Abgeordneter Fürnkranz: sehr richtig!*), sonst aber ist man einig.

Man sagt dann, in dem Begehren nach Verstaatlichung eines großen, wirthschaftlich selbstständigen Besitzcomplexes liege eine Art Vertrauensvotum für die Regierung, welche man zur Verstaatlichung auffordert. Nun ich bin vielleicht ein ernsterer Gegner der Regierung, als manche Herren aus der „Vereinigten Linken", gegenüber einer solchen Auffassung muß ich aber sagen, daß dieselbe kleinlich ist. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß ich eine Verstaatlichungsvorlage bezüglich der Nordbahn jeder österreichischen Regierung votiren würde und daß ich gegen ein Uebereinkommen mit dieser Gesellschaft in jeder Form, unter jeder Regierung stimmen muß.

Hat man aber irgendwo gehört oder gelesen, die Verstaatlichung sei undurchführbar oder unmöglich? So weit hat man sich doch noch nicht zu gehen getraut. und ich muß sagen: Die einzige vernünftige Lösung dieser Frage ist eben die Durchführung der Verstaatlichungsaction.

Wozu ist denn das Parlament da, wenn nicht zu dem Zwecke, um eine solche Verstaatlichungsvorlage zu controlliren, eventuell zu verbessern und nicht kurzweg abzulehnen? Wenn eine solche Verstaatlichungsvorlage eingebracht würde, wäre es Aufgabe eines Parlaments, welche dem Wesen des Parlaments entspricht, die Vorlage in den einzelnen Bestimmungen zu verbessern, nicht aber abzulehnen, denn man würde dadurch den Bedürfnissen des Volkes entgegentreten, und das soll ein Volksvertreter in einem solchen Falle niemals thun. Wenn also das Parlament seine Pflicht thut, dann ist eine Gefahr für den Staat absolut nicht vorhanden, und müssen sich, sollte man glauben, wenigstens auf beiden Seiten dieses hohen Hauses doch Männer genug finden, um in diesem Falle eine Majorität zu bilden, die die Interessen des Staates in dieser Angelegenheit um jeden Preis und vollständig wahrt.

Die Gesammtbevölkerung, meine Herren, hat ein Recht, wenn sie die Verstaatlichung der betreffenden Norbahnlinien unter allen Umständen verlangt. In den Petitionen, die mir zugesendet wurden, ertönt tausend- und abertausendmal der Ruf: Der größte Theil der Presse ist gekauft und bestochen, dieses Schweigen der Presse, dies Eintreten für die Interessen der Norbahngesellschaft ist mit Gold erkauft, mit Gold, gewonnen aus der Bewucherung auch der Aermsten, durch Transportwucher und besonders durch die willkürliche Vertheuerung der Kohle und anderer nothwendiger Bedarfsmittel. Man erwartet daher, daß das Abgeordnetenhaus, jener Verpflichtung entsprechend, entschieden gegen seine Vampyre Stellung nehmen werde, die seit Jahrzehnten am Marke des Staates und des Volkes saugen. Und in der That, meine Herren, in dieser Frage gilt es, Stellung zu nehmen gegen die unersättliche Habsucht einer geringen Anzahl von Millionären. (*Sehr richtig! auf der äussersten Linken*). Wohl noch nie ist es in dem Maße dage-

wesen, seit in Oesterreich der Constitutionalismus besteht, daß Petitionen aus den verschiedensten Wahlbezirken an einen Abgeordneten zur Ueberreichung gesendet wurden, und noch dazu an einen Abgeordneten, den die öffentliche Presse, namentlich in Wien, stets als Hochverräther, als Possenreißer, als Narren und Trunkenbold bezeichnet und systematisch nach jeder Richtung verdächtigt hat. Die Bevölkerung läßt sich aber durch diese Organe glücklicherweise nicht mehr irre machen, sie fängt endlich — und ich sage Gott sei Dank an, mündig zu werden.

Meine Herren! die Bevölkerung hat in dieser Frage, wie man es noch selten, ich habe gesagt, vielleicht noch nie in Oesterreich erlebt hat, den umfassendsten Gebrauch von ihrem Petitionsrechte gemacht. Und was thut angesichts dieser Thatsache die Regierung? Die Regierung hat in Wien ihren ganzen Polizeiapparat in Bewegung gesetzt und alle verfügbaren Polizeiorgane beauftragt, den von mir in dieser Sache verbreiteten Aufruf, den Petitionsentwurf, der von den richterlichen Behörden nicht confiscirt wurde, allerorten zu confisciren, und wenn ich trotzdem in den nächsten Tagen aus Wien und dessen Vororten Petitionen mit über 20.000 Unterschriften hier überreichen werde, welche unbedingt für die Verstaatlichung der Nordbahn eirtreten, so mag Ihnen dies wohl zur Genüge beweisen, wie intensiv erregt in dieser Frage die Bevölkerung ist.

Und wie kleinlich, hilflos, ja wie lächerlich steht dieser Erregung, dieser intensiven Bewegung in der Bevölkerung die Regierung mit ihren Maßregeln gegenüber? Die Ausübung des selbstständigen Petitionsrechtes soll durch den in Folge des Ausnahmszustandes verstärkten Polizeiapparat unmöglich gemacht werden. Ja, man hat sich sogar erfrecht, Detectives in die Wohnung eines meiner besten Freunde, eines Hausbesitzers in Wien, während dessen Abwesenheit zu schicken, mit dem mündlichen Auftrage, die Frau desselben möge zur Polizei kommen. (*Hört! Hört!*) Die Frau war leidend; wäre sie gesund gewesen, so hätte sie die betreffenden Organe, denn sie ist eine deutschfühlende Frau, gebührend zurückweisen lassen, da sie aber leidend war, wandte sie sich an mich und ich sagte ihr als Rath, unter keinen Umständen solle sie einer solchen mündlichen Vorladung durch einen Detective oder durch ein anderes polizeiliches Organ folgen. Als ihr Mann von seiner Reise zurückkam, da sandte man dann — man scheint denn doch nicht ganz im Rechte gewesen zu sein — eine schriftliche Vorladung an den Mann worauf stand, wegen Verbreitung von Nordbahnpetitionen habe er sich auf der Polizei einzufinden und sich darüber zu äußern. Mein Freund verweigerte selbstverständlich jede Auskunft, und es wird sich zeigen, welchen Verlauf die Sache weiter nehmen wird.

Andere Personen hat man, Einen davon sogar Nachts arretirt und ihm beim Commissariate theilweise unterschriebene Bögen, von denen einzelne nicht die Nordbahn, sondern eine Petition an den Wiener Gemeinderath betrafen, abgenommen, und als der Betreffende schriftlich um Rückausfolgung dieser Bögen einschritt, gab man ihm zur Antwort, es seien diese Bögen im Sinne des § 23 des Preßgesetzes an die Staatsanwaltschaft abgetreten worden.

Meine Herren! Ich habe Manches in Oesterreich erlebt, bin jedoch begierig, ob sich auch für diese Fälle in Oesterreich oder etwa für diesen Fall in Oesterreich Richter finden werden, die auf Grund des § 23 des Preßgesetzes die Ausübung des Petitionsrechtes der Staatsbürger verurtheilen. Der diesbezügliche Absatz des § 23 des Preßgesetzes lautet: (*liest*): „Das Hausiren mit Druckschriften, das Ausrufen, Vertheilen und Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Localitäten und das Sammeln von Pränumeranten oder Subscribenten durch Personen, welche nicht mit einem hierzu von der Sicherheitsbehörde besonders ausgestellten Erlaubnisschein versehen sind, ist verboten."

Die betreffenden Verhandlungen sind für den 6. Mai anberaumt und es wird sich zeigen, was einem Laien unbegreiflich wäre, ob auf Grund dieses § 23 die Ausübung des Petitionsrechtes verurtheilt und bestraft werden kann.

Würde das geschehen, so würde dieser Fall zu jenen Unglaublichkeiten zu zählen sein, die ja in Oesterreich ab und zu wiederholt schon vorgekommen sind. Das hat man in Wien und den Vororten gethan. In der Provinz konnte man natürlich nicht so vorgehen. Da ist der Polizeiapparat schon etwas ins Schwanken gekommen und ich habe da Beweise durch Hunderte von an mich gerichteten Briefen, worin Männer auf dem Lande erklären, daß sie eine derartige Einschüchterung wie sie in Wien statthatte, in Bezug auf diese Angelegenheit in keinem Falle dulden werden.

Und wie so oft, so hat auch in diesem Falle diese kleinliche polizeiliche Maßregel der Regierung wieder mir und der Sache, die ich vertrete, einen weiteren Anhang, eine Popularität verschafft, sogar in Kreisen, die mir bisher beinahe feindlich gegenüber gestanden sind.

Solche Maßnahmen sagt man, gehen denn doch etwas zu weit, und wenn sich der Abgeordnete Schönerer um die Ausübung des Petitionsrechtes seitens der Bevölkerung annimmt, so kann das doch unmöglich Etwas sein, was die Polizei irgendwie zu beanständen das Recht hätte.

Sprechen wir wieder von der Nordbahn, die bei der Vertheilung von Schweiggeldern solche Unsummen an die Zeitungen gegeben hat und betrachten wir, wie diese reiche Bahngesellschaft, die ja nach Zehntausenden ohne Weiteres ausgegeben hat, kleinlich und sparsam ist in anderen Fragen, wo es sich um wirkliche Interessen der Bevölkerung handelt.

Da habe ich Einsicht genommen in eine Zuschrift der Nordbahn an eine Gemeindevorstehung. Dieselbe ist vom heurigen Jahre, also aus einer Zeit datirt, wo das Uebereinkommen vielleicht schon perfect war. Darin heißt es unter Anderem (*liest*):

Wir können der Consequenzen wegen ein Wartelocale in Ihrer Haltestelle nicht bauen, wären jedoch nicht abgeneigt, falls Sie die Herstellung eines solchen Locales auf Ihre Kosten veranlassen wollen, Ihnen hiebei an die Hand zu gehen. (*Hört! Hört! und Heiterkeit.*) Sollten Sie thatsächlich nur auf die Aufstellung eines alten Waggonkastens reflectiren, so sind wir bereit, einen solchen beizustellen, jedoch müßten

Sie die Kosten für Adaptirung und Einrichtung eines solchen Kastens übernehmen." (*Heiterkeit. — Hört! Hört!*)

Nun, meine Herren, höhnischer kann man doch nicht eine gerechte Anforderung der Bevölkerung abweisen, als es hier Millionäre in ihrer wahren Gestalt gegenüber armen Teufeln gethan haben. Wie ich weiß, und ich habe dies genau erhoben, sind Petitionen um unbedingte Verstaatlichung, um Verstaatlichung unter allen Umständen, an die Abgeordneten der verschiedensten Parteirichtungen in diesem Hause in sehr großer Zahl zur Ueberreichung eingesendet worden.

Erlauben Sie mir, Ihnen eine Stichprobe mitzutheilen, wie viel und von wo Petitionen z. B. an mich zur Ueberreichung eingesendet worden sind: Ich erinnere Sie, daß ich vor wenigen Wochen eine Petition des deutschnationalen Vereines in Wien überreicht habe, die Sie so freundlich waren, über meinen Antrag zur Vorlesung bringen zu lassen. Ich habe dann eine Petition des landwirthschaftlichen Casinos in Groß-Pertholz in Niederösterreich überreicht. Ich werde in den nächsten Tagen überreichen 919 Petitionen aus Wien und den Vororten mit 21.335 Unterschriften.

Gestatten Sie mir nun ein Land zu erwähnen — ich erwähne es zuerst, weil es in dieser Nordbahnangelegenheit gewiß sehr interessirt ist — ein Land, welches meinen Herrn Vorredner hierher ins Parlament geschickt hat. Vorerst will ich noch mittheilen, daß auch die Versammlung der Wähler Wiens vom 21. April 1884 in der Volkshalle im neuen Rathhause, wo über 3000 Wähler anwesend waren, eine Petition durch mich überreichen lassen wird.

Aus **Schlesien** also haben mir Petitionen zur Ueberreichung eingesendet, oft mit sehr zahlreichen Unterschriften versehen, die Gemeindevertretungen nachfolgender schlesischer Stadt-, Markt- und Landgemeinden:

Redner verliest nun nach Kronländern geordnet 1) die Namen der Stadt-, Markt- und Landgemeinden, welche als solche durch ihre Vorstände an ihn petitionirt haben; 2) derjenigen anderen Orte, aus welchen Bewohner Petitionen eingesandt haben; 3) der Vereine 2c., welche sich ihnen angeschlossen haben.

Nachdem Abgeordneter Ritter von Schönerer einige hundert Ortsnamen verlesen hat, unterbricht ihn der **Präsident,** Dr. Smolka, mit folgenden Worten: Ich bitte, vielleicht dieses Verzeichnis der Namen nicht zu verlesen, sondern dem Stenographenbureau zu übergeben, so daß es dem stenographischen Protokolle beigedruckt wird. Das Verlesen von Schriftstücken ist ohnedies nach der Geschäftsordnung nicht gestattet.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Die Verlesung durch mich geschieht über ausdrücklichen Wunsch der petitionirenden Gemeinden, die eine Bevölkerung von Millionen repräsentiren. Sollte mir in diesem Falle das Wort entzogen werden, so verwahre ich mich dagegen im Namen von Millionen österreichischer Staatsbürger. (*Gelächter.*) Ich werde Ihnen dann sagen, wo Sie hingehören, namentlich Sie, Herr Abgeordneter Wagner aus der Bukowina. Wenn tausende von Staatsbürgern petitioniren, so ist Jener ein ungebildeter Bengel, der dabei sich zu lachen getraut. (*Lärm und Widerspruch.*)

Darf ich weiter lesen oder nicht?

(*Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich will constatirt haben, ob ich die Wünsche der Bevölkerung zum Ausdruck bringen kann? Ja oder Nein!

Präsident (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Wenn ich das Glockenzeichen gebe, so haben Sie aufzuhören zu sprechen. Es ist nicht die Rede davon, Ihnen das Wort zu entziehen, ich habe nur gemeint, daß anstatt dieser unendlichen Reihe (*Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Ja, unendlich ist sie wohl!*) von Namen, die ohnedies Niemand hört, vorzulesen, das Verzeichnis dem Stenographenbureau mitgetheilt werden möge, damit es ins stenographische Protokoll aufgenommen wird. Ich glaube, Sie könnten damit einverstanden sein.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Ich bitte mich vorlesen zu lassen oder das hohe Haus darüber zu befragen.

Präsident: Die Herren hören aber ohnedies nicht zu.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Wenn meine Lunge so viel verträgt, können die Ohren der Herren es wohl auch vertragen.

(Abgeordneter v. Schönerer verliest nun das Petitionsverzeichnis, welches im Folgenden nur nach Zahlen wiedergegeben wird.)

I. **Schlesien**: 138 Stadt-, Markt- und Landgemeinden; aus 22 anderen Orten 31 Petitionen mit 825 Unterschriften; 4 Vereine.

II. **Böhmen**: 106 Gemeinden; aus 125 anderen Orten 154 Petitionen mit 4405 Unterschriften; 15 Vereine ꝛc.

III. **Mähren**: 50 Gemeinden; aus 20 anderen Orten 33 Petitionen mit 921 Unterschriften; 5 Vereine; 1 Gutsverwaltung.

IV. **Galizien**: 2 Gemeinden; aus 5 anderen Orten 5 Petitionen mit 60 Unterschriften; 2 Vereine; 1 Gutsverwaltung.

V. **Steiermark**: 9 Gemeinden; aus 31 anderen Orten 37 Petitionen mit 1424 Unterschriften; 4 Vereine; 1 Gutsverwaltung; 1 Bezirksausschuß.

VI. **Kärnten**: 9 Gemeinden; 2 Gauvereine (Villach und Tarvis); 1 Petition (Bleiburg) mit 21 Unterschriften.

VII. **Krain**: 1 Gemeinde (bei Gotschee); 14 Bewohner von Idria 4 Grundbesitzer.

VIII. **Triest**: 1 Petition mit 3 Unterschriften.

IX. **Tirol**: 5 Gemeinden; 1 Bezirksgenossenschaft (Meran); aus 3 anderen Orten 3 Petitionen mit 34 Unterschriften; 2 landwirthschaftliche Vereine.

X. **Salzburg**: 38 Gemeinden; aus 7 anderen Orten 23 Petitionen mit 800 Unterschriften; 3 Vereine.

XI. **Oberösterreich**: 9 Gemeinden; aus 27 anderen Orten 34 Petitionen mit 1075 Unterschriften; 6 Vereine darunter der oberösterreichische Bauernverein mit mehr als 6000 Mitgliedern.)

XII. **Niederösterreich**: 14 Stadtgemeinden; 853 Landgemeinden (zusammen 867); aus 62 anderen Orten 92 Petitionen mit 2979 Unterschriften; 10 Vereine (darunter der österreichische Reformverein mit 1500 Unterschriften); 42 landwirthschaftliche Vereine; 3 Gutsverwaltungen.

(Aus Gesammt-**Deutsch-Oesterreich** ohne Wien und Vororte haben also an Ritter v. Schönerer Petitionen um Verstaatlichung der Nordbahn eingereicht: **1235 Gemeinden** ebensoviel Petitionen: **12,561 Bewohner** aus **305 anderen Orten 415** Petitionen; ferner **96 Vereine** *rc.* und **10 Gutsverwaltungen.** Mit den 919 Petitionen von 21,335 Bewohnern Wiens und seiner Vororte belaufen sich die Einzelpetitionen auf **1334** mit **33,896 Unterschriften.** Dazu noch **1341** Petitionen von Gemeinden, Vereinen und Corporationen, welche sehr wohl **„eine Bevölkerung von Millionen"** repräsentiren, ergiebt **2675 Petitionen in der einen Sache an den einen Mann!)**

(In den Sitzungen vom 20. und 24. Mai hat Abgeordneter Ritter v. Schönerer in derselben Angelegenheit neuerdings Petitionen überreicht, und zwar aus Wien 36 Petitionen mit 626 Unterschriften; Graz 3 Petitionen mit 246 Unterschriften; Tirol 2 Petitionen; Mähren 4 Petitionen; Kärnten 3 Petitionen; Galizien 2 Petitionen; Schlesien 38 Petitionen; Böhmen 8 Petitionen; Niederösterreich 17 Petitionen.)

Nach der Vorlesung fährt Ritter v. **Schönerer** fort: Ich gehe nun, nachdem ich klar und deutlich bewiesen zu haben glaube, daß in dieser Frage eine überaus große Anzahl von Gesinnungsgenossen in der Bevölkerung auf meiner Seite steht, darauf über, bezüglich der Nordbahn wieder auch nur kurz den Inhalt eines Briefes bekanntzugeben, den ein Industrieller aus Schlesien an mich gerichtet hat, und aus welchem hervorgeht, daß die Nordbahn eine Rücksicht auf die Localverhältnisse bis jetzt nicht gekannt habe. Da wird gesagt, daß es geradezu empörend sei, wie die Nordbahngesellschaft die Bewohner der anliegenden Länder ausnützt und aussaugt, um sich zu bereichern, was doch nie der Zweck einer Concession bei öffentlichem Verkehrsmittel sein darf und nur in Oesterreich vorkommt. Abgesehen von höchsten Tarifen in jeder Richtung geschieht für den Localverkehr gar nichts. Auf der ganzen Strecke sind nur wenige unvortheilhafte Tour- und Retourbilleten eingeführt. Jeder Landbewohner muß, wenn er die nächste Stadt besucht, um den Wochenmarkt zu besuchen oder einige Stunden aufzuhalten, den vollen Betrag bezahlen, während auf allen Bahnen Retourkarten, Saisonkarten, Abonnementskarten *rc.* ausgegeben werden. Die Nordbahn ist ein Krebsschaden der schlesischen Industrie und wird jetzt Alles versprechen und nach Verlängerung der Concession wie vorher ausnützen und schädigen.

Zur Charakterisierung dieser Nordbahngesellschaft möge Ihnen dienen, daß manche Consumvereine bei derselben die kleineren Bediensteten und Beamten in einer Weise bewuchern, die geradezu scandalös ist. Die Leute bekommen oft kaum ein paar Gulden, das übrige in Marken, und für die Marken bekommen sie ein erbärmliches Fleisch, oft wenig genießbare Lebensbedarfsartikel. Klagen werden ohneweiters mit Entlassung bestraft, oder wenigstens wird Entlassung angedroht. Also die kleinen Beamten müssen kuschen. (*Heiterkeit.*) Man nützt sie aus, man gibt ihnen nicht einmal gegen Marken ordentliches Fleisch zu essen. Die reichen Leute aber, die Millionäre fahren mit Freikarten auf derselben

Bahn auf allen Linien. Für die unentbehrlichsten Bedarfsartikel hebt man riesig hohe Tarife ein, der Lebensbedarf wird dadurch für die kleine Bevölkerung in colossaler, unverantwortlicher Weise gesteigert, und einer solchen Gesellschaft — das sind nur Streiflichter, die ich vorbringe — will man über Vorschlag der Regierung fernerhin die Verwaltung und den Betrieb dieser Bahn unter gewissen Bedingungen überlassen, unter Bedingungen, von denen viele umgangen werden können. Es hat der Herr Vorredner, Herr Abgeordneter Menger, als Jurist — und er soll ein tüchtiger Jurist sein — selbst gesagt: Die verschiedenen Juristen sollen verschiedener Ansicht sein. Das ist ungefähr der Sinn seiner Worte, und wir wissen alle, daß die Juristen, namentlich dann, wenn damit eine erkleckliche Summe zu verdienen ist, oft ganz merkwürdige Gutachten abgeben.

Wie lächerlich ist es — und man sieht, wie das zusammenhängt, was das internationale jüdische Capital vertritt — wie lächerlich ist es, wenn der Generalrath einer Bank in Wien den Beamten verbietet, die Schönerer'sche Petition zu unterschreiben. Man verwehrt ihnen, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Gott sei Dank, auf die paar Unterschriften der Bank ist es nicht angekommen. Mit solchen kleinlichen Mitteln macht man hochwichtige Angelegenheiten nicht unmöglich, das mögen sich die betreffenden Herren gesagt sein lassen. Es ist eigenthümlich, daß zu Zeiten, wo man mich hier offen ausgelacht hat, wo stürmische Heiterkeiten in dem Protokolle verzeichnet sind, in einer Zeit, wo ich in Folge einer ganz unqualificirbaren Denunciation über die Fürsprache der Regierung von der Majorität des Hauses dem Strafgerichte ausgeliefert wurde, welches aber nicht wußte, was es mit mir anfangen sollte, zu derselben Zeit haben Hunderte, Tausende von Bewohnern in der Provinz meine Reden nicht nur angehört, sondern volle Zustimmung zu meinen Ansichten gegeben. Das muß mich doch in der Meinung bestärken, daß ich großen Anhang und Zustimmung in vielen Kreisen der Bevölkerung in meinem Vorgehen finde und in den Versammlungen, die ich in Wien und Niederösterreich und in den verschiedenen Provinzen außerhalb meines Wahlbezirkes, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Böhmen mitgemacht habe, wo ich meine Parteigrundsätze und mein Programm entwickelt habe. Ich sage es offen, es waren schöne Tage für mich, ich habe mir aus diesen Versammlungen keine Titel, Orden, Würden oder Trinkgelder geholt, aber allerdings eine neue Stählung der Kraft, deren ich oft als Alleinstehender bedarf, um eben noch hier auszuhalten und im Dienste des Volkes meine Pflicht zu thun. Und wenn ich heute in der Nordbahnfrage, getragen von dem Vertrauen der überwiegenden Mehrheit aller Völker Oesterreichs, meine Meinung hier ausgesprochen habe, so muß ich auch bei dieser Gelegenheit wieder betonen: ich werde nicht erlahmen, auch jene Kämpfe fortzuführen gegen die angebliche sechste Großmacht, die derzeit corrupt ist vom Wirbel bis zur Zehe, umsomehr als ich gesehen habe, daß ich in diesem Kampfe thatsächlich von Erfolg zu Erfolg geschritten bin. Ich bin, meine Herren, der Ansicht, daß diese große jüdische und verjudete Presse sich allerdings nicht jetzt, vielleicht infolge meiner Rede in irgend einer Weise ändern wird, sie wird vielleicht eher noch mehr Bestechungen begehren, weil

sie sagt: Ihr Handwerk ist ihr erschwert worden von mancher Seite (*Heiterkeit*), aber die Macht, das Volk auszubeuten, ist doch zum Theile durch mich und meine Freunde schon gebrochen, daüber könnte ich Ihnen so manchen Beweis vorführen. Ich und meine Gesinnungsgenossen werden daher, so lange wir körperlich gesund sind, mit deutscher Eisenkraft auch in Zukunft kämpfen gegen jedweden Schwindel, gegen jedwede Corruption, wo immer sie sich zeige, gegen Betrug, Heuchelei und Dummheit, gegen Streberthum jedweder Art und namentlich auch gegen die Trinkgeldertheorie in ihrer praktischen Anwendung.

Wir werden fortfahren, den Kampf zu führen, und wir sind der Ueberzeugung, daß dieser Kampf einst siegreich enden wird, weil er immer geführt werden wird von Männern, die mit glühender Liebe an ihrem Volke und ihrer Nation hängen, und weil das sonnenklare Recht, namentlich in dem Falle, von dem ich heute hier spreche, auf unserer Seite liegt, und weil, wenn das Recht des Volkes und des Staates zusammenfallen, keine Macht der Welt auf die Dauer den Durchbruch dieses Rechtes verhindern kann. Man konnte auch hören und lesen — und das war auch eines jener merkwürdigen Argumente, die gegen die Verstaatlichung vorgeführt wurden — die Nordbahn werde nicht verstaatlicht werden, und zwar deshalb nicht, weil die kaiserliche Familie viele Actien besitze. Meine Herren! Eine sonderbare, unwürdige Bauernsängerei erstens, die für die Haltung eines wirklichen Volksvertreters in keiner Weise maßgebend sein könnte; zweitens wurde wiederholt von maßgebender Seite erklärt, daß der Kaiser bereits vor Jahren mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des Privilegiums verfügt habe, daß der verhältnismäßig nicht bedeutende Besitz an Nordbahnactien veräußert werde. (*Bravo!*) Aber auch zur Hebung und gedeihlichen Entwicklung des industriellen inländischen Handels und jener Orte, die im Bereiche der Nordbahn liegen, ist die Verstaatlichung dieser Linien unbedingt erforderlich.

Und, meine Herren, wo sind denn die Petitionen, die gegen den Standpunkt, den ich und meine Genossen einnehmen, hier eingelaufen sind? Vielleicht können Sie einzelne noch erpressen, aber in großer Anzahl wird Ihnen das durch gar keine Maßregel gelingen, es wird sich auch das unmöglich erweisen, weil in dieser Frage die Bevölkerung, auch die Bevölkerung, die von der Vereinigten Linken vertreten wird, keine Parteidisciplin kennen wird. In einer solchen Petition, die nicht von mir hier überreicht wurde, sondern wenn ich nicht irre, von meinem Herrn Vorredner, dem Herrn Abgeordneten aus Schlesien, ist unter Anderem zu lesen, und das wirft wieder so ein Streiflicht darauf, wie die Gesellschaft vorgeht, und daraus schließe ich, wie sie später vorgehen wird — daß die Nordbahn die weise Einrichtung getroffen hat, daß ein Billet zweiter Classe im gemischten Zuge ebensoviel kostet, wie für den Personenzug, und wenn man aus Oesterreich-Schlesien billiger nach Wien fahren will, man sich nicht in einer österreichischen Station, sondern in Preußen aufsetzen muß — die Nordbahn, heißt es in dieser Petition, ist eine Bahn der Reichen und in allen ihren Verwaltungen darnach angethan, nicht das Volk zu bedienen und zu bereichern, sondern dasselbe für die Reichen auszunützen. Ich muß voraussetzen, daß Herr

Abgeordneter Dr. Menger derselben Ansicht ist und diesen Satz vollständig unterschreibt.

Denn, wäre er nicht derselben Ansicht, so würde er doch diese Petition nicht überreicht haben. So ist dies zu lesen in der Petition des „Land- und forstwirthschaftlichen Vereines für das nordwestliche Schlesien." Auch unser Staat, dessen Regierung und Parlament, sind verpflichtet, die großen Worte des deutschen Reichskanzlers auch bei uns zur Wahrheit werden zu lassen, die dahin gehen, daß der Staat verpflichtet ist, den Schwächeren vor dem Stärkeren und Raffinirteren zu schützen, namentlich dann, wenn er sieht, daß unter dem Einflusse des Mächtigeren die Kräfte des Schwächeren immer mehr erlahmen und nach und nach verschwinden. Keinerlei Uebereinkommen mit der Nordbahn kann und wird den Wünschen des Volkes und den Rechten des Staates vollauf Rechnung tragen können, daher muß und wird die Verstaatlichung platzgreifen müssen. Und ist denn, meine Herren, die Stimme der Actionäre dieser Rothschildbahn mächtiger in Oesterreich, als die Stimme aller Völker des Staates, dieser Völker, die so große Lasten zu tragen haben? (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!*) Die Nordbahnactionäre — und zumeist sind ja die Actien in festen Händen geblieben, in Händen wohlhabender Leute — haben ihre Capitalien längst mehrfach durch die hohen Dividenden zurückerhalten, das Volk ist aber zugleich verarmt. Diese Actionäre aber sollen jetzt zu Liebe der Regierung und vielleicht einer Majorität des Parlamentes auch fürderhin diese hohen Dividenden den Millionären zuschanzen helfen. Das begreife, wer will! Ich kann dies nie und nimmer begreifen und glaube, daß das Gehirn eines ehrlichen Menschen überhaupt es wird niemals erfassen und begreifen können, daß eine österreichische Regierung eine solche Vorlage einem Parlament hat unterbreiten können; vielleicht deshalb, weil eben diese Regierung vor diesem Parlament keine Achtung hat. (*Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig! — Bravo! auf der äussersten Linken.*) Der Kern des Volkes — ich glaube und weiß es, ist gesund, und der Fluch der Völker wird jene treffen, die in dieser Frage nicht einstehen für das Recht, für den Staat und für das Volk, die im Gegentheile für das internationale Capital, für Judenthum und schrankenlose Ausbeutung stimmen. Die Verstaatlichung wird verlangt, weil man jenen Schmarotzern endlich das Handwerk legen will, die am Marke des Staates und Volkes seit Jahrzehnten zehren.

Was heißt denn das, wenn man liest, daß die Nordbahn um jeden Preis sich eine Majorität im Reichsrathe für irgend ein Uebereinkommen zu sichern bestrebt ist? Solche Worte — es hat sie leider hier noch Niemand zurückgewiesen — weise ich zurück im Namen des Parlaments und sage: Solche Worte sind so frech, daß ich nicht begreifen kann, daß die Gesammtheit des Parlamentes dies nicht in einer öffentlichen Kundgebung zurückweist (*Bravo.*)

Welchen Werth kann die von mir heute charakterisirte Presse für den Staat, für das Volk haben, eine Presse, die in so hochwichtigen staatswirthschaftlichen Fragen, um schnöden Schachern willens die Vortheile Einzelner vertritt, eine Presse, die sich ihre Stimmen von bewährten Volksfeinden bezahlen läßt? Man sagt auch — man kann dies

in Blättern verschiedener Parteirichtungen lesen — Oesterreich sei nicht der Staat, der eine Bahn nutzbringend verwalten könne.

Nun, meine Herren, von beiden Seiten des Hauses, die Sie sich ja bei jeder Gelegenheit rühmen — und es geschieht dies im Laufe der letzten Jahre auffallend oft — so gute, patentirte Oesterreicher zu sein, ich frage Sie: Wenn Sie das wirklich glauben, was in manchen Ihrer Organe steht, daß der österreichische Staat eine Bahn nicht nutzbringend verwalten könne, dann müssen Sie folgerichtig im Interesse der Staatsbürger über diesen österreichischen Staat den Concurs verhängen, denn zu einem Staate, dem man die Fähigkeit abspricht, seine Bahnen ebenso nutzbringend und gut zu verwalten, wie Private, kann man doch unmöglich irgend ein Vertrauen haben, und wenn Sie diesen Standpunkt vertreten, dann ist Ihr österreichischer Patriotismus einfach nur als Heuchelei zu betrachten.

Ich denke mir so, wenn ich leider in Folge meines Berufes als Politiker, als Volksvertreter gezwungen bin, manche Blätter dieser Schandpresse zu lesen, Machiavelli sei wieder erstanden, und das Volk solle nach jeder Richtung bethört werden. So sagte z. B. unter Anderem die „Deutsche Zeitung" in Wien, die bekanntlich keine Schweiggelder nimmt, sondern nur Gelder für Texteinschaltungen (*Heiterkeit*), die bei der Angelegenheit der galizischen Transversalbahn, der Provisionsgeschichte, während sie früher gegen die Vergebung an einen Bauunternehmer sich aussprach, ihren Kampfesmuth in Folge von Texteinschaltungen, die zufällig bezahlt worden sind, plötzlich in eitel Liebe zur Vergebung an einen, und zwar einen bestimmten Bauunternehmer sich verwandelt, — die „Deutsche Zeitung" sagt also unter Anderem, das heißt. sie rafft sich jetzt, nachdem eine Reihe ihrer Abonnenten, an denen ihr gelegen ist, geschrieben und gefragt hat, warum sie in dieser wichtigen Angelegenheit schweige, auf, einige Artikel zu schreiben — für die unbedingte Verstaatlichung darf sie eben nicht schreiben — die Linke, das ist der Beschwichtigungsgrund, werde alle Schritte ergreifen, um für den Staat und die Bevölkerung bessere Bedingungen, als die in dem bisherigen Uebereinkommen erzielten zu erlangen trachten, das ist also vielleicht ein Stückchen Localbahn in einem Wahlbezirke eines schlesischen Abgeordneten oder in irgend einem anderen Bezirke, dann wird man das Uebereinkommen acceptabel finden. So vertritt man jetzt diese Angelegenheit, nachdem man nicht mehr schweigen kann.

Aber, meine Herren, ich sage offen, es ist zu spät. Ich habe, ich weiß nicht, wie es gekommen ist, nennen wir es Zufall, im Laufe der Zeit eine so merkwürdig gut organisirte, freiwillige Anhängerschaft in allen österreichischen Provinzen gewonnen, die es mir wirklich noch ermöglicht, meinen Standpunkt auch in diesem Hause noch zu vertreten.

Diese freiwilligen Anhänger betrachten es als moralische Pflicht, die Kreise, mit denen sie verkehren, bei jeder Gelegenheit aufzuklären, wie diese Wiener Presse — ich nehme da keines dieser größeren Blätter aus — systematisch bestrebt ist, die Bevölkerung namentlich in wichtigen Dingen zu belügen und ihr ein X für ein U zu machen. Jetzt kann man wieder die Beschwichtigung der erregten Massen — sogar in sterilen alten czechischen Wahlbezirken rührt sich schon etwas — in

gewissen Blättern verschiedener Parteirichtungen lesen, daß die Regierungsvorlage, betreffend das Uebereinkommen mit der Nordbahn, in der jetzt vorliegenden Fassung jedenfalls vom Abgeordnetenhause abgelehnt werden wird. Also, damit liebes Volk, gib Dich zufrieden!

Nun, meine Herren, ich glaube das auch, aber ich gehe nicht auf diesen Leim, und darum spreche ich heute, um zu warnen, damit auch die Bevölkerung nicht auf diesen Leim gehe. Ich habe gar keinen Respect vor diesem Heldenmuthe, der in diesen citirten Zeilen zu Tage tritt und der eigentlich nur zum Zwecke hat, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Es kommt mir das so vor, wie wenn man sein Hausthor gegen den anstürmenden Feind erfolgreich vertheidigen würde, gleich darauf aber den zurückgewiesenen Feind bei einer Hinterthüre hereinläßt und sich mit ihm zur vollbesetzten Tafel setzt, d. h. das Uebereinkommen wird in etwas veränderter Form bei der Hinterthür hereinkommen und an einer vollbesetzten Tafel schließlich angenommen werden.

Das erlaube ich mir als das Resultat der Verhandlungen über diese Angelegenheit in diesem hohen Hause zu prophezeihen. Ich möchte daher auch heute, wie schon wiederholt, — und ich habe es für mein Recht betrachtet, heute Ihre Geduld länger in Anspruch zu nehmen, als es sonst bei mir der Fall ist — es als meine Pflicht ansehen, heute dem Volke, dem die Augen in Folge von Parlamentsbeschlüssen so oft schon übergegangen sind, zuzurufen: „Habt Acht! Halte die Augen offen, laß Dich nicht durch kleine Scheinmanöver, durch kleine Vorpostengefechte irreführen. Deine Officiere und Chargen, sie lassen Dich zuletzt doch im Stiche und werden schließlich capituliren, trotzdem ihre Stellung eine vortheilhafte ist, trotzdem das volle und ganze Recht auf ihrer Seite ist, und trotzdem das Volk in seinen ganzen Massen sich zu ihnen zu stellen bereit ist, um den Sieg zu erringen in diesem Kampfe gegen die Macht eines Rothschild und seiner Genossen."

Es ist klar, daß Rothschild durch die Drohung, dem ungarischen Staate den finanziellen Todesstoß zu versetzen, bereits Unglaubliches auch erreicht hat und noch zu erreichen hofft. Er wird sich aber, ich hoffe es, verrechnen, wenn man sich in Oesterreich auf die Thatsache besinnen wird, daß der Staat seine Geldwucherer ebenso nöthig hat, als der Geldwucherer den seiner Ausbeutung unterworfenen Staat, und wenn Rothschild bereit war, der Gläubiger Oesterreich-Ungarns zu sein, so hat er dies aus Geschäfts- und nicht aus Gemüthlichkeitsgründen gethan, und er wird dies auch ferner thun nur zu dem Zwecke, um dabei geschäftlich zu profitiren.

Regierung und Parlament würden daher gut thun, statt nur auf die Stimme des Juden Rothschild und Genossen, endlich doch einmal auch auf die Stimme der Bevölkerung zu achten, und selbe endlich einmal vollauf zu berücksichtigen. Wahrlich, man sollte glauben, daß ein Kaiser von Oesterreich oder ein König von Ungarn sich weder wissentlich noch unwissentlich von Rothschild's Macht in gewisser Beziehung depossediren lasse und schlechte Rathgeber der Krone sind es, die dies nicht erkennen und nicht zu verhindern trachten.

Meine Herren! Ich sage es offen, alle Tarifvereinbarungen dieser Gesellschaft werden zu endlosen Streitigkeiten führen, denn die Nordbahn

wird es immer verstehen zu umgehen, zu processiren und zu schmieren. (*Heiterkeit.*) Wenn guter Wille vorhanden wäre, würden heute nicht so krasse Ungleichheiten in dieser Beziehung stattfinden, wie sie bereits seit Jahrzehnten bestehen. So zahlt z. B. — ich will das hier anführen, damit man nicht sage, ich habe nichts Sachliches angeführt — ein Gutsbesitzer in Schlesien für auf der preußisch-oberschlesischen Bahn bezogenen Dungkalk bis Oderberg für 12 Meilen 14 fl., wogegen die Nordbahn von Oderberg nach Seibersdorf für 3 Meilen 16 fl. verlangt. Also wieder ein drastisches Beispiel, welches zeigt, welchen guten Willen die Nordbahn den volkswirthschaftlichen Interessen entgegenbringt.

Es hat eine große Anzahl von Herren in diesem hohen Hause gegeben und ich habe auch zu jenen gehört, die gegen die Verlängerung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre gestimmt haben. Das will nicht sagen, daß ich unbedingt zu jeder Zeit gegen eine solche Verlängerung stimmen würde; aber ich bin Mann genug, es offen zu bekennen, daß ich, wenn man mir ein authentisches, ein giltiges Document vorlegen würde, für eine Allianz mit dem Deutschen Reiche auf zehn Jahre hinaus, ich ohneweiters bereit wäre, auf die Zeit, wo diese Allianz besteht, für die Verlängerung des Wehrgesetzes zu stimmen.

Auf zehn Jahre hinaus hat eine politische Partei das Wehrgesetz nicht bewilligt, aber einer Nordbahn-Actiengesellschaft, einer Rothschildbahn wird man allerdings wahrscheinlich nicht auf 80 Jahre, aber auf 20, 30, 40, 50 ja 60 Jahre hinaus eine neue Concession bewilligen.

Halten Sie diesen Vergleich zusammen und Sie werden finden, daß dieser Standpunkt kein logischer, kein consequenter und kein volksthümlicher ist.

Ich werde zum Schlusse eilen. — Es ist dies eben wichtig und nachdem Niemand den Muth findet, es zu thun, so betrachte ich es als ein nach jeder Richtung unabhängiger Mann, für meine Pflicht, es zu thun, über die Haltung der Schanddirne „unserer großen Presse und namentlich der Wiener Presse" und namentlich in dieser Frage, in welcher sie von dem alten jüdischen Galan und Roué große Schandgelder bekommen und genommen hat, weil ich sie wohl genügend charakterisirt habe, nicht weiter sprechen. Es ist ja bereits im ganzen Europa geläufig geworden, daß die Haltung der Wiener Presse und speciell derjenigen Presse, die zur Wiener Presse hält, bereits zum europäischen Scandal geworden ist. Mir ist und bleibt es natürlich ein Ehre, wenn diese Presse über mich schimpft oder vielleicht es wieder versucht, mich todtzuschweigen, was ihr wohl schwerlich mehr möglich sein wird. Da ich nun Gelegenheit haben werde, bei der Begründung des von mir und Abgeordneten Herrn Fürnkranz gestellten Antrages auf Verstaatlichung der Nordbahn, welcher Antrag bei seiner Einbringung nur von 24 Abgeordneten unterstützt wurde, noch weiter und ausführlicher auf diese Frage zurückzukommen, so wende ich mich jetzt dem Schlusse zu. Mit Recht muß ich da noch sagen, habe ich in einem Aufrufe von einer Anzahl von Wiener Gemeinderäthen, die der Minorität angehört haben und für die Verstaatlichung zumeist eingetreten sind, folgende Worte gelesen:

Mitbürger!

„Wenn es einmal nothwendig war, daß die Wähler laut und eindringlich ihre Stimme zum Schutze der Interessen des Volkes erheben, so ist dies jetzt der Fall. Handelt es sich doch bei der Nordbahnfrage darum, ob Euer Handel, Eure Industie, Euer Haushalt noch fernerhin abhängig sein soll von dem Gebote einer privaten Erwerbsunternehmung, oder ob der berufene Wahrer der Gesammtinteressen, der Staat, an die Stelle derselben treten soll!"

Meine Herren! man irrt sich, wenn man glaubt, daß der von beiden Seiten des hohen Hauses geachtete, gewesene Abgeordnete Dr. Kopp nur deshalb gefallen ist oder von der Majorität der Wähler seines Wahlbezirkes ein Mißtrauensvotum bekommen hat, weil er in der Nordbahnfrage eine schwankende Stellung eingenommen hat, und Manche von Ihnen, meine Herren, von beiden Seiten des hohen Hauses werden sich irren, wenn sie glauben, daß sie nur wegen ihrer Haltung in der Nordbahnfrage nicht wieder gewählt werden. Nein, meine Herren, das Volk beginnt zu beobachten, und ich will versuchen, dies an dem Falle Kopp zu illustriren. Die Majorität dieser Wähler des VI. Wahlbezirkes konnte nicht mehr begreifen und für gut finden, daß ein Volksvertreter gegen das Interesse des Volkes, die berüchtigten Viehcommissionäre vertrat und die Vertretung von einer Zeitung in einer offenbaren Bestechungsangelegenheit übernommen hat und für die Berechtigung dieser Bestechungsgelder eingetreten ist, daß er endlich die Vertheidigung eines Rabbiners, des Dr. Bloch, in einer talmudischen Proceßgeschichte übernommen hat. (*Heiterkeit.*) Meine Herren! Das sind Dinge, die sich nach und nach aneinanderreihen, und da fängt das Volk an, Mißtrauen zu schöpfen und die Wiener innere Stadt hat nicht so viele Mandate, um alle Jene aufnehmen und wählen zu können, welche außerhalb des Kreises des ersten Bezirkes bei den nächsten Wahlen durchfallen werden.

Ich möchte noch an einen Mann appelliren — ich glaube, ich bin mit ihm noch nicht in einen persönlichen Verkehr getreten — ich möchte an ihn als einen Mann appelliren, der ja das Eisenbahnwesen als Fachmann, wie man mit Recht behaupet, in- und auswendig kennt, und ihm sagen: „Excellenz Abgeordneter Dr. Herbst, noch ist es Zeit, stellen Sie sich an die Spitze der Verstaatlichungsaction" — ich bin nicht Derjenige, dem es darum zu thun ist, daß sein Name genannt werde — „und das deutsche Volk in Böhmen wird Ihnen wieder zujubeln. Wenn Sie aber als Führer in dieser Frage nicht offen und entschieden Farbe bekennen, wenn Sie nicht unbedingt und unter allen Umständen für die Verstaatlichung dieser Bahn eintreten, dann, hochgeehrter Herr College, werden Sie sich auf den ersten Bezirk von Wien zurückziehen müssen. Der Wahlbezirk Rumburg-Schluckenau wird Ihnen die Majorität seiner Stimmen nicht mehr geben." Und es ist ein Zeichen der Zeit, daß gerade jener deutsche Verein, der immer die Wahl des Dr. Herbst unterstützt und auf seine Fahne geschrieben hat, sich heute sogar erkühnt hat, mir eine Petition in dieser Angelegenheit zu überreichen.

Meine Herren! Viele unter Ihnen sind von rein deutschen Eltern geboren. Gehen Sie in dieser Frage mit dem deutschen Volke in Oester-

reich, verlassen Sie es in dieser Frage nicht, setzen Sie alle Club- und Parteiinteressen zurück, setzen Sie Alles zurück, was Sie sonst in kleinlicher Beziehung trennt, seien Sie einig in dieser Frage, und das Volk wird Ihnen bei jeder Gelegenheit Dank wissen.

Mag sich eine Anzahl von Slaven dazu hergeben, wegen der Doppelsprachigkeit und anderer kleinlichen Dinge, der Sippschaft Rothschild und Genossen Gefolgschaft zu leisten, mögen sich verjudete Deutsche dem volksfeindlichen internationalen Capitale unterwerfen, ich erkläre offen und freimüthig ohne Rücksicht auf das Lächeln auf dieser oder auf jener Seite, ich erkläre wenigstens im Namen von neun Zehnteln des deutschen Volkes in Oesterreich, daß wir uns in dieser Frage nie und nimmer beugen werden, daß wir unbedingt und zu allen Stunden verlangen, daß der Staat von seinem Rechte vollen Gebrauch mache und nach dem Ablaufe des Privilegiums der Nordbahn die Verstaatlichung der betreffenden Linie durchführe. Mit diesen Worten habe ich der Stimmung der übergroßen Mehrheit auch der slavischen Völkerschaften Ausdruck gegeben und Sie werden es erleben, daß, wenn ich je, gewiß in dieser Stunde die volle Wahrheit gesprochen habe.

Was soll das Parlament also durch seinen Beschluß? Durch seinen Beschluß soll das Parlament beweisen, daß der Kern unseres Volksthums ein unversehrter, ein gesunder ist, daß das Vaterland seine sittliche Wiedergeburt von seinen treuesten Söhnen erwartet, daß es das Geschick seiner Zukunft mit Zuversicht auf ihren Schultern aufbauen dürfe und daß was auch in Oesterreich verloren sein mag, nur Eines nicht verloren werde — und das ist: die Ehre des Parlaments und die Ehre des österreichischen Staates.

Man hat mich einmal — wohl scherzweise — das Gewissen des österreichischen Abgeordnetenhauses genannt.

Nun, meine Herren, wenn dieses Parlament ein Gewissen hat, so wird Ihnen dasselbe zuflüstern, was ich heute in längerer Rede dargelegt habe.

Ich kann aber auch als unbedingt nationaler Deutscher — und die Polizei wird es vielleicht wissen, daß die Zahl meiner Anhänger eine große ist — im Namen meiner Gesinnungsgenossen erklären, daß dies wohl unser letzter Versuch sein wird, die Ehre des österreichischen Staates zu retten. Um unsere Zukunft, als Angehörige der großen deutschen Nation, kann uns ja unter keinen Umständen jemals bange sein!

Und warum tritt der Mann, den man immer als schlechten Oesterreicher bezeichnet, heute auf in Ihren Reihen, und warum erhebt er in solcher Weise seine Stimme für die Ehre des österreichischen Staates? Weil er sich schämt, nicht für sich, sondern für Sie, meine Herren, auf beiden Seiten des Hauses, die sich bei jeder Gelegenheit, was ich niemals gethan habe, unter allen Umständen als gute Oesterreicher mit Worten hören lassen, diesen Worten aber gerade in dieser hochwichtigen Frage die That folgen zu lassen nicht Willens sind.

Meine Herren, der Triumph der Rothschildgruppe in dieser Frage im Laufe der Zeit — und darüber mögen sich auch die Herren auf der Ministerbank und der Herr Ministerpräsident nicht täuschen —

wird Folgen von einer Tragweite haben, die sogar ich mich scheue, heute schon auszusprechen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Ich bin auf advocatische Gegenreden, auf gemeine Zeitungsartikel, auf gewundene und geschraubte Erklärungen von der Regierungsbank gefaßt.

Trotz alledem erkläre ich am Schlusse offen und unumwunden, daß Jeder in den Augen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung als bewußter oder unbewußter Verräther an Staat und Volk betrachtet werden wird, der gegen die Verstaatlichung der Nordbahn Stellung nimmt und ihr entgegenwirkt. (*Bravo! Bravo! auf der äussersten Linken. — Händeklatschen auf der Gallerie.*)

# III.

# Rede über die Presse

gehalten vom

Reichsrathsabgeordneten

## G. Ritter von Schönerer

in der von über 5000 Personen besuchten Versammlung

## im Sofiensaale zu Wien

**am 13. Februar 1885.**

„Greif' niemals in ein Wespennest,
Doch wenn du greifst, so greife fest."

Dieser Spruch kann wohl auf den Gegenstand angewendet werden, den ich heute mir zu besprechen vorgenommen habe und der von mir und dem Abgeordneten Fürnkrauz am 12. Mai 1884 im Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag, durch welchen das dem größten Theile der Zeitungen zur süßen Gewohnheit gewordene Lügen verboten und bestraft werden soll, hat bereits Zustimmung in den weiten Kreisen der Bevölkerung gefunden, und doch hat es der Herr Präsident des Abgeordnetenhauses bisher noch nicht für gut befunden, diesen Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Ueber die Corruption, besonders in der sogenannten tonangebenden öffentliche Presse, habe ich schon gelegenlich der Nordbahndebatte am 2. Mai 1884 im Abgeordnetenhause unwiderlegte und unwiderlegliche Thatsachen angeführt, und sagte ich damals bekanntlich u. a. Folgendes:

„Als Vermittler bei der Vertheilung von Bestechungsgeldern fungirt bekanntlich ein gewisser Josef Hesky, in der Praterstraße, welcher der sogenannte Hausjude der Creditanstalt und der Nordbahn seit mehr als 20 Jahren ist."

Heute kann ich diesbezüglich noch Folgendes hinzufügen: Im Frühjahre 1884 kam zum Redacteur eines Provinzblattes der Annoncenagent Schalek aus Wien und bot dem Blatte 300 fl. im Auftrage der Nordbahn unter der Bedingung, daß das Blatt nicht für die Verstaatlichung der Nordbahn eintrete; der Agent zeigte Quittungen verschiedener Blätter vor, die solche Bestechungen bereits angenommen hatten; er bemerkte: „es sei diesen bestochenen Blättern **ungeachtet der Annahme des Geldes** gestattet, über die Nordbahn zu **schimpfen,**

nur für die Verstaatlichung dürfen sie nicht eintreten. — Wenn es der Nordbahn gelänge, eine neue Concession zu erlangen, so erhalten diese Blätter, welche jetzt die Bestechungsgelder genommen haben, nach Ertheilung der neuen Concession den gleichen Betrag noch einmal ausbezahlt. — Das betreffende deutsche Blatt ist aber auf das Ansinnen des Juden nicht eingegangen, trotzdem derselbe nachträglich 1000 fl. in Aussicht stellte; auch wollte der Jude anfänglich eine Quittung über 300 fl.; **von diesem Betrage aber wollte er 100 fl. für sich behalten;** der Jude begab sich sodann aus Schlesien nach Galizien.

Aus Galizien schreibt man mir, daß dort ein Agent der Nordbahn **zweierlei** Petitionen mit sich führte; eine für, und eine gegen die Verstaatlichung; wenn er sah, daß die Leute für die Verstaatlichung seien, was beinahe immer der Fall war, dann schob er schnell beim Unterschreiben die andere Petition gegen die Verstaatlichung unter, welche die Leute im guten Glauben dann unterschrieben haben.

Mit Recht ist in den tausenden von mir überreichten **Petitionen** um Verstaatlichung der Nordbahn zu lesen, daß das tiefe Schweigen der einflußreichen und namentlich der Wiener jüdischen und verjudeten Tagespresse die Schuld und Schande nicht verhüllen könne, welche auf dieser Presse lastet, denn dieses Schweigen es hat nach der Volksmeinung seinen Grund darin, daß es mit Gold erkauft worden ist.

Und in der That dürfen denn doch, angesichts der geradezu furchtbaren Verheerungen, welche die journalistische Giftmischerei unserer Tage im Staate und in der Gesellschaft anrichtet, gesetzliche Verfügungen, namentlich gegen die Entstellung von Thatsachen in der öffentlichen Presse dringend nöthig sein.

Schon am 7. Mai 1883 sagte ich in einer Rede mit Rücksicht auf die Stimmung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, daß die Zeit nicht mehr allzuferne zu sein scheint, wo aus den durch eine corrupte Presse noch nicht im selbstständigen Denken beeinflußten Theile der Bevölkerung, den betreffenden erbärmlichen Soldschreibern für die nicht zu rechtfertigende unausgesetzte Besudelung von Freunden des ehrlich arbeitenden Volkes eine Antwort und eine Lection ertheilt werden dürfte, die manchen Herausgebern der Schmutz- und Schandpresse wohl durch längere Zeit in den Ohren gellen und in den Gliedern liegen wird, und die am 17. und 19. November 1884 vor dem Schwurgerichte in Wien gegen zwei Wiener Blätter durchgeführte Verhandlung, die mit der Verurtheilung der angeklagten Journalisten endete, hat gezeigt, wie der noch unversehrte gesunde Kern unseres Bürgerthumes über gewisse Angriffe in der öffentlichen Presse denkt.

Manche Blätter nennen meinen Antrag ein Unicum, ein Curiosum und eine reactionäre Maßregel, und doch kann man erfahren, daß in freiheitlich regierten anderen Staaten die Regierungen selbst sich, angesichts der häufigen Fälle von Verbreitung falscher Nachrichten und Insulten durch die Zeitungen, mit der Vorbereitung von Gesetzentwürfen befassen, wodurch diesem Uebel Einhalt gethan werden soll.

Wenn nun in freiheitlich regierten Staaten die Initiative zu solchen Maßregeln von der Regierung selbst in's Auge gefaßt wird, so scheint

doch die Annahme berechtigt, daß der Antrag auf Erlassung eines Gesetzes gegen die Mißbräuche in der Presse, welcher einem allgemeinen dringenden und concreten Bedürfnisse des Volkes entspricht, auch bei uns von jeder Regierung und von jedem Parlamente ausgiebige Unterstützung zu gewärtigen hätte.

Wenn man ferner manche Kundgebungen in öffentlichen Versammlungen betrachtet, so geht daraus hervor, daß Vertreter der **verschiedensten** Parteirichtungen gegen die Mißbräuche in der Presse entschiedene Stellung nehmen und Abhilfe dringend fordern.

So hat bekanntlich der dritte allgemeine österreichische **Gewerbetag** am 6. September 1884 in Wien den meisten Wiener-Tagblättern die „vollste Verachtung" ausgesprochen und die Berichterstatter von sieben großen Zeitungen von den Verhandlungen ausgeschlossen.

In der Versammlung des deutschen Nationalvereines in Warnsdorf wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die am 4. December 1884 tagende Vollversammlung des Deutschen Nationalvereines für den Gerichtsbezirk Warnsdorf erblickt in der in neuester Zeit zu Tage getretenen Corruption der Wiener Tagespresse eine beklagenswerthe Schädigung des Liberalismus, verwahrt sich gegen die Verdächtigung, daß der Liberalismus für eine solche Ausartung verantwortlich zu machen sei und erwartet, daß die deutschen Abgeordneten sich von ihr gleichfalls öffentlich lossagen und die Gründung eines ehrenhaften deutschnationalen Tagblattes unternehmen werden."

Am 24. Juli 1883 wurde in einer von über tausend Bürgern Wiens und der Vororte besuchten Reformvereins-Versammlung in Hernals unter stürmischer Zustimmung folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung richtet an die Abgeordneten Schönerer und Fürnkranz die Bitte, im Reichsrathe einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen jedem Staatsbürger das Recht eingeräumt wird, jede Unwahrheit in der Presse gerichtlich constatiren zu lassen, wofür dann der Zeitungseigenthümer mit einer hohen Geldstrafe, eventuell mit Suspendirung des Blattes zu bestrafen ist; ferner soll das Inseratenwesen verstaatlicht und bei Strafe verboten werden, in die Journale Annoncen aufzunehmen."

Und in der Begründung zu dieser Resolution wurde mit Recht gesagt: „Die Zeitungen behaupten das Volk zu bilden; wer aber bilden will, darf die Wahrheit nicht fälschen; wenn jede andere Fälschung bestraft wird, warum soll gerade diese so verderblich wirkende Fälschung der öffentlichen Meinung straffrei bleiben!?"

Ja auch der deutsche Verein in Wien hat sich in seiner Versammlung am 30. Jänner 1885 aufgerafft und die Geneigtheit gezeigt, ein Verdammungsurtheil über den größten Theil der Wiener Tagespresse, namentlich in Bezug auf deren Haltung in der Nordbahnfrage auszusprechen.

In einer vor kurzer Zeit abgehaltenen Versammlung des Bauernvereines für Habakladrau und Umgebung in Böhmen wurde der **„Beutelschneiderpresse"** die Verachtung ausgesprochen.

Und am 8. Februar 1885 hat eine von über 500 Personen besuchte Versammlung zu **Lichtowitz** in Böhmen in einer Resolution der corrupten, lügenhaften Presse ihr Mißfallen bekanntgegeben, und wurden die Berichterstatter verjudeter Zeitungen zu den Verhandlungen nicht zugelassen.

Und heute, meine Herren, werden, so hoffe ich, die Tausende der hier anwesenden Bürger ein **Volksgericht** halten und ihrem Ekel vor dem Treiben der verlotterten Presse entschiedenen Ausdruck verleihen.

Thatsache ist es, daß der Spruch:

**„Er lügt, wie gedruckt,“**

heute bereits in Bezug auf den größten Theil der Presse ein Wahrwort geworden ist.

Von Bismarck erzählt man, er habe zu einer Deputation einmal folgende beherzigenswerthe Worte gesprochen: „Die Presse befindet sich zum größten Theile in den Händen von Juden und von unzufriedenen, ihren Beruf verfehlt habenden Leuten.“

Von Lasalle wird folgender Ausspruch citirt: „Die Zeitungsschreiber sind eine Bande von Menschen, unfähig zum Elementarlehrer zu arbeitsscheu zum Postsecretär.“

Von Blumauer circulirt der Satz: „Der Name Schriftsteller hat durch die Leute, die ihn tragen, bereits so viel von seiner ursprünglichen Würde verloren, daß er anfängt entehrend zu werden und wenn es noch länger so fortgeht, Gefahr läuft in Oesterreich zum Schimpfnamen zu werden.“

Grillparzer hat gegenüber einem jüdischen lügenhaften Kritiker folgendes Gedichtchen gemacht:

„Der Teufel wollte einen Mörder schaffen
Und nahm dazu den Stoff von manchem Thier,
Wolf, Fuchs und Schakal gaben her das Ihre,
Nur Ein's vergaß der Ehrenmann: den Muth;
Da drückt er ihm die Nase ein voll Wuth
Und rief: „„Lump, werd' ein Jud und recensire!““

Die aus diesen Dichterworten resultirende prosaische Nutzanwendung ergibt sich wohl von selbst

Mit dem Motto: „Jedes Volk hat die Presse, die es verdient“, ist im Jahre 1883 eine kleine Broschüre, betitelt: „Streiflichter“, ein skizzenhafter Beitrag zum Wesen der Wiener Judenpresse in Niederöstereeich erschienen, in welcher u. A. folgende bezeichnende Stelle vorkommt:

„Diese Zeilen sollen eine skizzenhafte Beleuchtung der **Virtuosen des Egoismus** bilden, jener Virtuosen, die es so meisterhaft verstanden, unter dem monopolisirenden Schutze eines engherzigen Preßgesetzes mit den fiskalischen Drangsalen **aus dem Letternblei Gold zu machen,** durch grundsätzliche Entstellung der Thatsachen, durch systematische Unterdrückung der Wahrheit, durch raffinirten Kitzel der rohen Instinkte und durch bezahlte Irreführungen der unvorsichtigen Kleincapitalisten.“

Die „Rumburger Zeitung", ein sehr verbreitetes und angesehenes deutschliberales, aber unabhängiges Blatt, schreibt in ihrer Nummer vom 29. November 1884 unter dem Titel: Die Schweiggelderpresse und die vereinigte Linke" u. A. Folgendes:

„Die Vereinigte Linke, die als Vertreterin des deutschen Volkes in Oesterreich, dessen Ehre und Vortheil wahren sollte, sieht mit verschränkten Armen dem Treiben ihrer „großen" Wiener Blätter zu. Und wenn nicht Schönerer wäre, so würde auf uns die unauslöschliche Schmach lasten, daß kein deutscher Mund sich gefunden, um die Elenden zu brandmarken, welche die ihren unreinen Händen anvertraute öffentliche Meinung eines großen Volkes zur willfährigen Metze einiger Geldprotzen herabwürdigten."

Und weiter heißt es:

„Die Vereinigte Linke scheint also ihr Ansehen einsetzen zu wollen für diese unserer Partei zur Schande und zum Schaden gereichende Schweiggelderpresse, der Gold dort den Mund zu stopfen vermag, wo es ihres Amtes wäre, laut die Stimme zu erheben gegen die Schädigung des Volkswohlstandes."

Diese Worte schrieb dieses achtbare Blatt, als kurz nach den in Folge meiner Klage gegen zwei Wiener Blätter durchgeführten, mit der Verurtheilung der Angeklagten endigenden Schwurgerichtsprocessen unter dem Titel: „Gerichtet" in mehreren Provinzblättern gleichlautende, die Thatsachen völlig entstellende Schmähartikel gegen meine Person erschienen waren, Artikel, die nach Angabe der „Rumburger Zeitung" vom **Preßbureau der Vereinigten Linken** versendet worden waren.

Mit Rücksicht auf diese Schmähartikel beschloß die von über 400 Personen besuchte Versammlung des deutsch-nationalen Vereines in Wien am 9. December 1884 einstimmig eine Deputation an die Clubleitung der Vereinigten Linken zu senden und begaben sich demzufolge drei Vereinsmitglieder am 17. December 1884 zu den Herren Abgeordneten Dr. Herbst und Dr. v. Chlumetzky. Auf die Frage: „Ob es thatsächlich wahr sei, daß der Artikel: „Gerichtet", in welchem Abgeordneter Schönerer beschimpft wurde, vom Preßbureau der Vereinigten Linken an die Provinzpresse versendet worden sei und wer die Verantwortung dafür übernimmt?" — antworteten die Herren Dr. Herbst und Chlumetzky: „sie wüßten von nichts; und Letzterer, von dem man behauptet, daß er der maßgebende Leiter des Preßbureaus sei, fügte hinzu: „er sei überhaupt nicht verpflichtet, Jedermann darüber Auskunft zu ertheilen." — Aus diesen Antworten geht nun klar hervor, daß der Schmähartikel wirklich aus diesem Preßbureau stammt.

Ich will nun zur Ehre der Vereinigten Linken annehmen, daß deren Mitglieder nicht absichtlich und wissentlich durch ihre Geldbeiträge für das Preßbureau mit beitragen wollen, daß solche Schmähartikel voll entstellter Thatsachen geschrieben und versendet werden, doch werden die Herren gestatten müssen, daß man in ähnlichen Fällen sich auch in Zukunft nicht an die **drei Juden** halten wird, die nach einer Mittheilung der „Freien schlesischen Presse" das Preßbureau der deutschliberalen Partei bilden, sondern daß man vielmehr der Leitung

des Clubs der Vereinigten Linken selbst — die Verantwortung dafür auflasten wird.

Nach meiner Nordbahnrede hat das clericale „Vaterland" in Wien am 4. Mai 1884 an mich ein „Offenes Schreiben" gerichtet und darin die Erwartung ausgesprochen, daß ich an demselben Orte, an welchem ich ein vernichtendes Urtheil über die Wiener Presse sprach, die in demselben liegende Mitbeschuldigung des „Vaterland" zurücknehmen werde.

Der Wahrheit die Ehre gebend, muß ich hinzufügen, daß dasselbe „Vaterland" am 25. Mai 1884 in einer „Offenen Erklärung" den Generaldirector der Länderbank aufforderte, öffentlich zu erklären, daß das „Vaterland" in die in seinem Ausweise über die Betheiligung für journalistische Zwecke an Journale aller Parteischattirungen im Interesse der galizischen Transversalbahn bezeichneten Zeitungen in keiner Weise einzubeziehen ist.

Was nun die an mich seitens des „Vaterland" gerichtete Aufforderung betrifft, so hatte ich bisher keine Gelegenheit öffentlich darauf zu antworten. Heute sage ich in Bezug darauf Folgendes:

Wenn das Vaterland von mir als politischen Gegner ein Zeugniß erwartet, daß es nicht unter die bestechlichen Judenblätter gehört, so bemerke ich, daß ohnehin kein vernünftiger Mensch das „Vaterland" der feilen Scandalpresse zugezählt hat. — Ich habe übrigens keinen Beruf, **Reclame** für das „Vaterland" zu machen und füge nur bei, daß, was mein öffentliches Wirken betrifft, das „Vaterland" auch häufig sehr entstellte und gehässige Berichte darüber gebracht hat; so z. B. schrieb dieses Blatt am 7. Mai 1884, also **drei** Tage nach dem „Offenen Schreiben" an mich, unter Anderem Folgendes:

„Schönerer hat den Ordnungsruf oft schon schwer verspottet; er verhöhnt überhaupt alle parlamentarischen und politischen Schranken, ja er rühmt sich dessen offen, daß er sich durch derlei Schranken nicht im Mindesten beirren lasse." — Welches ist der allgemeine Charakter des Auftretens Schönerer's? Er nimmt als geborener Oesterreicher alle Vortheile dieser seiner Landesangehörigkeit im extremsten, um nicht zu sagen, unverschämtesten Maße in Anspruch, um sie zum Zwecke demagogischer Agitation und um sie für Deutschthum und die Verhimmelung Bismarck's zu verwerthen. Ist die Wiener Judenpresse, wie es leider Gott der Fall ist, ein europäischer Scandal, so ist es die Möglichkeit dieses Auftretens Schönerer's nicht minder."

Meine Herren! Ein Blatt, welches in so denunciatorischer und gehässiger, die Thatsachen grell entstellender Weise über meine öffentliche politische Thätigkeit schreibt, hat die Stirne, von mir ein Ehrenzeugniß zu fordern! — —

Durch den Ausschußbericht, betreffend die Provisionsangelegenheit bei Vergebung des Baues der galizischen Transversalbahn ist unbestritten festgestellt, daß der Betrag von **154963 fl. 28 kr.** für Betheiligung, d. h. Bestechung der Presse und zwar von Blättern **aller** Parteirichtungen und Nationalitäten verwendet wurde; daraus geht doch hervor, daß man ein Recht hat, von einer lügenhaften feilen Presse in Oesterreich im Allgemeinen zu sprechen.

Daß nun einem Antrag, der sich gegen die gewohnheitsmäßige Entstellung von Thatsachen in der öffentlichen Presse richtet, von Blättern der verschiedensten Parteirichtungen mit einem wahren Wuthgeheul entgegentreten, oder daß derselbe todtgeschwiegen wird, ist wohl begreiflich, denn viele von der Verbreitung der Lüge lebende Reporter fürchten, daß in Folge Annahme meines Antrages im Parlament ihnen der Brotkorb viel höher gehängt werden wird.

Und in der That, vor körperlichen Gebrechen und Krankheiten kann sich die Bevölkerung in der Regel mehr schützen, als durch die geistigen Gebrechen, die ihr durch eine corrupte Presse systematisch zugefügt werden.

Lauter und immer lauter erschallt daher der Ruf! „Wer wird uns endlich von diesen **Kosmopolypen**, von diesen am Lebensmarke des Volkes zehrenden **Parasiten** befreien?!"

Gegen die Fäulniß in der Presse wird aber die Annahme meines Antrages, der sich nur gegen ein Hauptgebrechen richtet, nicht genügen, sondern es werden weitere Mittel gegen die Corruption in der Presse angewendet werden müssen, so z. B. wird von vielen Seiten bereits die Verstaatlichung des Inseratenwesens durch Ausgabe eigener Anzeigeblätter verlangt.

Sehr erwähnens- und beachtenswerth ist auch die Nachricht, daß der deutsche Reichstag bei Berathung des **Actiengesetzes** in dem Bestreben, betrügerischen Reclamen wirksam entgegenzutreten, die Bestimmung angenommen hat, „daß mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis zu zehntausend Mark derjenige bestraft wird, der in öffentlichen Bekanntmachungen (Inseraten) falsche Thatsachen vorspiegelt, oder wahre Thatsachen entstellt, um Jemanden zur Betheiligung an einem Unternehmen auf Actien zu bestimmen; ja es kann sogar bei dem Schuldigen auf den Verlust der Ehrenrechte erkannt werden.

Als Entschädigung der nicht vom Staate herausgegebenen Blätter für den Ausfall an Inseraten, wird der Vorschlag gemacht, den Zeitungsstempel aufzuheben und den mit der staatlichen Inseratenbeilage versehenen Blättern die unentgeltliche Beförderung durch die Post zu gewähren.

Jedenfalls könnte bei Durchführung der Verstaatlichung des Ankündigungswesens der Revolverpresse, besonders auch durch Vorkehrungen gegen die sogenannten Texteinschaltungen ein Grab gegraben werden.

Meine Herren! Der stolze edle Menschengeist ist thatsächlich durch die Presse in die Hörigkeit des wucherischen ausbeutenden Capitals getreten; mit Ausnahme weniger Zeitungen dient die gesammte Presse der Anbetung des goldenen Kalbes und gewiß der größte Theil von sogenannten Originalcorrespondenzen, auch aus den entferntesten Ländern und Orten, wird **in der Redactionsstube** zumeist erfunden und dort verfaßt und werden lügenhafte Telegramme besonders zum Zwecke der Börsenspeculation versendet.

Einigermaßen bezeichnend ist auch die Thatsache, daß mancher Landmann, der keine Zeitung liest, heutzutage doch schon so viel weiß, daß die meisten Zeitungen Lügen verbreiten, und nicht uninteressant ist der Ausspruch, welcher lautet:

„Es ist ein Glück, daß das Zeitungspapier aus Lumpen gemacht wird, denn jeder andere Stoff wäre zu bedauern, wenn er sich mit so vielem lumpigen Zeug bedrucken lassen müßte!"

Die französische Volksvertretung faßte einmal den weisen Beschluß, daß jeder Zeitungsartikel politischen, philosophischen und religiösen Inhaltes von seinen wirklichen Verfassern unterzeichnet sein müßte; und in der That bringt heutzutage die Anonymität häufig den Sieg des Schlechten über das Gute mit sich.

Meine Herren! Die Macht der corrupten Presse, die oft die größten Schlechtigkeiten bemäntelt, entstellt und entschuldigt, ist bereits so groß geworden, daß sie bis in **sehr hohe Kreise** hinauf einen **Terrorismus** auszuüben vermag.

Auf Concordia-Bällen und bei sonstigen Concordia-Festlichkeiten kann man darüber sehr interessante Studien machen.

Und die Vertreter dieser „Neuen freien" oder wie wir sie nennen, dieser „niederträchtig frechen Presse", wie benehmen sich dieselben sonst im öffentlichen Leben!?

Da kann man z. B. sehen, daß diese Zeitungsschreiber, zumeist Juden, **im Parlamente** einzelne Eingänge in den Sitzungssaal in zudringlichster Weise verstellen.

Ich habe diesbezüglich Anlaß genommen, im Einvernehmen mit Herrn Fürnkranz, mich darüber beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu beschweren und um Abhilfe zu ersuchen.

Der greise Präsident sagte mir privatim, ich könne diesbezüglich stets auf sein Entgegenkommen rechnen. Ich erbat mir somit in der Sitzung vom 29. Jänner 1885 das Wort zu folgender Anfrage; ich sagte:

„Es ist schon unangenehm genug, wenn man beim Eintritt in diesen Prachtbau wiederholt Zeitungsschreibern von jener Sorte begegnet, welche die lügenhaften Berichte über die parlamentarischen Vorgänge in den Zeitungen verbreiten; doppelt unangenehm und gewiß unzulässig aber ist es, daß diese Herren sich bereits beinahe bis in den Sitzungssaal herein unter die Abgeordneten drängen und die Eingangsthüren hier permanent verstellen und besetzt halten. Dies ist ein Unfug, der im Interesse der Würde des Parlaments abgestellt werden soll.

Ich muß umsomehr darauf bestehen, daß diese Unzukömmlichkeiten hintangehalten werden, damit man diesbezüglich in den ausschließlich für Reichsrathsmitglieder reservirten Gängen, Sälen und Räumlichkeiten überhaupt in diesem Hause nicht zur Selbsthilfe gezwungen werde.

Ich erlaube mir daher in meinem Namen und im Namen des Herrn Abgeordneten Fürnkranz an den Herrn Präsidenten die Anfrage zu stellen:

Ob derselbe willens ist, dem geschilderten Unfug mit aller Entschiedenheit, Strenge und Nachhaltigkeit unverzüglich zu steuern?"

Der Präsident antwortete darauf wörtlich folgendes:

„Es ist gewiß, daß diese Räume für die Reichsrathsmitglieder reservirt sind. Zu diesen Räumen gehören auch die Couloirs, welche den Sitzungssaal umgeben. Ich habe den erwähnten Uebelstand auch bemerkt, und es wurden auch von anderer Seite Klagen vorgebracht, daß diese Vorschrift nicht beobachtet wird. Ich habe demnach ersucht, darauf Bedacht zu nehmen, daß die in dieser Richtung erflossenen Weisungen eingehalten werden. Nachdem ich aber sehe, daß dies nicht den gewünschten Erfolg hat, so werde ich strenge darauf achten, daß diese Vorschrift auch befolgt werde."

Der Präsident gab hierauf die entsprechenden Weisungen im Sinne dieser seiner Worte.

Daraufhin erklärten die Wiener Judenblätter in den Morgenblättern vom 31. Jänner, und zwar ohne diesen Vorfall, das heißt ohne meine Interpellation und die Antwort des Präsidenten dem Lesepublicum zur Kenntnis zu bringen, daß ihnen derartige Hindernisse in den Weg gelegt werden, daß sie absolut außer Stande sind, in **gewissenhafter (!)** Weise Berichte über die parlamentarischen Vorgänge bringen zu können.

Die Zeitungsberichterstatter haben ferner beschlossen, keinerlei Berichte über Sitzungen und Vorgänge im Parlamente zu bringen und hatten am 30. Jänner eine Eingabe an das Präsidium des Abgeordnetenhauses gerichtet.

Bei Beginn der Sitzung am 30. Jänner ertheilte der Präsident nun mir eine **Rüge,** weil ich in unparlamentarischer Weise gegen die Gesammtheit der Vertreter der Journalistik mich beleidigender Ausdrücke bedient hätte!!

Darauf erwiederte ich Folgendes:

„Es thut mir leid, betonen zu müssen, daß der Herr Präsident sich in einem Irrthume befindet und mir daher irrthümlich eine Rüge ertheilt hat."

Ich habe — und hier liegt das stenographische Protokoll vor — nicht von der Gesammtheit der Journalistik, sondern ausdrücklich von „jener Sorte von Zeitungsschreibern, welche die lügenhaften Berichte über parlamentarische Vorgänge in den Zeitungen verbreiten, gesprochen. Fühlen sich **alle** Journalisten diesfalls betroffen, so kann doch ich nichts dafür!"

Darauf erklärte der Präsident, daß er ungeachtet dieser Einwendung die Rüge nicht zurückzunehmen in der Lage sei und auf derselben beharre.

In einer in Baiern erscheinenden Zeitung ist ein Telegramm vom 30. Jänner aus Wien enthalten, worin es heißt, daß der Präsident dem **„halbverrückten"** Abgeordneten Schönerer wegen ehrenrühriger Aeußerung über die Journalisten eine Rüge ertheilt hat.

Am 2. Februar richtete der Präsident folgende Zuschrift an Dr. Gustav Steinbach, Schriftsteller und Redacteur der „Neuen Freien Presse":

„In Erwiederung auf die von Euer Wohlgeboren und Ihren Herren Collegen an mich gerichtete Eingabe vom 30. Jänner beehre ich mich, Euer Wohlgeboren zu eröffnen, daß, insoferne die Eingabe

sich auf die vom Herrn Abgeordneten Ritter v. Schönerer in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. Jänner gegen die Gesammtheit der Vertreter der Journalistik gebrauchten beleidigenden Ausdrücke bezieht, ich mich bestimmt gefunden habe, dem Herrn Abgeordneten Ritter von Schönerer in der Sitzung vom 30. Jänner diesfalls eine Rüge zu ertheilen."

Im weiteren gibt dann der Präsident in dieser Zuschrift den Journalisten die Beschlüsse bekannt, welche das Bureau des Abgeordnetenhauses gefaßt hat und die im Wesentlichen den früheren Zustand aufrecht erhalten; und das Publicum erfreut sich nun wieder der bekannten „gewissenhaften" Berichte über das Parlament.

Ich überlasse das Urtheil über diese Vorgänge getrost jedem Unbefangenen.

* * *

So demüthigen sich Manche gegenüber einer Presse, die in Millionen-Defraudanten wahre Märtyrer sieht und die selbst Gelder nimmt, um alle möglichen Lumpereien zu vertuschen.

In einer im Deutschen Reiche erscheinenden Zeitung findet sich mit Bezug auf den Wiener Journalistenstrike folgende Reminiscenz:

Otto v. Bismarck, der jetzige Reichskanzler, war Schriftführer im Erfurter Parlamente und hatte die Journalistentribüne zu überwachen; in Folge von Mißhelligkeiten wurde einem Journalisten die Eintrittskarte entzogen, worauf die meisten der übrigen Berichterstatter unter Protest dem Präsidenten auch ihre Karten zurücksandten; doch der Protest blieb wirkungslos, der Strike verfehlte seine Wirkung, da doch einzelne Blätter bald wieder parlamentarische Berichte brachten und — Herr von Bismark blieb Sieger!

Dies Beispiel wäre lehrreich, wenn man bei uns überhaupt von Bismarck und anderen großen Männern lernen wollte.

Nach Berichten von Wiener Judenblättern besteht der Anhang des Abgeordneten Schönerer zumeist aus Geisteskranken und aus unreifen Jungen!

Und was thut die Wiener Judenpresse gegenüber diesem lächerlichen Abgeordneten und seinem verrückten Anhange!??

Sie schloß vor kurzer Zeit, nach dem Berichte der „Freien schlesischen Presse" ein **Cartell** ab, wodurch sich die demselben beigetretenen Zeitungen verpflichten, meine im Parlamente gehaltenen Reden dem Publicum vorzuenthalten, d. h. mich einfach **todtzuschweigen.**

Bei mir und meinen Freunden hat dieser Beschluß nur ein mitleidiges Lächeln erregen können, denn wir ersehen daraus, daß diese Schandpresse aus feiger Angst vor der Wahrheit mich und meine öffentliche Thätigkeit todtzuschweigen versucht, als ob auf die Dauer wirklich das Durchdringen der Wahrheit verhindert werden könnte!

Jedenfalls sollten aber diese Blätter verhalten werden, auf die erste Seite als „Motto" zu drucken:

„Hier wird mit Wahrheit und Freiheit Schacher und Schindluder getrieben!"

Und das ist dieselbe Presse, welche, — manche sogar auf der ersten Seite, so z. B. ein bekanntes 6 Uhr-Blatt, ankündigen:

Französische Präservativs,
Gummi- und Fischblasen,
Gewisse Schwämme für Damen,
Vertrauliche Winke für Börsespeculanten

und ähnliche ekelerregende Annoncen.

Meine Herren! Jedem anständigen Menschen und Familienvater muß Schames- und Zornesröthe angesichts eines solchen unbeanständet bleibenden Treibens ins Gesicht steigen.

Doch ich will dieses anrüchige Gebiet verlassen und daran erinnern, daß heute der zweite Jahrestag des Todes ist eines großen deutschen Meisters: Richard Wagners!

Wie nun hat die von mir zur Genüge gekennzeichnete öffentliche Presse gerade dieses Genie begeifern und zu besudeln versucht.

Das beweist, daß diese corrupte Presse vor nichts Edlem, Idealem und dem Volke Theuerem Halt macht, sondern Alles in den Koth zieht, was die gemeine Thäthigkeit dieses Zeitungsgesindels zu stören geeignet ist.

Meine Herren! Im Volksmunde ist der Freitag ein Unglückstag und die Zahl „13" eine Unglückszahl.

Heute ist Freitag der 13. Februar! Möge das Schicksal es ermöglichen, daß das heutige Volksgericht in Wahrheit zum Unglückstage für die verlotterte Presse und der Anfang zur Vernichtung derselben gemacht werde!!!

Ich möchte nun allen wahren Freunden des Volkes und Staates zurufen:

„Schützet die Wahrheit und bekämpfet die Lüge! Kämpfet muthig und unverdrossen gegen die Corruption, gegen das gesellschaftliche Schmarotzerthum, gegen Ausbeutung und gegen jedwede Bedrohung der Lebensfähigkeit und Gesundung des reinen Volksthums."

Insbesondere aber möchte ich an die Deutschen in Oesterreich die Mahnung richten: „Stammesbrüder! Begreifet doch endlich, daß selbst der genialste **Semit** Euch weder in der Presse, noch in der Verwaltung, noch in der Vertretung, noch in der Rechtspflege, noch sonstwo von dauerndem Nutzen sein kann, denn unter dem unentrinnbaren Einflusse semitischen Blutes und semitischer Moral arbeitet derselbe stets bewußt oder unbewußt an der Untergrabung unverfälscht germanischen Wesens, deutscher Eigenart und deutscher Sitte!"

Deutsche Interessen also können doch nur in einer von Deutschen geschriebenen Presse vertreten werden!

Ich füge noch die Worte des Vertreters der Anklage in zwei Schwurgerichts-Preßprocessen, in welchen die geklagten Journalisten zu Arreststrafen verurtheilt wurden, bei; diese Worte lauteten:

„Die Macht der Presse ist, wenn sie ihrer sittlichen Aufgaben und der hohen Verantwortung, die darin liegt, täglich zu Tausenden und Tausenden zu sprechen, sich wohl bewußt ist, eine segensreiche. Wird aber die Freiheit für schnöden Gewinn verkauft und ausgebeutet, dann wird sie zum Fluche!"

Wohlthätig kann die Presse für das Volk sein, aber das Volk kann dem Verderben nicht entgehen, wenn man sich weiter gefallen läßt, daß Uebergriffe und Mißbräuche dieser Presse auf der Tagesordnung stehen. Zu sehr ist das Privilegium der Presse bereits ausgenützt worden, zu groß ist die Zahl Derjenigen, in deren Familienleben, in deren Geschäftsverhältnisse eingegriffen wurde, so daß es wirklich Noth thut, dieser Tyrannei zu steuern!"

Ich eile dem Schlusse zu und sage: „Wenn man behauptet, daß der Spruch wahr sei: „Jedes Volk hat die Presse, die es verdient!" sage ich nein! und tausendmal nein!!!

Denn so tief gesunken, so verdorben sind die Völker Oesterreich denn doch nicht, daß sie diese schrecklichste aller Geißeln, diese Eiterbeule einer verworfenen Geld für Alles-Presse irgendwie verdient hätten oder diese harte Strafe verdienen würden.

Gott sei Dank! Der Kern unseres Volksthumes ist gesund und daher eine sittliche Wiedergeburt des Vaterlandes möglich.

Wenn je der Ruf nach Einigkeit in großer Noth eine Berechtigung hatte, so ist dies heute der Fall.

Einstimmig und laut töne hinaus in die weiten Lande der Ruf:

Hinweg mit der von corrupten und jüdischen Einflüssen beherrschten Presse!

Hinweg mit dieser Pestbeule!

Hinweg mit diesen Fremdlingen in unsrem Heim!

Lassen Sie mit mir ertönen die Mahnung:

Ihr Machthaber, die ihr über Zucht und Ordnung im Staate durch die Gesetzgebung zu walten berufen seid, befestigt im Volke den Glauben an Recht und Wahrheit, zertretet die volksfeindlichen Nattern und macht ein Ende dieser journalistischen Giftmischerei, damit das so hart bedrängte Volk nicht zur Selbsthilfe gezwungen werde.

Den jüdischen und verjudeten Zeitungsschreibern aber rufen wir zu, und damit schließe ich:

**„Und wenn Ihr sprecht von Recht, so seid gewiß, Recht soll Euch werden, mehr als Ihr begehrt!!!"**

*

IV.

# Rede

des

Reichsrathsabgeordneten

# G. Ritter von Schönerer

gehalten

am 26. November 1886

## im Sofiensaale zu Wien

vor einer Versammlung von mehr als viertausend Personen.

Geehrte Versammlung!

Angesichts der zahlreichen Angriffe, welchen ich und der Verband der Deutschnationalen, somit auch die Sache, die wir vertreten, von verschiedenster Seite im Laufe des heurigen Jahres ausgesetzt waren, sah ich mich genöthigt, als Vorkämpfer für die nationalen Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich von zahlreichen an mich ergangenen Einladungen Gebrauch zu machen und im heurigen Jahre in über 30 Versammlungen in Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Schlesien, Böhmen und Kärnten die Hauptgrundsätze des Programmes der Deutschnationalen zu vertreten, und haben Tausende von selbstständigen, unabhängigen deutschen Männern der Zustimmung zu diesen Grundsätzen bei dieser Gelegenheit rückhaltslos Ausdruck gegeben. Es wäre Mattherzigkeit, aber auch Pflichtvergessenheit von mir, wenn ich nicht auch in Wien Gelegenheit nehmen wollte, auf jene Angriffe öffentlich zu antworten.

Ich danke allen erschienenen Freunden und Gesinnungsgenossen für ihre Anwesenheit, und bitte, meinen etwas länger dauernden Ausführungen mit Geduld zuzuhören. Ich schicke noch voraus, daß ich keineswegs gekommen bin, um irgend Jemanden belehren zu wollen. Ich bin vielmehr gekommen, um Angriffe zu beantworten, beziehungsweise zurückzuweisen und ferner um in positiver Weise einen Theil unseres Programmes zu entwickeln. Wenn im Sommer dieses Jahres ein Mitglied des Deutschen Club in Böhmen, der zugleich Herausgeber einer Zeitung ist, die gleichfalls die Interessen des Deutschen Club vertritt, gemeint hat, ich habe in Böhmen eine *Leichenrede* gehalten, so weiß ich nicht genau, wie dieser Begriff in diesem Falle zu deuten ist. Ist es eine Leichenrede für uns oder etwa für Andere. Ich muß daher vorerst

an die Herren des Deutschen Club, die mit jenem bezeichneten Herrn eines Sinnes sind, folgende Worte zu Beginn meiner Ausführungen richten:

Die edlen Herrn vom Deutschen Club,
Sie haben oft gesagt, daß ich sehr eitel sei,
Nun bin ich das, dann ist's ein schwer Vergehen
Und schwer hab' ich dafür bereits gebüßt. —
Hier, mit der Genossen Willen und der Freunde
Komm' ich um eine Leichenred' zu reden. —
Der Gegner sagt, daß ich sehr eitel sei,
Und Gegner ist ein ehrenwerther Mann, —
Das sind sie Alle, Alle ehrenwerth.

An meine Freunde und Genossen, die vielleicht geneigt sind, meine heutige Rede in gewissem Sinne als eine Auferstehungsrede aufzufassen, in dem Sinne nämlich, daß sie zur sittlichen Wiedergeburt des Vaterlandes mit beitragen soll, richte ich aber vorerst die Worte:

„Nicht Euer Herz zu stählen, komm' ich Freunde:
Ich bin kein Redner, wie es „Mancher" ist. —
Nur, wie Ihr Alle wißt, ein deutscher Mann,
Dem Volk ergeben; — und das wußten die
Gar wohl, die mich gebeten, heute hier zu reden. —
Ich habe weder Witz, noch Wort, noch Gaben,
Noch Kunst des Vortrags, noch die Macht der Rede,
Der Menschen Blut zu reizen; nein, ich spreche
Nur g'radezu und sage was ich weiß.
Ich zeige Euch des deutschen Volkes Wunden,
Die armen stummen Munde, und heiße die
Statt meiner reden! — Aber wär' ich mehr und größer,
Dann gäb' es Einen, der die Geister schürt
Und jeder Wunde eine Zunge lieh, die selbst
Die Steine Wiens zum Aufsteh'n würd' empören!"

Entsprechend nun unserem Programme, welches sagt, daß wir nicht Jedermann das Gleiche, sondern Jedem das Seine geben wollen, will ich mich auch heute bemühen, in meiner Rede Jedem das Seine in rechter Weise zuzutheilen.

Wir unterscheiden uns von anderen Parteien wesentlich und sind auch nicht etwa so geartet, wie gewisse Judenparteien und Judenzeitungen, welche bekanntlich jede Corruption bekämpfen, bei der sie selbst nicht betheiligt sind. Wir sind vielmehr stolz darauf, den ganzen Haß aller corrupten Elemente der verschiedensten Parteien auf uns gerichtet zu sehen. Wir sind der Ansicht, daß die bestehende mächtige sociale Bewegung es ist, deren Verlauf über das Schicksal der Staaten und Dynastien entscheiden wird; das heißt, jene Staaten werden bestehen und gedeihen, welche auf socialpolitischem Gebiete durch die Gesetzgebung sich der einheimischen, ehrlich arbeitenden Berufsclassen entschieden annehmen und denselben den Ertrag ihres Fleißes sichern und für den Fall von Alter und Invalidität bei den arbeitenden Classen entsprechend Vorsorge treffen.

Nun, geehrte Herren, komme ich zu einem nicht sehr angenehmen Theile meiner Rede. Ich muß vorerst dem gewesenen Abgeordneten von Wiener-Neustadt antworten. Ich kann ihn nur mehr als den „gewesenen" bezeichnen, nachdem bekanntlich in der letzten großen Wählerversammlung in Wiener-Neustadt das beantragte Ver-

trauensvotum mit überwiegender Majorität der dortigen Wählerschaft abgelehnt worden ist.

Im Monate Juli war es, als von Seite einiger Mitglieder des Deutschen Club eine Art Kesseltreiben gegen mich und den Verband der Deutschnationalen in Scene gesetzt worden ist, und der gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt war es, der berufen wurde, in diesem Kesseltreiben die erste Rolle zu spielen. Nach Zeitungsberichten, und alle meine diesfälligen Ausführungen sind auf die Berichte des Organes des Deutschen Club gestützt, hat dieser gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt unter anderem Folgendes gesagt: „Schönerer war der Vorkämpfer der nationalen Bewegung im Jahre 75 und 76, und da haben auch wir ihn auf den Schild erhoben.“ Meine Herren, ich und meine Freunde können uns nicht erinnern, daß jene Studentenverbindung, es ist die Arminia, welcher der gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt angehörte, mich jemals auf den Schild erhoben hat. Er sagt ferner: „Schönerer ist von Stufe zu Stufe gesunken, seine Ansicht von gestern überholt er mit einer Ansicht von heute. Er ist zu einer excessiven Neigung gelangt.“ Mein Fremdwörterbuch, welches ich zu Rathe zog, sagte „excessiv“ heiße „übertrieben“, „übermäßig; ich wäre also gesunken und zwar deshalb gesunken, weil ich in nationaler Beziehung excessiv, d. h. übermäßig, übertrieben meinen Standpunkt öffentlich betone und jederzeit festgehalten habe.

Ich wäre also deshalb übertrieben national, weil ich mein eigen Volk liebe über alles in der Welt. Ferner sagte derselbe Herr, „Schönerers Presse ist zum mindesten ebenso corrupt wie irgend eine andere, und diese Behauptung sei er bereit überall zu vertreten.“ Ich muß nun bemerken, daß ich keine Presse mit Ausnahme der „Unverfälschten Deutschen Worte“ besitze und die „Rumburger Zeitung“, gewiß ein unabhängiges Blatt, sagt mit Beziehung darauf Folgendes: „Vertreten läßt sich bekanntlich alles mit eiserner Stirn, wenn es auch nicht bewiesen werden kann. Nimmer gelingt es Pernerstorfer zu beweisen, daß ein von Schönerer herausgegebenes Blatt corrupt, etwa so corrupt sei, wie jene berüchtigte Schweiggelderpresse, der, allen voran, Schönerer auf den Leib gerückt ist.“ Ich habe dem nichts Wesentliches beizufügen. Er sagte ferner, gegen Schönerer spreche auch die Ankämpfung gegen den Deutschen Schulverein. Nun mit demselben Rechte könnte man den Herren des Deutschen Club vorhalten, daß sie sich nicht der Vereinigten Linken angeschlossen, sondern sich vielmehr von ihr getrennt haben. Ich glaube übrigens, daß mit persönlichen Nergeleien der Sache selbst nicht gedient sein kann; wir haben gewiß mehr geboten, als unsere Person in die Schanze zu schlagen.

Wir haben unser ausführliches, klares Programm, wie keine zweite Partei in Oesterreich. Wir haben den Antrag gestellt, es möge die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aussprechen, daß die Beseitigung des jüdischen Einflusses unbedingt nöthig sei; wir haben Anträge gestellt in Bezug auf die Reform der Preßgesetzgebung und auf Einführung einer Börsesteuer; wir haben Anträge gestellt in Bezug auf Einschränkung und Verbot des Hausirhandels und in Be-

zug auf bäuerliches Heimstättengesetz. Wir haben viele hundert Petitionen überreicht in Betreff der Zoll-Union mit dem Deutschen Reiche, dann um bessere Durchführung und Herstellung der Sonntagsruhe; wir haben eine Ermäßigung der Grundsteuer beantragt; dann Anträge gestellt, betreffend das Verbot des Ratengeschäftes und Prämienschwindels, weiters in Bezug auf Schutz der Staatsbürger gegen Uebergriffe behördlicher Organe; wir haben endlich den deutschen Bauerntag am 20. März 1886 einberufen und dessen Beschlüsse auch im Parlamente vertreten; endlich haben wir Anträge angekündigt gegen weitere Einwanderung jüdischer Elemente, der ein Ziel gesetzt werden soll. (*Langer Beifall.*) Wir haben die Einführung directer Wahlen speciell in den Landgemeinden, beantragt, und den Antrag auf Beschließung einer gerechten progressiven Einkommensteuer gestellt.

Zu all' diesen Anträgen und Anregungen haben die Herren vom Deutschen Club in der Regel öffentlich nicht Stellung genommen und im Organe des Deutschen Club wurden so manche dieser Anträge höhnisch behandelt und in nicht sachlicher Weise daran herumgenergelt. Deshalb muß ich den Herren vom Deutschen Club zurufen:

„Handeln Sie als deutsche Männer, bezeichnen Sie, welche von unseren Programmpunkten den Interessen des deutschen Volkes abträglich wären!" Wir halten uns gewiß nicht für unfehlbar, um nicht stichhaltigen Beweisen Rechnung tragen zu wollen.

Man bekämpft uns aber eben nicht in sachlicher Weise, sondern zieht es vor, persönliche Sticheleien und kleinliche Umstände in den Vordergrund zu stellen. Das ist allerdings bequem und geistig nicht anstrengend.

Bezeichnend für den Gesinnungswechsel des gewesenen Abgeordneten von Wiener-Neustadt ist auch, daß dieser, mein heutiger Gegner, am 16. September 1881 Folgendes schrieb:

„Ein Deutscher Club, bei dessen Bildung man sofort daran denkt, den unbedingt deutschnationalen Schönerer auszuschließen, jenen Mann, von dem jedes Kind in Oesterreich weiß, daß er dem nationalen Gedanken jedes Opfer zu bringen bereit ist! Wer lacht da nicht?"

Das schrieb Pernerstorfer vor fünf Jahren.

Im Jahre 1883, im Juni, ist er dann wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten, wie er sich ausdrückte, aus unserer, der deutschnationalen Partei, ausgetreten, nachdem am 2. Jänner 1882 in Wien noch unter seiner Zustimmung der Beschluß gefaßt worden war, daß kein Jude in den Deutschnationalen Verein aufgenommen werden solle.

Mich, der ich ja heute noch auf demselben Standpunkte stehe und in deutschnationaler Gemeinschaft keinen Juden aufgenommen wissen will, nennt er heute excessiv und von Stufe zu Stufe gesunken!

Nun komme ich auf die mehr berüchtigte als berühmte Arbeiterversammlung am 5. Mai dieses Jahres bei Schwender in Fünfhaus zu sprechen; dieselbe war veranstaltet von zwei Herren des Deutschen Club im Vereine mit mehreren Gesinnungsgenossen.

In dieser Versammlung, deren Vorsitzender der gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt war, hat derselbe bekanntlich mit einer

Art äußerem und wohl auch innerem Wohlgefallen eine Resolution als den Ausdruck des Gesammtwillens der Versammlung veranlaßt, deren wesentlicher Inhalt dahin ging, daß der Sieg des Proletariates die nothwendige Folge des Ganges der Geschichte sei. Gewiß ein Satz, der Manchem begreiflich erscheinen kann, der aber niemals Billigung finden darf bei einem Manne, der angibt, die nationalen Interessen seines Volkes zu vertreten.

Durch die Zustimmung zu diesem Ausspruche ist neuerdings eine Kluft zwischen uns und manchen Herren des Deutschen Club geschaffen worden, da wir bekanntlich diesem Satze vom nationalen Standpunkte aus einen anderen Satz gegenüberstellen müssen, der da heißt: Nicht der Sieg des Proletariates, sondern der Sieg der ehrlichen nationalen, productiven Arbeit muß die nothwendige Folge volksthümlicher Entwicklung sein.

Und weiters hat derselbe Herr, als Vorsitzender, als von jener Versammlung von Seite eines Sprechers sogar der deutsche Reichskanzler verhöhnt und herabgesetzt wurde, auch da nicht eingegriffen, es schien sogar, demselben Herrn, der im Deutschen Club dem Reichskanzler Dank und Anerkennung aussprechen half, ganz angenehm, daß in der Arbeiterversammlung diesem selben Reichskanzler sozusagen Nadelstiche versetzt worden sind.

Das sind Dinge, die sich nicht gut zusammenreimen lassen. Doch sind sie begreiflich, wenn man ins Auge faßt, daß auch andere Herren derselben Clubvereinigung ganz merkwürdige Aeußerungen machten; so schrieb unter Anderem z. B. einer dieser Herren im Deutschen Club, der damals der Vereingten Linken angehörte, im Juni 1883 Folgendes; „Ich werde unter allen Umständen stets ein Gegner des Judenthums sein, wenn auch vorläufig nicht in agressiver Form; ich muß unbedingt auf meine Partei Rücksicht nehmen und daraus entspringt für mich leider die Nothwendigkeit, meiner Ueberzeugung öfter entgegen handeln zu müssen."

Aus dem Zusammenhalte dieser und anderer Aeußerungen kann man entnehmen, welche Wandelbarkeit der Gesinnung in dieser Partei vorkommt.

Derselbe gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt hat sogar einmal selbst in dem von ihm geleiteten Blatte den Satz niedergeschrieben: „Wir sind stolz darauf, das Organ Schönerer's zu sein."

Ueber die in diesem Monate in Wiener-Neustadt stattgehabte Wählerversammlung haben einige Judenblätter ziemlich übereinstimmende Berichte gebracht, worin es unter Anderem hieß, daß Herr Pernerstorfer gesagt habe:

„Fragen Sie den Abgeordneten Steinwender, ob er von diesem Manne (nämlich Schönerer) nicht dieselbe Meinung hat wie ich."

Bald darauf erschien eine Berichtigung Pernerstorfers, dahin gehend, daß er diese Worte nicht gesprochen und überhaupt nur **seine eigene** Meinung zum Ausdrucke gebracht habe.

Thatsache ist, daß das Organ des Deutschen Club, das bekanntlich seit dem 13. Juni 1886 die Corruption bekämpft, heute noch der

bewußten Lüge zugänglich ist; daß es der Wahrheit ganz entgegengesetzte Berichte bringt, beweist nämlich der Bericht über die Versammlung in Wiener-Neustadt, wo nichts davon gesagt wird, daß das beantragte Vertrauensvotum für Pernerstorfer mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist.

Als dann in der Folge ein wackerer Parteigenosse von uns wegen der gegen ihn gerichteten, von Pernerstorfer gesprochenen Worte, ihm seine Zeugen sandte, da erklärte dieser in Worten so muthige Herr, daß er es ablehne, diese Sache in der commentmäßigen Zeit ritterlich auszutragen und daß er sich darüber erst äußern wolle, wenn das Bezirksgericht gegen ihn in einer anhängig zu machenden Ehrenbeleidigungsklage entschieden haben werde. (*Hört! Hört!*) Ob nun diese Antwort der nationalen Eigenart der Deutschen entspricht, diese Frage mögen Sie sich getrost selbst beantworten.

Wir sind, im Gegensatze zum „Deutschen Club" nicht nur Vorkämpfer für unverfälschtes Deutschthum und für sociale Reform, wir sind auch, und darauf legen wir einen bestimmten Werth, eine Partei der nationalen Erziehung unseres Volkes, und schon aus diesem Grunde muß jede Strebernatur sich in unseren Reihen unbehaglich fühlen und unter allen Umständen aus denselben ausgeschlossen werden. (*Sehr richtig!*)

Es hat ein Verein, der Verein der Deutschnationalen in Graz, im Jänner dieses Jahres einstimmig in einer Kundgebung erklärt, daß der „Deutsche Club" in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ungeeignet sei, das deutsche Volk in Oesterreich zu vertreten.

Ich muß nun zu einigen anderen Ausführungen kommen, die von Clubgenossen des gewesenen Abgeordneten von Wiener-Neustadt in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Wenn man vom Deutschen Club überhaupt spricht, so muß man sich stets gegenwärtig halten, daß die Hälfte, oder beinahe die Hälfte der Mitglieder dieser jetzigen Vereinigung, nach den mir gewordenen Berichten etwa 20 an der Zahl, von den 45 bis 46 Mitgliedern, der liberalen Vereinigten Linken angehört haben.

Auch in manchen wesentlichen Fragen ist es mit der Einigkeit in diesem Club nicht gut bestellt. So zum Beispiele haben bei der dritten Lesung des Zolltarifes nur vier Herren dieses Deutschen Club mit uns für den Zolltarif gestimmt.

Wir wissen ferner, daß ein Viertel der Mitglieder, etwa eilf bis zwölf an der Zahl, entweder gegen die Bismarck-Resolution gestimmt haben oder bei der Abstimmung abwesend waren.

Daß zum Leiter des Zeitungsorganes dieser Vereinigung ein Nichtdeutscher, nämlich ein Jude, ernannt wurde, dadurch ist, wie ich schon öfter öffentlich gesagt habe, eine unüberbrückbare Kluft zwischen uns und diesem Club geschaffen worden.

Wir müssen uns auch in die Erinnerung zurückrufen, eben weil 20 Mitglieder der Vereinigten Linken von der liberalen Partei in diesen Deutschen Club sozusagen abcommandirt wurden, daß diese 20 Herren früher als Mitglieder der Vereinigten Linken in dem Rechenschaftsberichte dieser Partei vom April 1885 öffentlich es ausgesprochen haben,

daß sie auf das Entschiedenste die eines civilisirten Volkes unwürdige, sogenannte antisemitische Bewegung verdammen; wir wissen ebenso gut, daß unsere, die Partei der Deutschnationalen, zu derselben Zeit, am 1. Mai vorigen Jahres, es öffentlich ausgesprochen hat, daß die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nothwendig sei.

In der Kundgebung des Deutschen Club, welche bei seiner Gründung am 23. September 1885 an die Zeitungen zur Veröffentlichung übersendet wurde, kommt über die doch unleugbar hochwichtige Judenfrage kein Wort vor, was wohl beweisen mag, daß diese Partei in dieser Frage entweder total uneinig ist, oder absolut nicht Farbe bekennen will. — Wir entscheiden uns eben auch darin auf das Allerwesentlichste von den deutschen Clubgenossen, weil wir immer den Standpunkt vertreten haben, daß der Antisemitismus der Grundpfeiler des nationalen Gedankens sein und bleiben muß.

Wenn man uns deshalb in gewissen öffentlichen Blättern als geisteskrank, unreif und mit allen möglichen anderen Titeln bezeichnet hat, so wird man doch dieselben Titulaturen nicht auch jenem kürzlich verstorbenen deutschen Dichter, ich meine Viktor v. Scheffel, widmen wollen, deshalb, weil dieser Dichter ganz den gleichen Standpunkt wie wir vertrat, indem er die Aeußerung machte:

„Die Abneigung der germanischen Völker gegen die Semiten beruht nicht auf der Verschiedenheit von Religion und Dogma, sondern auf der Verschiedenheit des Blutes, der Rasse, der Abstammung, Volkssitte und Volksgesinnung."

Es ist auch ganz unbegreiflich, daß man nach der Ansicht gewisser Männer vom Deutschen Club vom nationalen Standpunkte aus ein Antitschech, beileibe aber nicht ein Antisemit sein darf; als ersterer kann man in diesen Kreisen bejubelt und als letzterer geschmäht werden, und doch hat man es nach unserer Meinung in beiden Fällen mit einer anderen Nation zu thun. Thatsache ist, nach meiner Ansicht, daß die Tschechen uns der Abstammung nach bei weitem nicht so ferne stehen wie die Rasse der Semiten. (*Lauter Beifall.*)

Ich vertrete auch heute wieder offen die Anschauung, daß im Kampfe gegen das Judenthum, also speciell zu diesem Zwecke, uns auch die Kampfgenossenschaft von Slaven und Romanen willkommen sein muß. (*Lebhafter Beifall.*)

Bemerken will ich noch, daß wir vom Verbande der Deutschnationalen einmüthig national und einig sind, wogegen die Mehrheit des Deutschen Club bekanntlich in erster Linie nicht national, sondern liberal ist.

Daß dies so ist, das geht auch daraus hervor, daß Abgeordneter Steinwender nach einem Berichte in der „Deutschen Zeitung" gesagt hat, daß der „Deutsche Club" nicht auf dem Standpunkt des Verbandes der Deutschnationalen in der Judenfrage stehe, und es hat ein anderes Mitglied, der gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt, offen erklärt,

daß der Deutsche Club nicht als ein rein nationaler zu betrachten sei, und in der schon früher in Ihre Erinnerung zurückgerufenen Versammlung bei Schwender, da wurde auch ein anderer Grundsatz zum Ausdrucke gebracht, nämlich der Grundsatz des freien Menschenthums. Auch diesem stehen wir schroff gegenüber, denn wir stehen auf dem gewiß höheren Standpunkte als Nationale, indem wir betonen, daß wir Deutsche, daß wir Germanen sind.

Auch in anderen Beziehungen noch huldigen wir Deutschnationale und die liberale Mehrheit des Deutschen Clubs grundverschiedenen Anschauungen, indem diese für die Gleichberechtigung auch dann eintritt, wenn das Deutschthum darüber zu Grunde gehen kann, wir aber können vom nationalen Standpunkte nur jene Gleichberechtigung anerkennen, die der deutschen Nation keinen Schaden zu bringen vermag. (*Beifall.*)

Wir wollen nationale Wohlfahrtspolitik nach jeder Richtung, und wie ich es schon bei Eröffnung des deutschen Bauerntages am 20. März 1886 in Wien gesagt habe, wir sind für Verwirklichung vernünftiger wirthschaftlicher Reformen, wie sie dem deutschen Bauernstande entsprechen, auch dann, und wollen solche Reformen nicht etwa deshalb unterlassen, weil und wenn sie auch nicht-deutschen Bauern in Oesterreich zu Gute kommen.

Wir halten ferner fest an den Worten des großen deutschen Kanzlers, daß der Bauernstand sich zur Bekämpfung jener Benachtheiligungen vereinige, die ihm die wirthschaftliche Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten stetig zugefügt hat.

Und wenn wir unsere Bestrebungen auf wirthschaftlichem und socialem Gebiete betrachten, so sehen wir, daß diese gewiß volksthümlichen Bestrebungen von derselben Gattung von Elementen bekämpft werden, die auch im Deutschen Reiche ähnliche Bestrebungen bekämpften und daß hier wieder in erster Linie jener Auswurf von Schriftstellerei an der Spitze steht, wie er in gewissen entsetzlichen Formen tagtäglich uns in der Judenpresse vor die Augen tritt. Diese alles Edle, Gute und Schöne begeifernde Geld-für-Alles-Presse, die mit dem Instinkte eines feigen Raubthieres die Mittel und Wege kennt, womit es die Opfer seiner Gier in seine Klauen bringt, diese Presse, die mit schonungslosem Terrorismus gegen alle echt volksthümlichen Bestrebungen auftritt, wurde von uns in der bekannten Versammlung in diesem Saale am 13. Februar 1885 zur Genüge gekennzeichnet und damals von 5000 Männern dieser corrupten Presse die Verachtung ausgedrückt; ich brauche darauf heute nicht zurückzukommen, obwohl es mich drängen würde, über diese Sache mehr zu sprechen.

Wenn wir vom Deutschen Club sprechen und dem deutschnationalen Gedanken, den er angeblich in seiner Mehrheit vertreten will, so finden wir, daß sich gerade dieser Mehrheit ein förmliches Entsetzen bemächtigt, wenn diese Herren hören, daß wir vom Verbande der Deutschnationalen den Antisemitismus nicht als bedauerliches Symptom, nicht als die größte Schmach, sondern vielmehr als die größte Errungenschaft dieses Jahrhunderts betrachten, nämlich als Hauptförderungsmittel echter und nationaler Gesinnung. Ich muß heute wieder

darauf hinweisen, daß, wenn uns von mancher Partei, z. B. der demokratischen und clericalen, der Vorwurf gemacht wird, daß wir zu überschwänglich national seien, ich darauf hin auch heute wieder öffentlich kurz und bündig die Antwort geben muß, daß nach unserer Auffassung, in unserem Sinne national sein eben heißt: „Sein eigen Volk zu lieben über Alles in der Welt!"

Kann etwa dieser Standpunkt von einem treuen Sohne seines Volkes irgendwie bekritelt oder bemäntelt werden? Ich glaube niemals mit Recht und ich glaube, daß im Laufe der Zeit immer mehr Volksgenossen national sein werden in unserem Sinne.

Wir haben bekanntlich mit zahlreichen, theilweise übermächtigen Gegnern zu thun und damit ich nicht Unterlassungssünden begehe, muß ich darauf hinweisen, daß unter diesen Gegnern besonders auch das sogenannte liberale Manchesterthum zu finden ist, welches die Phrase von der Heiligkeit des Eigenthumes zwar immer im Munde führt, darunter aber jenes manchesterliberale Erwerbsrecht versteht, welches mittelbare Angriffe auf das Eigenthum Anderer gestattet.

Unter diesen Gegnern finden wir auch eine Sorte von Clericalen, welche unter der Religion nichts Anderes zu verstehen scheinen, als eine bequeme Polizeimaßregel zur Zügelung derer, die in dieser Welt berufen sind, für die besitzende Classe zu arbeiten, um in der anderen, uns unbekannten Welt dafür den Lohn zu empfangen.

Wir sind aber auch, das geht aus früher gesprochenen Worten hervor, entschiedene Gegner des doctrinären Liberalismus, weil er uns den internationalen, zumeist jüdischen Geldmächten unterordnen will.

Gegner des Clericalismus sind wir auch deshalb, weil dieser uns in das Joch einer herrschsüchtigen antinationalen Hierarchie hineinzwängen will. (*Lebhafter Beifall.*)

Wenn ich mich nur einer kleinen Rundschau der in Zeitungen enthaltenen Versammlungsberichte zuwende, so finde ich, daß zum Beispiele im Organe des Deutschen Club nach einer Versammlung an der mährisch-schlesischen Grenze, an der Abgeordnter Türk und ich im August theilnahmen, unter Anderem zu lesen war, daß ich mit meinen Anschauungen in national-vorgeschrittenen Gegenden, wie zum Beispiel in Böhmen, keinen Boden gewinnen könne.

Da frage ich nun, wer waren denn die Tausende von deutschen Männern, die an den Versammlungen theilgenommen haben, bei denen ich, gerade in Böhmen und zwar in Obergrund, Trautenau, Eger, Lichtowitz, Praskowitz, Asch, Kaaden, Brüx, Bilin, Reichenberg und Tschachwitz Reden gehalten habe. Waren die Theilnehmer an diesen glänzenden Versammlungen etwa nicht zurechnungsfähig nach Meinung der Deutschen Zeitung?

Kürzlich hat ein Abgeordneter des deutschen Club mit einem etwas unaussprechlichen Namen in seinen Reden in einem politischen Vereine in Böhmen gemeint, die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses habe bereits aufgehört, den Abgeordneten von Zwettl ernst zu nehmen.

Wie und auf welche Art ein Mitglied der Minorität in die Lage gekommen ist, über die Meinung der großen Mehrheit des Parlamentes verfügen zu können, das weiß ich allerdings nicht; ich selbst aber weiß wenigstens einen Fall aus eigener Erfahrung, wo man mich sehr ernst

genommen hat, dies war zu der Zeit, als ich meine Nordbahnrede am 2. Mai 1884 gehalten habe. (*Anhaltender Beifall.*)

Unsere Gegner sprechen viel und oft besonders auch in Zeitungen von Solidarität der Deutschen in Oesterreich.

Wir geben zu, daß eine Solidarität unter deutschnationaler Flagge für die Deutschen in Oesterreich nothwendig ist, daß aber eine Solidarität etwa unter einer beflaggten Stange, welche mit einem Kaftan behangen wäre, eine nur widernatürliche sein könnte, ist doch klar. Eine Belehrung über Solidarität nehmen wir aber von Gegnern nicht an, die in wichtigen Fragen bei der Abstimmung, wie zum Beispiel Nordbahn-, Wehrgesetz- und Grundsteuer, aus dem Saale hinaus verduftet sind.

In einer Versammlung in Böhmen hat der früher bezeichnete Herr mit dem etwas unaussprechlichen Namen nach einem Zeitungsberichte gesagt, zu uns bedrängten Deutschböhmen ist er (Schönerer) niemals gekommen, um uns im nationalen Kampfe zu unterstützen. Meine Herren! Ist es nicht ein Zuhilfekommen im nationalen Kampfe, wenn ich mich vor die Bresche stelle und es klar und offen auch in Böhmen ausspreche, daß der Jude der gefährlichste Gegner der deutschen Nation ist?

Kürzlich haben in Oberösterreich zu Linz in einer Vereinsversammlung sogenannte gewiegte Politiker in einer Resolution erklärt, d a ß s i e d e n A n s c h l u ß a n d a s P r o g r a m m S c h ö n e r e r a b l e h n e n m ü s s e n.

Gründe für diesen Nicht-Anschluß wurden aber in der angenommenen Resolution nicht angegeben. (*Grosse Heiterkeit.*)

Dadurch geben uns diese gewiegten Politiker die Berechtigung zu sagen, aus Judenfreundschaft sind sie nicht in der Lage gewesen, diesem Programme zuzustimmen. Ich kann nicht alle Ausführungen, die ich mir im Laufe des Sommers gesammelt, heute hier zu Ihrer Kenntnis bringen und widerlegen, weil dies eine viel zu geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Einige Erscheinungen möchte ich aber doch noch in ihre Erinnerung zurückrufen. Da hat ein Notar in Untersteiermark, — es war den Herren etwas unbequem geworden, in ihrem engsten Heimatsbezirke zu sprechen, sie zogen vielmehr nach Graz, — in einer Versammlung also hat dieser Herr unter anderem nach Zeitungsberichten gesagt, „es gelang ihm (dem Schönerer) nach großen Anstrengungen und einigen Fäßchen Bier vier Anhänger in Mahrenberg zu erobern." Auf diese natürlich ganz unerfindlich erlogene Ausführung hat der Bauernverein in Marburg geantwortet, indem dieser Bauernverein sagte: „Schönerer hatte, weil die Eisenbahnzüge nicht in entsprechender Zeit abgefahren sind, nicht einmal Zeit für sich selbst Zehrung zu schaffen, noch viel weniger, eine solche Anderen anzubieten.

Es scheint hier nur eine Namensverwechslung vorzuliegen, denn thatsächlich hat der Abgeordnete Außerer früher oder später 16 fl. 70 kr. für Bier dort gezahlt.

In einer vom Herausgeber oder vielmehr vom Redacteur der „Deutschen Zeitung" geleiteten Wochenschrift war kürzlich ein Artikel überschrieben: „Eine sinkende Größe", der Artikel handelte von mir; wenn ich nun so eitel wäre, wie man behauptet, so müßte ich aus

diesem Titel entnehmen, das ich wenigstens schon einmal eine Größe war.

Auch sonstige Aeußerungen von Abgeordneten des Deutschen Club könnten mich zur Behauptung bringen, daß ich doch nicht ganz ohne Bedeutung sei, denn einer dieser Herren hat in Fürstenfeld gesagt: „Bei aller Anerkennung der Verdienste, die sich Schönerer erworben", namentlich in den Jahren vor Antritt des jetzigen Systems u. s. w. Es geht also daraus hervor, daß ich in früherer Zeit Verdienste mir erworben habe.

In Tannwald oder in Gablonz hat ein anderer Herr vom Deutschen Club eine Resolution annehmen lassen, es war in dem Vereine, wo er sprach, wo wieder behauptet wurde, daß ich in die deutsche Bevölkerung Böhmens Zwietracht und Spaltung trage.

In einer Versammlung zu Eger hat ein Abgeordneter des Deutschen Club sich theilweise lobend über mich ausgesprochen, dann einige schlechte Witze über die Juden gemacht, schließlich sich geäußert, daß man denselben mit Gesetzen nicht an den Leib rücken dürfe, und daß er sich gegen alle Ausnahmsgesetze erkläre.

Ferner hat ein vielgenannter Abgeordneter in einer Versammlung in Tetschen in Böhmen über den Deutschen Club gesprochen und es wurde, gewiß unter seinem Zuthun, mir wiederum die Entrüstung über die (angeblich von mir betriebene) confessionelle Hetze ausgesprochen.

Endlich hat ein Abgeordneter in Steiermark, wenn ich nicht irre in Frohnleiten, auch eine Resolution fassen lassen, gegen meine Versuche Zwiespalt unter die Deutschen zu tragen.

Schließlich hat ein Abgeordneter in Böhmen nach einem Berichte unter Anderem gesagt: wenn der Antisemitismus in seinem Wahlkreise jemals die Oberhand gewinnen würde, dann würde er es gewiß vorziehen, sein Mandat in die Hände der Wähler zurückzulegen, denn unter der Aegyde des Herrn von Rosenau könne er nicht gedeihlich wirken. Aus dieser Aeußerung geht doch zumindest die unbedingte Judenfreundschaft des genannten Herrn hervor. Daß aber trotz meiner „Unbedeutendheit" manche Herren doch nicht ruhig schlafen können, wenn es heißt, daß ich zu einer Versammlung eingeladen bin, das beweißt eine Zuschrift des Schriftführers und Leiters der „Leitmeritzer Zeitung", Namens Girschik, welche derselbe anläßlich meiner bevorstehenden Anwesenheit in Praskowitz in Böhmen im August dieses Jahres verfaßt nnd besonders an dortige Gemeinden versendet hat; dieses geistreiche Schriftstück lautet wörtlich:

„Schönerer ist am Sonntag wieder in unserer Gegend, und zwar in Praskowitz. Unsere Landwirthe sollten zu dieser Versammlung als bloße Zuhörer nicht hingehen und die querköpfigen Schönerianer hübsch allein lassen. Bitte in Ihrem Orte in diesem Sinne wirken zu wollen, damit Niemand nach Praskowitz geht."

Bezeichnend ist, was in einem Leitartikel, welcher in der „Deutschen Zeitung", also in dem Organe des Deutschen Club am 21. August dieses Jahres gestanden hat: „Die „Deutsche Zeitung" meinte nämlich, daß der einzige offene Grund unserer, der deutschnationalen Gegnerschaft darin liegt, daß der Deutsche Club die reine nationale Idee in ihrer

die Geister beherrschenden Kraft nicht durch eine vergängliche Tagesmeinung über einen großen Rassenunterschied trüben läßt"; und weiter heißt es: Das Verlangen, den Antisemitismus als entscheidendes Merkmal eines nationalen Programmes zu betrachten, ist einfach abzuweisen."

Daß dies die Ansicht eines Juden ist, ist begreiflich, daß dies aber in dem Organe eines Deutschen Club steht, ist unbegreiflich. Bemerkenswerth ist, was ein Abgeordneter, und das ist eine besonders wesentliche Aeußerung, in Untersteiermark nach einem Berichte einer dortigen Zeitung, die als sein Organ gilt, gesagt hat:

„Als größte That des Deutschen Club wird die Schaffung eines Organes zu gelten haben, bei welchem jede Art von Corruption ausgeschlossen ist; wir haben unter großen Opfern die „Deutsche Zeitung" als Club-Organ erworben und dieselbe so gestellt, daß sie nichts aufnimmt, als das, was der Wahrheit entspricht."

Was hat denn nun dieser Herr mit diesen Worten nackt und deutlich gesagt? Nach unserer Auffassung hat er trocken und klar es ausgesprochen, daß das deutsche Volk in Oesterreich derzeit keinen charaktervollen deutschen Schriftsteller besitze, der ein deutsches Tagblatt zu leiten vermag; das ist klar und deutlich der Sinn der Worte des genannten Abgeordneten.

Und glauben denn die Herren vom Deutschen Club, daß sie ohne die Beseitigung des jüdischen Einflusses im öffentlichen Leben die Corruption erfolgreich zu bekämpfen im Stande sein werden?

Und eigenthümlich ist es, daß in großen Placaten, die versandt wurden, und wo die „Deutsche Zeitung" angepriesen wurde, man mit Absicht verschwieg, daß die bei dieser Zeitung maßgebenden Redacteure der einzelnen Theile beinahe ausschließlich Juden seien und auch der Chef-Redacteur Jude sei. Dessen Name erscheint nicht genannt, ebensowenig wie die Namen der Wertheim, Salzer, Bettelheim, Porges u. s. w. Die üblichen Entstellungen von Aeußerungen von mir finden sich auch wieder anläßlich meiner Rede in Praskowitz und deshalb bin ich neuerdings Gegenstand wiederholter Angriffe in der Oeffentlichkeit geworden. Man hat gesagt, ich hätte die Excesse in Königsberg gebilligt; nun, ich habe wörtlich Folgendes gesagt, und daraus werden Sie entnehmen, in welch' schamlos entstellter Weise solche Aeußerungen in die Oeffentlichkeit gebracht werden: „Statt auch auf wirthschaftlichem Gebiete, angesichts des in den ehrlich arbeitenden Bevölkerungsclassen herrschenden Nothstandes entsprechende Reformen zu vertreten und zu beantragen, beschränkt sich mancher Herr im Parlamnte darauf, Interpellationen einzubringen, wenn irgendwo Raufereien stattgefunden haben." Daraus geht geht klar und deutlich hervor, daß man sich nicht beschränken soll, wegen allerdings bedauerlichen Raufereien zu interpelliren, sondern, daß man auch auf wirthschaftlichem Gebiete im Interesse des ehrlich arbeitenden Volkes Reformen beantragen und vertreten möge. Ich will noch eine, oder eigentlich vier Aeußerungen eines Abgeordneten des Deutschen Club anführen; derselbe hat in einer Wählerversammlung im nördlichen Böhmen nach Zeitungsberichten gesagt: „Was den Antisemitismus anbelangt, so halte er es nicht an der Zeit, denselben zum Hauptprogrammpunkt

einer nationalen Politik zu machen." In einer anderen Versammlung sagt er: „Ich bin zwar kein Antisemit, kann aber die Juden auch nicht leiden." Weiters schreibt er, daß die Deutschen seiner Richtung den wirthschaftlichen Semitismus und seine Träger unterschiedslos bekämpfen, und endlich schrieb er 1885, daß die nationale schärfere Tonart, die nationale Wirthschaftspartei, welche, von der Vereinigten Linken abgelöst, rechts die Schönerianer haben werden, von denen sie durch den persönlichen Antisemitismus getrennt ist. Ich will Sie, wie gesagt, nicht mit allen Aeußerungen, die aus den Kreisen des Deutschen Club in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, ermüden, ich will nur bemerken, daß, wenn man uns einen Vorwurf macht und wenn man in der Oeffentlichkeit sagt, es sei von uns nicht in der Ordnung, daß wir die Herren vom Deutschen Club bekämpfen, dieser Vorwurf gewiß kein gerechter genannt werden kann; denn gerade aus nationalen Gründen müssen wir die Mehrheit des Deutschen Club bekämpfen, denn durch die Halbheit in nationalen Dingen und durch das Nichtfarbebekennen in der nationalen Judenfrage wird der nationale Gedanke verdunkelt und ein Theil des Volkes irregeführt.

Von den Herren des Deutsch-österreichischen Clubs kann man nicht behaupten, daß sie in erster Linie die nationalen Interessen der Deutschen vertreten wollen, was sie auch niemals behauptet haben; die Herren vom Deutschen Club aber haben wiederholt behauptet, daß sie sich zuerst die Frage stellen, ob die Sache dem deutschen Volk von Nutzen sei?

Daß wir nicht nur die Herren vom Deutschen Club, weil selbe zu wenig national sind, sondern auch die Abgeordneten vom deutsch-österreichischen entschieden bekämpfen, das ließe sich ja leicht aus den stenographischen Protokollen des Reichsrathes nachweisen, wie wir denn auch, und zwar Fürnkranz und ich früher allein, jetzt Fürnkranz, Fiegl, Türk und ich wiederholt im Abgeordnetenhause ihnen sowie auch den Gegnerschaften aus dem slavischen und clericalen Lager rückhaltslos und unzweideutig entgegengetreten sind. Und merkwürdig ist es, daß Manche meinen, wir sollen nicht zurückschießen, wenn auf uns geschossen wird, und nicht erwidern, wenn wir angegriffen werden. Warum gerade w i r den Anwürfen und Angriffen nicht entgegenzutreten das Recht haben sollen, ist und bleibt mir unerfindlich.

In der zur Genüge bekannten judenfreundlichen „Leitmeritzer Zeitung" war heuer unter Anderem Folgendes zu lesen: „Unendlich traurig ist es, daß gerade in unserer deutschen Jugend solche Irrlehren Eingang gefunden haben; . . . das ist wohl die größte Sünde, die Schönerer am deutschen Volke begangen, daß er die deutsche Studentenschaft für seine antisemitische Schrullen dienstbar zu machen suchte; . . . nicht unsere Studenten klagen wir darob an, sondern i h n, der sie in seinen Bannkreis gezogen."

Das Wort Bannkreis ist ganz gut gewählt; aber ich erfreche mich nicht, irgend einen Bannkreis mir zuzumessen, sondern die Jugend ist ganz von selbst in den Bannkreis der deutschnationalen Idee gezogen worden, da die deutschen Jünglinge eben noch reine Begeisterung für alles Edle, Gute und Herrliche fühlen, das in der deutschen Nation uns verkörpert zu Tage tritt. (*Beifall.*) Und daß wir, ich und meine Freunde,

die deutsch-akademische Jugend, uns wohl fühlen in diesem Bannkreise wo wir miteinander Hand in Hand gehen, ohne Unterschied des Standes und des Alters, und wie dieser Bannkreis bereits eine immer weiter sichtbar werdende Wirkung gefunden hat, als die, wie sie in der akademischen Jugend zu Tage getreten ist, das können wir ersehen aus der hehren, aufrichtigen Begeisterung, die aus treuen Augen deutscher Frauen und Jungfrauen heute uns entgegenleuchtet; diese deutschen Frauen, die so lange scheinbar gleichgiltig und abseits gestanden haben, sie fühlen nunmehr, daß auch sie thatkräftig offen für unser unverfälschtes Volksthum eintreten müssen. Es gehörte stets zu den schönsten Augenblicken meines Lebens, wenn ich nach den Versammlungen den Händedruck fühlte deutscher Mädchen oder deutscher Frauen, die da sagten: „Auch ich fühle mich als echte Deutsche, und es überläuft mich kalt, wenn ein Nomade im Frack, z. B. auf einem Balle, sich mir zu nähern erfrecht.“ (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Herren! Einen weiteren Ausspruch von mir, welcher auch von unserem Standpunkte aus seine Berechtigung hat, den möchte ich mit kurzen Worten dahin skizziren, daß in einzelnen Theilen Preußens, Sachsens und anderen deutschen Ländergebieten aus dort ansässig gewesenen Slaven mit der Zeit ganz prächtige Germanen geworden sind, deren Nachkommen mit Thatkraft im Jahre 1870 für Deutschlands Einheit mitgekämpft haben.

Nennen Sie mir nun doch Länderstriche oder Gebiete, wo aus Juden etwa Germanen geworden sind!?

Und deshalb, weil ich auch in diesem Falle die Wahrheit spreche, mußte ich mir wiederholt die größten Beschimpfungen in den Zeitungen gefallen lassen!

Und wenn in den bekannten, zumeist von Juden und Judengenossen geschriebenen Zeitungen immer mehr und mehr genergelt wird an den Großthaten in der nationalen Geschichte der Deutschen und an den großen Männern, welche diese Thaten ausgeführt, da muß ich sagen, daß mich nicht das Gefühl der Erbitterung, wohl aber das Gefühl der Scham ergriffen hat, wenn ich mir vorstellte, daß solche Nergeleien gegenüber den Ruhmesthaten zum Beispiele eines Bismarck von krummbeinigen und krummnasigen Judenjünglingen in deutscher Sprache geschrieben worden sind. Und aus diesem Anlasse, weil ich von den Thaten und Männern der großen Geschichte der Deutschen gesprochen habe, möchte ich das Wort des Dichters in Erinnerung rufen, welches lautet:

„So schaut doch hin in der Geschichte Leben
Wo etwas Großes in der Welt geschehen,
Durch **einen Mann** ward es der Welt gegeben!“

Ja wahrlich, die Nachwelt wird staunen, wie wenig Anerkennung große Männer wie Bismarck in ihrer Mitwelt gefunden haben!

Wieder auf einen Augenblick herabsteigend zum Organe des Deutschen Club, muß ich anführen, daß in diesem Blatte am 9. September dieses Jahres zu lesen war: „Der Schloßherr von Rosenau zieht in den Alpenländern als Wanderprediger umher, nachdem er sich neuer-

dings überzeugen konnte, daß ihm im deutschen Gebiete Böhmens keine Lorbeeren blühen."

Wie „richtig" dieses Blatt berichtete, beweist, daß ich bald darauf am 16. September dieses Jahres, vor über mehr als 800 deutschen Männern zu Reichenberg in Böhmen, Gelegenheit fand, die Grundsätze unseres Programmes unter stürmischer Zustimmung in langer Rede zu entwickeln.

Dieselbe „Deutsche Zeitung" schrieb weiters am 9. September bei derselben Gelegenheit, daß aus den vorliegenden Berichten hervorgeht, daß Schönerer wieder dieselbe Rede gehalten hat, die er schon anderswo vom Stapel ließ. Nun ja, das wäre den Juden und Judengenossen schon recht, wenn ich bei jeder Gelegenheit etwas Entgegengesetztes oder grundsätzlich anderes sagen würde, das wäre Wasser auf ihre Mühle, und da hätten sie Ursache zu triumphiren! Ich aber werde niemals zu einem politischen Chamäleon herabsinken; ich werde vielmehr zu allen Zeiten nach oben und unten rückhaltslos fest an den Grundsätzen halten, die ich bisher öffentlich und bei jeder Gelegenheit vertreten habe; welche Ausdauer und Consequenz uns eben in Vertretung der guten Sache des deutschen Volkes von Erfolg zu Erfolg und von Sieg zu Sieg haben schreiten lassen.

Ich erinnere Sie an die Zeit, in der Tausende von Protesten in den Jahren 1878 und 1879 wegen einer von mir gehaltenen Rede nach Wien geschickt worden sind, wo man gegen mich und meine Grundsätze Verwahrung eingelegt hat. Weder dies noch manches Andere hat mich und meine Wähler und Freunde wankend machen können und durch Nichts konnte es verhindert werden, daß die Zahl unserer Anhänger stetig und bedeutend zugenommen hat und noch fortwährend steigt.

Unsere Sache ist die Sache des deutschen Volkes; sie wird und muß zum Gemeingut des deutschen Volkes in Oesterreich werden. Eine so edle und gerechte Sache kann niemals auf die Dauer im Fortschreiten beeinträchtigt werden, und ich habe mich in den Dienst meines Volkes gestellt, um für selbes einzustehen bei jeder Gelegenheit.

Im heurigen Sommer hat bekanntlich der gewesene Abgeordnete von Wiener-Neustadt in einer Versammlung in Brüx gesagt, daß ich über die Mittelmäßigkeit in Bezug auf geistige Fähigkeiten nicht hinausrage. Ich will nun nicht untersuchen, ob gerade dieser Mann, der bekanntlich weder die akademische Würde eines Doctors noch auch die staatliche Lehrbefähigung erreicht hat, berufen erscheint über meine Fähigkeiten zu urtheilen. Mag derselbe sich vielmehr in seinem Urtheil über mich mit jenen 23 Abgeordneten, darunter 8 seiner jetzigen Clubgenossen, auseinandersetzen, die am 20. Februar 1877 folgende Zuschrift an mich gerichtet haben: „Ihre in jeder Beziehung unabhängige Stellung, verbunden mit dem von Ihnen an den Tag gelegten unermüdlichen Eifer, sowie mit Ihrer jederzeit bethätigten Energie, ließen es beklagen, daß Sie ein Mandat niederlegten, in dessen Ausübung Sie durch Ihre umfassenden landwirthschaftlichen Kenntnisse zu einer hervorragenden Vertretung der landwirthschaftlichen und damit auch der bäuerlichen Interessen unseres Vaterlandes berufen waren . . . . Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Ihre

Wählerschaft Sie wieder in das Parlament entsenden werde, in welchem wir Männer Ihres Schlages ungern vermissen." (*Rufe: Namen der Unterzeichner nennen!*)

Unter den Unterzeichnern befinden sich die Mitglieder des deutschen Club: Heilsberg, Posch, Roser, Foregger, Weitlof, Bareuther, Meißler und Menger.

Ich kann übrigens darauf hinweisen, daß ich auch schon in den Siebziger-Jahren in der Judenfrage offen Farbe bekannt habe; so habe ich zum Beispiel im Juni 1879 ein Wahlprogramm in Tausenden von Exemplaren versendet, in dem wörtlich folgender Satz enthalten ist:

„Ueberhaupt sind den bisher bevorzugt gewesenen Interessen des beweglichen Capitales, und der bisherigen semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase, — die Interessen des Grundbesitzes und der productiven Hände, sowie die Kräfte und Rechte der ehrlichen Arbeit in Hinkunft mit Entschiedenheit entgegenzustellen und zu fördern."

Unter Mitwirkung eines meiner jetzigen heftigen Gegner, des Abgeordneten Pickert, erhielt ich im Mai 1880 mehrere mit zahlreichen Unterschriften versehene Vertrauens-Adressen, aus dem Bezirke Lobositz und Leitmeritz, in welchen es unter Anderem wörtlich heißt:

„Wir halten uns für verpflichtet, unsere vollste Zustimmung zu Ihrer wackeren Haltung im Abgeordnetenhause auszusprechen. Ihre Reden, aus denen ein kerndeutscher fortschrittlicher Geist weht, haben einen mächtigen Wiederhall bei uns gefunden . . . . . . Mögen auch gesinnungsschwache Phrasenhelden und servile Opportunitäts-Politiker Sie mit Schmähungen überhäufen, — das eigentliche Volk, die wahren Volksfreunde stehen doch hinter Ihnen und erkennen in Ihnen einen ihrer besten Mitbürger."

Ferner heißt es in einer solchen Adresse, die mir aus jener Gegend zugekommen: „Sie haben niemals gewankt und geschwankt, wenn es galt der Wahrheit die Ehre zu geben, Sie haben niemals gezögert, im Parlamente den Wünschen des Volkes Ausdruck zu verleihen; Sie haben Ihre Pflicht als Volksvertreter wacker erfüllt, und Pflicht der Bevölkerung ist es nun, dieses redliche und volksfreundliche Streben anzuerkennen und demselben die vollste Zustimmung zu ertheilen. Wir halten dies umsomehr für unsere Pflicht, als es leider manche Abgeordnete gibt, die es mit ihrer Aufgabe nicht sehr ernst meinen, und als gerade Sie, hochgeehrter Herr! für ihren Biedersinn und Ihre wahrhaft deutschfreiheitliche Gesinnung so viele Angriffe und Schmähungen zu erdulden hatten."

Und im Jahre 1877 schrieb die von Dr. Pickert herausgegebene „Leitmeritzer Zeitung" aus Anlaß meiner Mandatsniederlegung folgendes:

Mit Schönerer scheidet aus dem Parlamente einer der kenntnißreichsten, unerschrockensten und unermüdlichsten Abgeordneten, in welchem namentlich die Landwirthe einen der eifrigsten Vertreter ihrer Interessen verlieren. . . . . . Dieser tüchtige und charaktervolle Mann wurde nicht durch seine Schuld, sondern durch die Mattherzigkeit seiner Collegen immer mehr vereinsamt. . . . .

Ich weiß nur nicht, meine Herren! ob ich so tief gesunken bin, daß heute nicht ein Wort mehr von diesem Urtheil auf mich paßt, oder

*

ob die Herrschaft der Juden in dem Maße gestiegen ist, daß jene Leute sich nicht mehr dasselbe öffentlich zu vertreten trauen.

Geehrte Versammlung! Ich kann diesen Theil meiner Ausführungen nicht anders schließen, als mit den bereits zeitgemäßen Worten eines deutschnationalen Dichters in Oesterreich:

„Was ist die größte Schmach auf Erden?
Das ist von deutschem Stamme sein
Und dann zum Judenknechte werden
Aus Sucht nach Gold und Edelstein!
Was ist der größte Ruhm auf Erden,
Mehr werth als Gold und Edelstein.
Seitab von jüdisch feilen Herden
Ein unverfälschter Deutscher sein!

Geehrte Herren!

Bevor ich nun zum wirthschaftlichen und socialen Theil meiner Ausführungen übergehe, muß ich noch kurz im Zusammenhange mit der Besprechung des deutschen Club und der Ansichten, die von seinen Mitgliedern vertreten werden, mich der Angelegenheit des deutschen Schulvereins zuwenden.

Fassen wir vorerst die Satzungen in's Auge, die Satzungen sagen, daß der deutsche Schulverein in Wien, dessen Mitglied jedermann werden kann, ein Verein ist, der die Bestrebungen zur Erlangung und Erhaltung deutscher Schulen in Orten mit sprachlich gemischter Bevölkerung unterstützt.

Die Satzungen des Schulvereines für Deutsche in Graz sagen dagegen, „daß dies ein Verein ist zur Förderung deutscher Erziehung und deutschen Unterrichtes, dessen Mitglieder nur Deutsche sein können."

Der Deutsche Schulverein in Wien ist thatsächlich ein Verein, der zahlreiche Juden zu Mitgliedern hat, der jüdische Schulen unterstützt und in dessen Vereinsleitung Judenfreunde sitzen; ist ja dessen Obmann der Erfinder des parlamentarischen Standrechts, gegenüber den Versuchen zur Lösung der Judenfrage.

Der Schulverein für Deutsche in Graz ist ein Verein, der nur Deutsche, also keine Juden aufnimmt, der keine jüdischen Schulen unterstützt und der nicht nur Unterricht in deutscher Sprache, sondern auch deutsche Erziehung fördern will.

Kurz oder kürzer gesagt: „Der Deutsche Schulverein in Wien ist ein **liberaler** Verein, der deutsche und jüdische Kinder mit gleicher Liebe umfaßt."

„Der Schulverein für Deutsche in Graz ist ein **nationaler** Verein, der nur für die Kinder der eigenen Nation Sorge trägt." Ich glaube nun, geehrte Herren und Frauen, daß wegen des Deutschen Schulvereines und des Schulvereines für Deutsche schon genug Tinte und Druckerschwärze verbraucht worden sind, und daß es wohl unter anderem auch bezeichnend ist, daß man sich in den Kreisen des Wiener Deutschen Schulvereines nicht immer traut für das, was man thut, auch öffentlich einzutreten, wie dies zum Beispiele in dem Rechenschaftsberichte der Ortsgruppe Iglau zu Tage

tritt, worin es heißt, daß der Deutsche Schulverein eine „Privat-Schule in der Umgebung von Iglau" unterstützt habe, während doch darunter die **Judenschule** in Pirnitz gemeint ist. Die Vereinsleitung in Wien ist da viel aufrichtiger, so zum Beispiele in den Mittheilungen des Deutschen Schulvereines, welche im October d. J. versendet worden sind; darin heißt es: „Dort, wo die Erhalter israelitischer Schulen den Muth haben, trotz des auf sie ausgeübten Druckes und trotz der ihnen drohenden geschäftlichen Nachtheile, sich zum Deutschthume zu bekennen, in diesen Fällen hält es die Vereinsleitung für ihre Pflicht, solche dem deutschen Unterrichte gewidmete Stätten zu unterstützen. Weiter heißt es wörtlich: „**Leider**, bitte dies „leider" wohl zu merken, leider nimmt aber die Anzahl israelitischer Schulen, welche diesen vom Schulvereine gestellten Anforderungen entsprechen, unter dem tschechischen Drucke merklich ab." Dieses „leider" beweist zur Genüge, daß es nicht nothwendig ist, das Wort vom „Zugrunderichten" dieses Vereines in die That umzuwandeln, denn mit solch' antinationalen judenfreundlichen Ansichten richtet er sich **selbst** zu Grunde.

Geehrte Versammlung! Nun wende ich mich einem weiteren Theile meiner Ausführungen, nämlich den wirthschaftlichen und socialen Reformen zu. Hieher gehört nun vor Allem die Arbeiterfrage. Auch aus den Arbeiterkreisen, aus denen mir in früherer Zeit nicht unwesentliche Sympathien entgegengebracht worden waren, wurde ich, besonders im Laufe dieses Jahres, in unglaublicher Weise verhöhnt. Mit Recht ist dies auf das Steigen des jüdischen Einflusses in diesen Kreisen zurückzuführen. In den in Arbeiterversammlungen gebrauchten Phrasen heißt es unter anderem:

„Daß ich es nicht aufrichtig mit dem Volke meine,
„daß ich nur Verwirrung unter die Bevölkerung bringen will,
„daß ich confessionelle Hetzereien betreibe,
„daß ich unfähig sei, sociale Reformen zu vertreten."

Ueber solche und ähnliche Aeußerungen kann ich wohl getrost hinweggehen; doch gegenüber der schamlos frech erlogenen Behauptung, daß ich meine eigenen Arbeiter ausbeute und denselben nur 20 Kreuzer Taglohn zahle, muß ich öffentlich Stellung nehmen.

Thatsache ist, daß unter meinen Leuten, von Arbeitern im eigentlichen Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden, daß unter den verheirateten Familien, wie ich sie bei mir habe, ein Wechsel im Laufe der letzten achtzehn Jahre nicht vorgekommen ist. Es herrscht da eine Art patriarchalischen Verhältnisses; die Leute haben außer ihrem Lohne auch Feldbenützung, Holz, Wohnung, Getreide u. s. w.; gewiß aber ist, daß ich sicher niemals das Reinerträgniß meiner Wirthschaft auf Kosten meiner Arbeiter zu vergrößern trachten werde, denn ich begnüge mich mit einer durchschnittlich zweipercentigen Verzinsung, und es wird wenige geben, die damit zufrieden wären.

Was nun unsere Stellung als Partei zu den Arbeitern betrifft, so haben wir es schon 1882 in Linz in unserem Programme deutlich ausgesprochen, daß wir für die Entlastung der arbeitenden Classen, für die Alters- und Unfallsversicherung, für die Reform der Fabriksgesetzgebung und für Organisation der arbeitenden Classen in Wirthschafts- (Arbeiter-)Kammern einzutreten entschlossen sind, und der „Verband der Deutschnationalen" hat bei seiner Begründung im October 1885 betont, daß er durch umfassende gesetzliche Reformen auf wirthschaftlichem und socialem Gebiete den arbeitenden Classen den Ertrag ihres Fleißes gewährleisten und jedem ehrlich arbeitenden Staatsbürger ein menschenwürdiges Dasein bis an sein Lebensende sichern wolle.

Wir haben stets gegen das wirthschaftliche Faustrecht gekämpft und öffentlich Stellung genommen gegen die Uebergriffe der wirthschaftlich Stärkeren gegenüber den Schwächeren: wir haben Rechtsschutz verlangt für die besitzlosen Arbeiter, wir haben gewünscht und es öffentlich betont, daß aus dem Kampfe gegen den Besitz ein Kampf um den Besitz werden möge, indem wir uns an die Worte unseres Schiller's erinnerten, welcher da sagt: „Etwas muß er sein Eigen nennen, oder der Mensch wird morden und brennen."

Wir haben jederzeit darauf hingewiesen, daß die angeblichen Führer der Arbeiter von der Unzufriedenheit der Massen leben und daß sie sobald die Massen zufriedengestellt würden, ihrer Führerschaft verlustig gingen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß jede Partei mit Vorsicht behandelt werden muß, bei der man sieht, daß das Judenthum einen großen Einfluß auf sie besitzt; dies ist nun in der That hier der Fall, denn zu den Stiftern und Leitern der deutschen socialdemokratischen Bewegung gehörten und gehören zumeist Juden, wie zum Beispiele ein Lassalle, Marx, Jacobi, Engels und andere.

Das sind Thatsachen, welche nicht bestritten werden können; daß in den socialistischen Zeitungen und Versammlungen zumeist Juden das große Wort führten, ist ja bekannt und daß bei dem allgemeinen, directen Wahlrecht in den deutschen Reichstag die socialistischen Arbeiter drei Juden ins Parlament geschickt haben, sind wiederum Thatsachen, die nicht in Frage gestellt werden können.

Wir haben auch jederzeit öffentlich erklärt, daß wir nicht auf dem Standpunct der extremen socialistisch-demokratischen Partei stehen, die von Führern vertreten wird, die das Bestehende zu vernichten trachten, ohne zu wissen, was sie an dessen Stelle setzen wollen.

Wir stehen, im Gegensatze dazu, auf dem Standpunkte der nationalen Wohlfahrtspolitik, wie sie in der bekannten Thronrede des greisen Kaisers der Deutschen im November 1881 niedergelegt ist, wo es bekanntlich heißt:

„Daß die Heilung socialer Schäden nicht durch Polizeimaßregeln, sondern durch positive, wirthschaftliche Wohlfahrtsgesetze auf Grund der wirklichen Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung geschehen müsse und daß die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig Gewordenen gerechten Anspruch auf staatliche Fürsorge haben.

Wir können als Deutsche wahrlich stolz darauf sein, daß so menschenfreundliche nationale Worte vom deutschen Kaiserthrone aus zuerst gesprochen wurden.

Ich habe im heurigen Jahre in einer Versammlung im Schwendersaale ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Feststellung eines Minimalarbeitslohnes und eines Arbeitstages unbedingt nothwendig sei, und daß diese Frage endlich einmal gelöst werden müsse.

Ich habe in einer Rede im Abgeordnetenhause im Jahre 1883 die Frage gestellt: „Was ist der naturgemäße Arbeitslohn?" auf welche Frage die Gesetzgebung bald eine befriedigende Antwort wird geben müssen.

Wenn nun von manchesterlicher Seite gesagt wird, daß es den Leuten doch nicht so schlecht gehe, da ihre nothwendigsten Bedürfnisse gedeckt seien, so sage ich: „Die knappe Befriedigung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse, die genoßen die schwarzen Negersclaven in den Zuckerplantagen des südlichen Nordamerika auch; die Neger sind aber ein tief unter uns stehendes semitisches Volk. Unsere einheimischen und stammverwandten Arbeiter aber sind unsere Brüder und sollen als solche von der Gesetzgebung ein menschliches Dasein gewährleistet haben.

Man kann viel lesen von den Errungenschaften der neuen modernen Zeit! Gehört es aber auch zu den großen Fortschritten, wenn es den sogenannten unteren Ständen wiederholt im Laufe der Jahre an Brod gebricht? Gegen offene Gegner ist der Kampf eigentlich leicht, geradezu gräßlich jedoch wird der Kampf gegen Noth und Elend und wenn hinterlistige Feinde dasjenige, was Menschenhand nicht mehr aus der „Citrone" herauszupressen vermochte, mit der Maschine herauszubekommen trachten.

Wir, vom Verbande der Deutschnationalen, haben darauf hingewiesen, daß die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes eine oft willkürliche sei und daß das Briefgeheimniß auch für den Arbeiter zu gelten hat; ich selbst habe mich öffentlich gegen die Züchtung von Denunciaten ausgesprochen und ich frage da, ob in unseren Reden oder in unseren Anträgen irgend etwas der Arbeiterschaft Feindliches und ihren wahren Interessen Entgegenstehendes zu finden möglich ist!?

Im Jahre 1881 habe ich mit Fürnkranz den Antrag gestellt auf Einführung des allgemeinen directen Wahlrechtes, ein Antrag, welcher, man mag darüber denken wie man will, gewiß im Interesse der Arbeiterschaft gelegen wäre; ich habe im Vereine mit meinen Genossen im Jahre 1883 Anträge eingebracht, für die Reform der Fabriksgesetzgebung, für die Beschränkung der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, für Festsetzung eines zehnstündigen Normalarbeitstages und Feststellung der Sonntagsruhe. Ich bin bei dieser Gelegenheit für die Errichtung eines eigenen Arbeitsministeriums eingetreten und weiters habe ich eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung verlangt und weiters auf die Schaffung eines Existenzminimums, beziehungsweise eines genügenden Minimalarbeitslohnes hingewiesen.

Auch hier kann man denken wie man will, aber es kann gewiß Niemand behaupten, daß dies alles nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen wäre und daß die Durchführung nicht hauptsächlich der Arbeiterschaft zu Gute kommt.

Im Jahre 1883 habe ich unter Hinweis auf die Noth des Arbeiterstandes es angeregt, daß es leicht möglich wäre, eine Million Gulden als Beitrag zur Errichtung von Arbeiter-Invaliden- und Altersversorgungscassen zu geben und habe genau den Posten des Budgets bezeichnet, aus welchem diese Million flüssig gemacht werden könnte.

Ich habe bei der Berathung der Schulnovelle — und ich bin deshalb wiederholt in gemeinster Weise angegriffen worden — im April 1883 darauf hingewiesen, daß die Bildung allein kein Universalmittel sei gegen die Schäden in der menschlichen Gesellschaft, sondern daß Gesetze zum Schutze der arbeitenden Classen gegen Ausbeutung und Corruption Hand in Hand mit entsprechender Förderung der Bildung geschaffen werden müssen.

Noch im Jahre 1884 wurde ich von einer großen Arbeiterversammlung mit der Ueberreichung und Vertretung einer Petition, betreffend die Sonntagsruhe, betraut, von denselben Kreisen, aus denen heute Schimpfworte gegen mich ertönen.

Als das Ausnahmsgesetz publicirt wurde, habe ich mich gleich bei Publication desselben zuerst zum Worte gemeldet und darauf hingewiesen, wie dringend nothwendig es sei, daß die Regierung genau und ausführlich die Gründe darlege, welche eine so schwere Maßregel rechtfertigen.

Im Februar 1884, als die Sache zur Debatte kam, habe ich den Antrag eingebracht, es möge ein Gesetz geschaffen werden, durch welches unter Gewährleistung des Staates Alterversorgungs-Rentencassen für Arbeiter errichtet würden. Dies wurde nicht einmal von 20 Abgeordneten, sondern nur von sieben oder acht Herren unterstützt und ist daher in den parlamentarischen Papierkorb gewandert.

Ich habe weiters damals beantragt, daß an nothleidende Familienmitglieder der auf Grund der Ausnahmsgesetze brotlos gewordenen, ausgewiesenen oder in Haft genommenen Personen aus Staatsmitteln Unterstützungen gewährt werden mögen; die Erledigung dieses Antrages wurde von mir urgirt und in der Sitzung vom 19. Februar 1884 unter Angabe zahlreicher Fälle begründet, doch dann — mit großer Majorität abgelehnt.

Mag man mich eitel nennen und mir den Vorwurf von Selbstüberhebung machen, ich sage es offen vor Tausenden von Personen, es gehört nicht zu meinen schlechtesten Erinnerungen, daß ich zur damaligen Zeit aus eigenen Mitteln manche Thräne getrocknet habe in Familien von Arbeitern, daher Dasjenige gethan habe, was ich für die Pflicht des Staates erachtet hätte und was nach meiner Ansicht aus öffentlichen Mitteln hätte gethan werden sollen; und wenn heute einzelne Wortführer der Arbeiter öffentlich gegen mich auftreten, mich beschimpfen und verhöhnen in der unwürdigsten Weise, so sage ich dagegen: Diese Führer oder, besser gesagt, diese Verführer der Arbeiterschaft werden mich nicht irre führen können und mich durch ihre gemeinen unberechtigten Anwürfe nicht daran hindern, in ähnlichen Fällen von bitterem Nothstand in Arbeiterfamilien wieder ebenso zu handeln wie im Februar des Jahres 1884.

Und unsere Anträge in Bezug auf volksthümliche Reform der Preßgesetzgebung, dann auf Einführung der Börsesteuer, waren das etwa Anträge, die gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet sind? Oder sind unsere Anträge für Verstaatlichung der Nordbahn, dann gegen Hausierhandel, gegen den Ratengeschäfts- und Prämienschwindel, dann für Gesetze zum Schutze der Staatsbürger gegen Uebergriffe behördlicher Organe, etwa solche, die von den Arbeitern nicht gebilligt werden könnten?!

Ich und meine Genossen haben für unsere diesbezügliche arbeiterfreundliche Thätigkeit gewiß niemals Dank beansprucht. Urtheilen Sie aber nach dem Gesagten selbst, ob es anständig, ob es billig, ob es gerecht, ob es der Wahrheit entsprechend genannt werden kann, wenn „man" besonders mich heutzutage in Arbeiterversammlungen beschimpft, schmäht und mit Spott und Hohn überschüttet!

Trotz alledem werde ich nach wie vor nach bestem Wissen und Gewissen die wirklichen Interessen der arbeitenden Classe vertreten, und zwar auch gegen etwa in jüdischem Solde stehende sogenannte Arbeiterführer.

Geehrte Versammlung!

Wenn ich nun, zur Besprechung gewerblicher Verhältnisse übergehend, mich kürzer fasse, so ist eben die Kürze der mir zugemessenen Zeit daran schuld und keineswegs der Umstand, daß ich so vermessen sein wollte, die hohe Wichtigkeit des Gewerbestandes nicht anerkennen zu wollen. In früheren Zeiten sprach man, damals mit Recht, von drei Hauptständen, nämlich vom Nährstand, Lehrstand und Wehrstand. In der sogenannten modernen Zeit ist nun ein vierter „Haupt"-Stand dazugekommen, der Zehrstand nämlich, der nicht säet, aber doch stets reichlich erntet.

Und gerade darunter hat auch der Gewerbestand sehr zu leiden, der Gewerbestand, welcher als kräftiger Bestandtheil des Mittelstandes stets entsprechenden Schutz genießen soll.

Durch die Gewerbefreiheit wurde der Krieg Aller gegen Alle entfesselt und die schrankenlose freie Concurrenz richtete fürchterliche Verheerungen an, denn Grundsätze kamen zur Geltung, wie sie in der Wüste unter Nomadenvölkern gang und gäbe sein mögen.

Es ist ganz unrichtig, wenn man dem Gewerbestande heute seine große Berechtigung absprechen wollte; noch immer ist der Schwerpunkt des deutschen Gewerbefleißes im Kleingewerbe und im Handwerke gelegen und wenn Sie die Statistik zur Hand nehmen, so finden Sie, daß zwei Drittheile aller Gewerbetreibenden noch immer in Betrieben mit weniger als fünf Gehilfen arbeiten. Das Kleingewerbe sollte geschützt werden, mehr als es in den letzten Jahrzehnten geschehen ist.

Es ist ein Merkmal des Kleingewerbebetriebes, daß der Gehilfe mit der Zeit selbst Unternehmer, Meister werden soll; es besteht daher zwischen dem Unternehmer und seinen Gehilfen auf die Dauer niemals ein großer gesellschaftlicher Unterschied, wogegen beim Großbetriebe zumeist zwischen Unternehmer und Arbeiter eine Kluft besteht.

Mit nichten muß man aber den Vertretern in der Gesetzgebung, den Abgeordneten immer die Schuld allein beimessen, man muß auch der Wahrheit die Ehre geben und der Wählerschaft ins Gewissen reden; daß man dies oft mit Recht thun kann, will ich aus zwei Fällen in neuester Zeit beweisen.

Es hat ein Abgeordneter des deutsch-österreichischen Club, aus einer Stadt Böhmens, besonders von Gewerbetreibenden gewählt, vor zwei Jahren in dieser Stadt des nördlichen Böhmens gesagt, den gesetzlichen Reformbestrebungen auf gewerblichem Gebiete gegenüber habe er sich im Abgeordnetenhause kühl verhalten, und diesen Ausspruch hat die anwesende Wählerschaft, zumeist aus Gewerbetreibenden bestehend, mit großem Beifalle begrüßt.

Ein anderer Abgeordneter, auch vom deutsch-österreichischen Club, hat gesagt, der Handwerker- und Gewerbestand habe sozusagen leider keine Existenzberechtigung mehr; auch hier hat die anwesende Wählerschaft wieder lebhaften Beifall gezollt. Sie können daraus entnehmen, daß in vielen Fällen die Wählerschaft selbst, ich weiß nicht aus welchem Grunde, vielleicht aus Gedankenfaulheit oder aus Mangel an Verständnis, nicht in der Lage ist, jederzeit für den entsprechenden Schutz ihrer Interessen einzutreten.

Auch auf gewerblichem Gebiete spielt die Schulfrage gewiß eine große Rolle.

Aber man würde sich einer Täuschung hingeben, wenn man glauben wollte, daß mit der Schule allein zur Hebung des Gewerbestandes Genügendes geleistet werden könnte. Das Kunstgewerbe z. B. ist ein nothwendiger Bestandtheil, um die Schaffungsfreudigkeit und Standesehre zu erhöhen, aber mit dem Kunstgewerbe und der Förderung desselben allein wird man dem gesammten Gewerbestand im Großen und Ganzen nicht auf die Füße helfen können, es müssen andere Mittel der Gesetzgebung mit in Angriff genommen werden, um besonders der Concurrenz entgegenzutreten, die dem Gewerbestande gefährlich geworden ist, und jenen Auctionen, internationalen Waarenbazars, Ausverkäufe der Concursmassen u. s. w., welche orientalische Schlauheit erfunden hat.

Ueberhaupt ist in den letzten Jahrzehnten dem seßhaften Gewerbe das nomadisirende Gewerbe, die nomadisirende Concurrenz entgegengestellt worden, und ohne schützende gesetzliche Schranken konnte das seßhafte Gewerbe diese Concurrenz nicht aushalten.

Es folgt daher nothwendig von unserem Standpunkte, daß wir für die Organisation der ehrlich arbeitenden Classen eintreten, daß die genossenschaftliche Organisation gipfeln möge in selbstständigen, von Gewerbsleuten zu errichtenden Gewerbekammern. Ich will dieses Gebiet nicht weiter ausführen, weil es weltbekannt ist, daß die Handels- und Gewerbekammern von heute in der Regel nicht in erster Linie die Wünsche des seßhaften Gewerbestandes ins Auge fassen.

Auf gewerblichem Gebiete könnte man leider sozusagen einen Grundsatz aus den letzten zwei Jahrzehnten vertreten sehen, nämlich Schonung des fremden Hausierers und Nicht-Schonung und Belastung des seßhaften einheimischen Gewerbsmannes. Dieser ungerechte Zustand

zog sich wie ein rother Faden durch die gewerblichen Verhältnisse und hat zumeist den Niedergang vieler Gewerbe zur Folge gehabt.

In dem derart gestalteten ungleichen Kampfe ums Dasein muß dringendst zum Schutze der festen Stütze des Mittelstandes, also der Gewerbetreibenden, staatliche Wirthschaftspolitik, deren Bestandtheil gewerbliche Reformgesetze sind, zur Durchführung gebracht werden.

Die römischen Rechtsgrundsätze sollen aber auch auf diesem Gebiete ausgemerzt werden, denn wir huldigen nicht dem römischen Rechte, nach welchem „der Mensch eine Ware ist", sondern wir wollen nach germanischer Art, neben einem urwüchsigen Bauernstand einen in den Städten blühenden kräftigen Bürgerstand und einen selbstbewußten Gewerbestand, dessen Leistungen aus der vielgeschmähten früheren Zeit heute noch mit Recht unsere Bewunderung erregen. Wir wollen schließlich auch einen zufriedenen Arbeiterstand und wollen eben nicht, daß ein großer Theil des Volkes zu Proletariern herabgedrückt werde.

Wir wollen somit nicht, daß unsere heimatlichen Städte, Märkte, Dörfer und Fluren ein Versuchsfeld für Herrschgelüste nomadisirender, parasitischer fremder Völker bilden.

Mit Rücksicht auf die vielen Mißstände in Folge unglückseliger wirthschaftlicher und socialer Gesetzgebung und Unterlassungssünden muß die Gesellschaft reorganisirt werden, die Gesetzgebung muß in volksthümlicher Weise einschreiten und den Gesetzgebern einprägen, daß es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten des Besitzes gibt.

Der gegenwärtige Zustand, in dem die größten Antheile Denjenigen zufallen, welche nicht arbeiten, dann Denen, die nicht viel arbeiten, ist ein wirthschaftlich ungesunder und daran trägt auch die Haltung unserer verderbten, volksfeindlichen Zeitungspresse viel Schuld.

Gegenüber den Aeußerungen von judenliberaler Seite, daß der Stand der Handwerker keine Existenzberechtigung mehr habe, ist es erhebend, in der gestern am 25. November 1886 in Berlin an den deutschen Reichstag gerichteten Thronrede die Worte zu lesen:

„In voller Würdigung der Bedeutung des Handwerkerstandes für die allgemeine sociale Wohlfahrt sind die verbündeten Regierungen mit Interesse den Bestrebungen gefolgt, durch welche das deutsche Handwerk seine corporativen Verbände zu stärken und seine wirtschaftliche Lage zu heben trachtet."

Schließlich wird in der Thronrede die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen werde, zu einem den berechtigten Interessen des Handwerkerstandes entsprechenden Ergebnisse zu kommen.

In derselben Thronrede ist aber noch ein Passus enthalten, der auch für uns von großem Interesse ist; er lautet:

„In der Erwägung, daß die Regierungen kein anderes Interesse haben, als das der Nation, verzichtet der Kaiser darauf, die eigene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der bisher vergebens erstrebten Steuerreform von Neuem zur Geltung zu bringen, so lange das Bedürfniß nicht auch im Volke zur Anerkennung gelangt sein und bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden haben wird."

Und bei uns in Oesterreich?!

Wenn der Abgeordnete Türk namens des Verbandes der Deutschnationalen, entsprechend einem Volkswunsche und auf Grund unseres Programmes, im Reichsrathe den Antrag auf Einführung einer progressiven Personal-Einkommensteuer mit höheren Steuersätzen für das Renteneinkommen und mit niedrigen Sätzen für das Arbeitseinkommen behufs gerechter Ausgleichung der Steuerleistungen, einbringt, wie dies kürzlich geschehen ist, da wird dieser Antrag in der öffentlichen Presse todtgeschwiegen und Allen voran vom Organe des Deutschen Club, statt sachlicher Bekämpfung oder gründlicher Besprechung, in verletzender, höhnischer und oberflächlicher Weise behandelt.

Ein Wiener Rabbinerblatt, nämlich die „Wiener Allgemeine Zeitung", schrieb heuer anläßlich einer von mir mit großem Erfolge in Böhmen abgehaltenen Versammlung wörtlich Folgendes: „Wenn die Schönerianer überhaupt der Vernunft zugänglich sind, so müßten ihnen die Aussprüche Schönerer's die Augen öffnen!"

Nun, ein solcher Ausspruch von mir, der dem Volke die Augen öffnen soll, ist z. B. u. A. Folgender: „Was den sogenannten Versöhnungspolitikern nicht gelingt, das werden die Juden zuwege bringen, nämlich eine Einigung der Völker Oesterreichs, und zwar zu dem Zwecke, um dem Judenthume den Laufpaß zu geben, bei welcher Gelegenheit wir den allenfalls mitgehenden verjudeten Politikern gewiß keine Thräne nachweinen werden.

Bevor ich zu einer Besprechung der Rechte und Interessen des Bauernstandes und der zu seinem Schutze nothwendigen Reformen übergehe, gestatten Sie mir noch einige unsere Orientpolitik betreffende Ausführungen hier einzufügen.

Wenn wir für wirthschaftliche und sociale Reformen eintreten, so müssen wir in Oesterreich besonders auch im Interesse unserer heimischen Production auf gewerblichem und industriellem Gebiete unserer Blicke auch mehr nach dem Südosten richten, und besonders, wie gesagt, ist dabei auch die Wiener Geschäftswelt interessirt.

Die Nothwendigkeit einer erweiterten Thätigkeit nach Südosten tritt auch in der That immer mehr an uns heran und erscheint als Pflicht unserer vaterländischen Industrie- und Handelskreise.

Eine kräftige Initiative in Bezug auf unsere Orient-Politik ist auch in Bezug auf ein gedeihliches Zusammengehen mit dem Deutschen Reiche unerläßlich. Die wirthschaftliche Reformthätigkeit im Innern Oesterreichs muß mit der Reform wirthschaftlicher Erwerbsthätigkeit nach Außen zusammengehen.

Es muß also Gelegenheit zu lohnender Arbeit geschaffen werden und auf dieser Pflicht des Staates beruht Bismarck's Wort: „Vom Rechte auf Arbeit".

Die großartige Handelspolitik des Deutschen Reiches, wie sie Bismarck eingeleitet hat, zeigt uns den Weg, welchen auch wir mit Thatkraft zu wandeln haben, wenn wir nicht abermals weit hinter unseren Brüdern im Reiche zurückbleiben sollten. Unsere heimischen Kaufleute

und Industriellen würden gewiß den Handelsmännern der deutschen Hansestädte wesentlich nicht nachstehen, wenn sie das Bewußtsein hätten, vom Wiener auswärtigen Amte stets ausreichende Unterstützung zu finden, so wie selbe die deutschen Unternehmer im Berliner auswärtigen Amte stets gefunden haben.

Für uns Deutsche in Oesterreich ist aber auch aus nationalen Gründen die Erweiterung des Gebietes für lohnende Arbeit höchst nothwendig.

Ich habe es jederzeit betont, daß Vermehrung wirthschaftlicher Kraft eine Erhöhung des nationalen Gewichtes und somit auch des politischen Einflusses bedeutet. Sowie für die deutschen Bauern eine Reform der landwirthschaftlichen Gesetzgebung und Erleichterung der bäuerlichen Lasten nöthig ist, um den Bauernstand vom Untergange zu retten und seine Kraft dem deutschen Volke zu erhalten, so muß auch für den deutschen Gewerbestand, für den deutschen Kaufmann und Industriellen eine Vermehrung seiner wirthschaftlichen Kraft geschaffen und dadurch das Joch des internationalen Judenthums gebrochen werden. Davon, ob es den deutschen gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreisen Oesterreichs gelingen wird, bei der friedlichen wirthschaftlichen Eroberung des Süd-Ostens sich die Führung zu sichern, die ihnen gebührt, und die ihnen mit Rücksicht auf ihren natürlichen Rückhalt an der wirthschaftlichen Macht der 45 Millionen Stammesbrüder im Deutschen Reiche nicht wieder entwunden werden könnte, davon wird es zum Theile auch abhängen, ob der deutsche Stamm in Oesterreich die ihm gebührende Führerschaft auch in nicht ganz deutschen Landen, — die aber seine Vorfahren mit ihrem Blute der Barbarei abgerungen haben, — bleibend sich werde sichern können.

Allerdings müßte die österreichische Diplomatie mit besserem Blicke und mehr Sachkenntnis als bisher die Verkehrsbeziehungen zu den Donau- und Balkanländern zu sichern wissen. Für Wien aber ist die glückliche Lösung der Orientfrage von der größten Bedeutung. Die hinter der Entwicklung Berlins weit zurückbleibende Entwicklung Wiens hat seine Ursache hauptsächlich auch darin, daß in Preußen-Deutschland besonders auch die Regierung die Vortheile der geographischen Lage des Staates und der Stadt Berlin ausnützt und stets ausgenützt hat. Wien nun, am Kreuzungspunkte zweier Weltstraßen gelegen, krankt und entwickelt sich nicht in entsprechender Weise.

Die leitenden Kreise wären berufen, die hemmenden Fesseln fortzuschaffen, welche die volle Kraftentfaltung Wiens hindern. Die leitenden Kreise hätten dem Unternehmungsgeist der Wiener Geschäftswelt die Lande zu öffnen und die Verkehrswege zu sichern, wohin die Donau weiset und durch eine rationelle Handelspolitik die Ausnützung der südöstlichen Länder durch andere Staaten und Völker hintanzuhalten.

Sache unserer Regierung wäre es, Hand in Hand mit der Regierung des Deutschen Reiches endlich die Zollschranken niederzulegen, welche die österreichischen Länder rückwärts unterbinden und von ihrem natürlichen Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, abschließen. Sache der leitenden Kreise wäre es, den uralten Handelsweg vom Mittelmeer zur Bernsteinküste endlich entsprechend herzustellen

und auszubauen, wozu auch die Fertigstellung von Canälen, wie zum Beispiel speciell die Herstellung des Donau-Oder-Canales gehört, wodurch billige Kohlen billig nach Wien kommen werden und dadurch eine industrielle Entwicklung Wiens ermöglicht werden könnte. Allerdings müßte da zuerst die Herrschaft der Nordbahnjuden gründlich gebrochen werden. Ich habe über diese wichtigen wirthschaftlichen Angelegenheiten schon am 7. Juni 1882 in einer großen Versammlung in Breslau ausführlich gesprochen und bin darauf in meiner bekannten Nordbahnrede vom 2. Mai 1884 zurückgekommen.

Ich habe damals darauf hingewiesen, und will es nur kurz ins Gedächtnis zurückrufen, daß Bismarck im Jahre 1852 vom Hoflager in Pest nach Berlin berichtete, „daß der österreichische Kaiser an der **Zolleinigung** mit Deutschland festhalte, in der Ueberzeugung, daß nur eine Verschmelzung der materiellen Interessen der deutschen Staaten und Oesterreichs, diesen Staaten zusammen denjenigen Grad von Consolidierung geben könne, dessen sie als Bürgschaft der inneren Sicherheit sowohl, wie auch der europäischen Machtstellung bedürfen.“

Vor ungefähr einem Jahre hat ja auch unser Minister des Auswärtigen in der Delegation es betont, daß auch heute noch beiderseits an dem Programme der wirthschaftlichen Einigung beider Reiche festgehalten werde.

Wenn nun in dem angedeuteten Sinne die wirthschaftlichen Aufgaben einer zielbewußten Orientpolitik von Deutschland und Oesterreich gelöst werden, dann werden so kleinliche Erscheinungen, wie die Vereine zur Hebung des Fremdenverkehrs verschwinden und Wien würde der Mittelpunkt eines Netzes werden, in dem die Fäden großartiger europäischer wirthschaftlicher Interessenzüge zusammenlaufen. Wenn deutsche Arbeit und deutscher Unternehmungsgeist in vollem Glanze zur Geltung kommen sollen, dann müssen wir den Muth haben und die Thatkraft besitzen, die Herrschaft des internationalen Judenthums im eigenen Hause zu brechen! (*Beifall.*)

Das sind Ziele, meine Herren, nach meiner bescheidenen Ansicht, würdig einer echt nationalen deutschen Partei in Oesterreich, und haben wir das bekanntlich bereits im Jahre 1882 im Linzer Programm der Deutschnationalen wörtlich gesagt: die diesbezüglichen Programmpunkte lauten:

Es muß als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates bezeichnet werden, diejenigen Vorbedingungen zu schaffen, welche eine gedeihliche Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse ermöglichen; diese Vorbedingungen aber sind:

Die Schaffung eines gemeinsamen Zollgebietes mit dem Deutschen Reiche unter Einbeziehung Ungarns und der Balkanländer, sowie die Erzielung eines einheitlichen Vorgehens beider Reiche in allen wirthschaftlichen Fragen nach den Grundsätzen des wirthschaftlichen Schutzsystems.

Weiter heißt es im Programme:

Da die Monarchie in Folge ihrer geographischen, politischen und wirthschaftlichen Lage sich nicht auf sich selbst zurückziehen kann, so ist es

Aufgabe einer ernsten politischen Partei, auch den äußeren Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und es muß in dieser Beziehung gefordert werden:

Die Erhaltung und dauernde Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche durch einen Staatsvertrag,

Die Entfaltung einer kräftigen und zielbewußten Orientpolitik, insbesondere Wahrung der österreichischen Interessen an der unteren Donau und in den Balkanländern;

die kräftige Wahrung der maritimen Interessen Oesterreichs, insbesondere im Mittelmeere und in den Mittelmeerländern.

Schließlich will ich noch folgenden Punkt unseres Programmes miterwähnen:

Es ist im hohen Grade wünschenswerth, daß wirthschaftliche Unternehmungen, welche für die Gesammtheit oder größere Kreise der Bevölkerung von Wichtigkeit sind, vom Staate selbst übernommen oder so geregelt werden, daß sowohl die öffentlichen, als die privaten Interessen in ausreichender Weise gewahrt erscheinen, und es ist demnach insbesondere anzustreben:

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Regelung des Tarifwesens zur Förderung der landwirthschaftlichen und gewerblichen Production, die nothwendige Regulirung der Ströme und Flüsse, sowie die Herstellung geeigneter Wasserstraßen, insbesondere des Donau-Oder-Canales.

Ich glaube nun, daß dieses unser Programm zeigt, daß die deutschnationale Partei zielbewußt ist, und daß wir uns von anderen Parteien, wie zum Beispiele auch vom Deutschen Club, dadurch unterscheiden, daß wir nicht in jenen Gassen und auf jenen Wegen wandeln wollen, welche bisher von semitischen Plattfüßen breitgetreten wurden, auf welchen Wegen die Irregeführten und schwindelig Gewordenen geplündert wurden, um dann ihre Nachfolger in der Wüste des wirthschaftlichen Liberalismus in gleicher Weise zu mißhandeln.

Wir sehen vielmehr in den semitischen Völkern die Vertreter des Nomadenthums, wie dies Dr. Wahrmund in seinem kürzlich erschienenen Buche so gründlich nachgewiesen hat.

Wir betrachten es stets als eine der ersten nationalen Pflichten der seßhaften arischen Völker, das Nomadenthum zu allen Zeiten auf das Entschiedenste zu bekämpfen!

Nun, meine Herren, gestatten sie mir auch über die hochwichtigen Angelegenheiten des *Bauernstandes* Ihr Interesse eine Zeit lang in Anspruch zu nehmen. *Die festeste Stütze einer Nation ist doch immer in erster Linie im ansäßigen, kräftigen Bauernstand gelegen.* Lassen Sie den Bauernstand zu Grunde gerichtet sein, so wird es auch dem größten Staatsmanne nicht möglich sein, einen solchen wieder zu schaffen. Alle anderen Stände sind zumeist aus dem Bauernstande hervorgegangen.

Thatsache ist, daß heutzutage kein Bauer als solcher mehr auf einen grünen Zweig kommen kann.

Wenn auch die Bauern dem Jahre 1848 — trotz mancher Verkehrtheiten dieser bewegten Zeit, — einiges Wesentliches zu verdanken

haben, so läßt sich doch auch nicht läugnen, daß seit jener Zeit der Bauernstand immer mehr dem wirthschaftlichen Niedergange unterworfen wurde.

Dem Volke, das in strengen Schranken gehalten worden war, wurde plötzlich wirthschaftliche Ungebundenheit zu Theil und für Volksbildung war wenig geschehen.

Eine Folge davon war, daß Leute von oft geringem sittlichem Werthe, die aber alle Kniffe des Geschäftslebens kannten und die Wege wußten, auf denen Gesetze umgangen werden konnten, daß solche Leute den Vortheil davon trugen über die ehrlich arbeitenden, langsam vorwärtsschreitenden Bauern und Gewerbsleute. Thatsächlich ist es denn auch, daß ein Theil der Gewerbe im Kampfe gegen Raffinirtheit und gegen zumeist jüdisches Capital unterlagen.

Thatsache ist ferner, daß unser Grundbesitz verschuldet ist, daß die Zersplitterung desselben einerseits immer mehr zunimmt und daß andererseits die Latifundien immer mehr bäuerlichen Besitz aufsaugen.

Wenn der Bauer bis zum Jahre 1848 in ganz unwürdiger Stellung eines Leibeigenen feudaler Besitzer sich befand, so ist seine heutige Stellung als Zinssclave des internationalen meist jüdischen Capitals nach meiner Ansicht keine würdigere geworden.

Doch dieser Zustand wird, gegenüber den früheren Verhältnissen als „Fortschritt" bezeichnet und die nicht sehr ehrsame Zunft der Freihändler betrachtet diese Erscheinung noch dazu als einen besonders erfreulichen Fortschritt.

Sie begründen dies, indem sie sagen: „In der Natur herrscht ein allgemeiner Kampf zwischen dem Schwächeren und dem Stärkeren und Sieger bleibt derjenige, welcher am besten ausgerüstet ist, und dieses fortwährende Unterliegen des Schwächeren und in der Regel ehrlicheren gegenüber dem wirthschaftlich Stärkeren und in der Regel Raffinirteren, das nennen sie „Fortschritt". Die manchesterlichen Freiheitsmänner sagen ferner:

Das wirthschaftliche Gebiet soll frei sein von trennenden Schranken, die den Fortschritt hindern könnten.

Wir Deutschnationalen aber sagen: Die Erzeugung von wirthschaftlichen Gütern ist auch nur ein Theil der Lebensthätigkeit eines Volkes, und diese Erzeugung muß deshalb Rücksicht nehmen auf die nationalen, sittlichen und auf die geistigen anderen Angelegenheiten eines Volkes.

Und deshalb haben wir gewiß ein Recht, einen sittlich nationalen Maßstab anzulegen an das wirthschaftliche Raubritterthum, das die börseliberalen Fortschrittler mit dem schönen Namen einer freien Entfaltung der Kräfte belegen.

Wer muß nun Sieger bleiben im Kampfe um das Dasein bei freier Entfaltung der Kräfte auf wirthschaftlichem Gebiete? Doch nur der, welcher mit Vernachlässigung alles anderen edlen Strebens seinen ganzen Lebenszweck auf das Zusammenscharren von Geld gestellt hat, doch nur der, welcher vermöge seiner Abstammung schon geeignet ist,

die anderen Menschen zu beschummeln und doch nur **der**, welcher sozusagen schon mit der Muttermilch die Grundzüge der Schnorrerei eingesogen hat.

Und wer muß unterliegen in einem solchem Kampfe ums Dasein bei freier Enfaltung der Kräfte?

Die Unterliegenden sind: Der ehrlich Arbeitende, zumeist in erster Linie der Bauer, der Handwerker, der Arbeiter und die anderen berechtigten, sich ehrlich fortbringenden Berufsclassen im Staate; überhaupt wird zu den Unterliegenden derjenige gehören, der im ehrlichen Schaffen zurückbleibt hinter der Raffinirtheit der Volksausbeuter.

Geehrte Versammlung! **Der Bauernstand bildet die Wurzel des Volksbaumes.** Der Baum ist nicht da wegen der Wurzel, sondern die Wurzel ist da wegen des Baumes, und die Hauptsache ist, daß der deutsche Volks-Eichenbaum nicht wurzelfaul werde.

Ich habe heuer in einer Versammlung in Böhmen gesagt, daß es das gesunde Gedeihen des deutschen großen Eichenbaumes nicht behindern könne, wenn ein Keil von böhmischem Lindenholze in den mächtigen und kräftigen Eichenstamm hineingetrieben sei. Beides sei **arisches** Holz und wird daher nach und nach verschmelzen und zusammenwachsen und der herrliche Eichenbaum wird in seiner Entfaltung in keiner Weise behindert sein.

Wenn nun aber derselbe gesunde, kräftige Volks-Eichenbaum von Schmarotzerthieren und parasitischen Schlinggewächsen befallen und umrankt und von semitischen Borkenkäfern massenhaft angebohrt würde, dann behaupte ich, daß auch der kräftigste Eichenbaum auf die Dauer da erfolgreich nicht Widerstand leisten könnte, daß er bald kränkeln würde und im Gedeihen entschieden behindert wäre. (*Lebhafter Beifall*).

Dies ist das Gleichniß, wie ich es heuer in öffentlicher Versammlung gebraucht habe und weßhalb ich natürlich wieder von der verjudeten **Geld-für-Alles-Presse** gehöhnt und geschmäht worden bin.

Geehrte Herren! Der Grund und Boden muß wieder werden, was er seinem Wesen nach sein sollte, nämlich: ein fester Stand für die Wurzel unseres Volksbaumes und kein Zettelhaufen, der von Hand zu Hand geht, wie die Papiere einer Schwindelbank auf der Börse! Mit einem Worte, der Besitz soll wieder festgenietet werden an den Boden, und zwar durchs Gesetz.

Die Partei der Güterschlächter — leider gibt es eine solche und hat selbe sogar Anhänger in den Kreisen des Deutschen Club — diese Partei, die eigentlich die Partei der **Güterschächter** heißen sollte, weil selbe die bäuerlichen Besitzungen auf unnatürliche Art umbringt, diese Partei sagt: Nicht der Grund und Boden soll den Bauer halten, sondern umgekehrt, der Bauer soll den Grund und Boden halten.

Sie sagt ferner: **Volksbildung** ist das Universalmittel, durch welches der Bauer sich helfen kann; darum also neue Schulen und — das Uebrige wird sich finden.

Auch ich und meine Freunde sind zumeist erprobte Förderer guter Schulbildung und wir wissen, daß der entsprechend angewandte Steuergulden für Schulzwecke kein verlorener ist; auch glauben wir, daß der

besser gebildete Bauer gegenüber dem ungebildeten Standesgenossen in der Regel im Vortheile sein wird.

Aber wir wissen auch, daß es Jahrzehnte dauern kann, ehe alle Schulen entsprechend vermehrt und ausgestattet sein werden, und daß oft ein Menschenalter vergeht, bis die Kinder aus diesen Schulen zu Besitzern, zu Bauern herangewachsen sein werden.

Bevor aber diese Zeit eintritt, kann der Bauernstand bereits vom Boden verdrängt sein, und auf den nun besseren Schulen wird dann ein besitz- und heimatsloses junges Volk die Bänke füllen und diesem kann dann der Lehrer als geschichtliche Merkwürdigkeit erzählen, daß es einst in der Gegend einen seßhaften Bauernstand gegeben hat.

Wir sind also bekanntlich der Ansicht, daß Hand in Hand mit Förderung der Bildung Gesetze beschlossen und gehandhabt werden müssen, durch welche der bäuerliche Besitz festgenietet wird auf dem Grund und Boden.

Wir brauchen also Gesetze gegen Ueberschuldung, Zersplitterung, gegen Ueberlastung; Gesetze, wie solche in dem Beschlusse des am 20. März 1886 unter meinem Vorsitze in diesem Saale stattgehabten deutschen Bauerntages von über 3000 Grundbesitzern verlangt wurden.

Wir brauchen bäuerliche Heimstätten, damit feste Stätten bestehen, an denen das Volk eine Stütze hat gegenüber fremden Eindringlingen. Und das nennen wir nationale Wohlfahrtspolitik.

Die jüdisch-liberalen Fortschrittler aber predigen außer Bildung noch als Heilmittel: „Leichter Credit!“

Nun, auf diesen „leichten Credit“ ist nach unserer praktischen Erfahrung in der Regel die „zwangsweise Feilbietung“ gefolgt.

Doch „Ausschlachten“ heißt ja bekanntlich die Hauptparole der doctrinären Fortschrittler.

Und leider auch manche Besitzer bäuerlicher Wirthschaften schwärmen förmlich für die durch die Freitheilbarkeit ermöglichte Parcellirung.

Oft wird „stückweise“ verkauft, um sich auf dem verschuldeten Gute noch halten und „als Besitzer“ wenigstens auf demselben noch sterben zu können; was aus seinen Nachkommen dann wird, sei gleichgiltig, sie sollen sich eben fortfretten nach Möglichkeit.

Doch umsonst sind die Bemühungen des verschuldeten Besitzers; Unglück auf Unglück kommt auch noch dazu — die Gläubiger zucken die Achseln — die Vertreter des Gerichtes kommen — das Gut wird „ausgeschlachtet“; — — und mit dem Verschwinden einer solchen deutschen Bauernwirthschaft ist wieder eine Wurzelfaser losgerissen vom alten Volks-Eichenbaum!

Man wird sagen, so eine kleine Faser kann nicht von Bedeutung sein für die Widerstandsfähigkeit eines großen Baumes. Ich meine aber, daß, wenn jährlich tausende und abertausende solcher Fasern losgerissen werden, im Laufe der Zeit der Baum wenigstens nicht mehr so fest in der Erde sitzen und allen Stürmen der Zeit wird Trotz bieten können. Abgesehen aber von alledem sagen die trockenen Ziffern, daß der immobile Besitz in Oesterreich vom Jahre 1874 bis 1884, also in zehn Jahren, um über 500 Millionen Gulden mit Schulden nachweisbar mehr belastet

worden ist. Im Jahre 1874 betrug der Gesammtlastenstand 2664 Millionen Gulden, heute beträgt er bereits die Summe von über 3200 Millionen Gulden,

Was den städtischen Besitz allein betrifft, — ich will mich da nur auf Niederösterreich beschränken, — so betrug der Lastenstand im Jahre 1868 rund 80 Millionen Gulden und war bis zum Jahre 1884 auf über 263 Millionen Gulden gestiegen! Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Schuldenlast stetig zunimmt, so erkennt man deutlich daraus, daß man es nicht zufällig nur mit vorübergehenden außergewöhnlichen Ursachen zu thun hat, sondern daß die Verschuldung eine beständig anwachsende in den letzten zwei Jahrzehnten war und ist.

Der Volksvertreter muß auf die Ursachen zurückgehen, welche solche Zahlen hervorrufen. Hat er diese gefunden, so wird er auch die Mittel zur Abhilfe entdecken, denen durch Gesetze die nöthige Geltung zu verschaffen sein wird. Daß der jetzige Zustand nicht haltbar ist, sowohl für die Gläubiger als auch für die Schuldner, das beweist Folgendes:

Im Jahre 1874 wurden 4413 bäuerliche Realitäten zwangsweise verkauft, im Jahre 1880 jedoch bereits 12 540 Realitäten der Execution unterzogen und die Gläubiger haben im Jahre 1880 von den darauf vorgemerkten 50 Millionen nur 25 Millionen Gulden ausgezahlt erhalten.

Daß sich die Wissenschaft endlich auch eingehender mit diesen Uebelständen befaßt, ist hoch an der Zeit und hat u. A. Professor Lorenz v. Stein darauf hingewiesen, daß der gesammte bäuerliche Grundbesitz in zwei Ordnungen eingetheilt werden solle, und zwar in untheilbaren, unbelastbaren und unexecutirbaren Besitz und zu einem Drittheile in frei verkäuflichen und frei erwerblichen Grundbesitz.

Wenn die Grundzerstückelung und Verschuldung so ungehemmt fortgeht wie bisher, dann ist das Ende vom Liede, wie die volksfeindlichen Zeitungen sich ausdrücken:

„Sie ziehen ihres Weges!" — die deutschen Bauern nämlich; — was das heißt, brauche ich nicht des Weiteren auszumalen, gewiß aber ist, durch dieses Auswandern gewesener deutscher Bauerngutsbesitzer und durch das Einwandern fremdartiger Elemente, so z. B. der vom russischen Volke vertriebenen Juden, eine Völkerwanderung in Scene gesetzt, durch welche unsere Nation aufs Empfindlichste geschädigt erscheint. (*Langanhaltender Beifall.*)

Auch für die Städte und Städter ist das Gedeihen des vaterländischen Bauernstandes von der größten Bedeutung, denn wahr ist und bleibt das Sprichwort:

„Hat der Bauer Geld, so hat es alle Welt!"

Man hat uns oft in den bekannten Blättern der jüdischen Partei gesagt: Gesetze, wie sie in Ländern, die tief unter uns stehen, zum Schutze des Bauernstandes geschaffen werden, sind Gesetze, welche moderne, civilisirte Staaten nicht brauchen können.

Nach meiner Ansicht aber müssen wir sagen: Wenn in anderen Ländern — ob culturell angeblich höher oder tiefer stehend ist gleichgiltig — Gesetze zum Schutze des Bauernstandes sich bewährt haben, so müssen wir trachten, entsprechend unseren Verhältnissen, ähnliche Gesetze zu Gunsten der Erhaltung unseres Bauernstandes zu schaffen.

*

Nachahmenswerth ist jedenfalls der Vorgang in einigen Theilen Ostindiens, mit welchem ein Bauern-Entlastungsgesetz im Jahre 1879 zu dem Zwecke votirt wurde, um die dortigen Bauern, welche in Gefahr waren, vom ererbten Boden weggeschwemmt zu werden, darauf wieder fest zu nageln.

Nachahmenswerth sind gewiß die Heimstättengesetze Nordamerikas, dann manche Bauernschutzgesetze in Rumänien, Serbien, dann in Norwegen und in anderen Ländern, wo man die übergroße Bodenzersplitterung als sociale Gefahr mit Recht betrachtet.

Von scheinliberaler Seite wird uns oft Großbritannien als die Heimat verfassungsmäßiger Rechte gepriesen; in Wahrheit aber herrscht in diesem sogenannten Musterlande des Constitutionalismus ein Zustand, der dadurch am besten gekennzeichnet ist, daß die Kluft zwischen dem reichsten Reichthum und der ärmsten Armuth dort sich stetig erweitert.

Bekanntlich gehört zu diesem Reiche aber auch Irland, wo die Hälfte des Landes im Besitze von nur 300 Personen ist bei einer Bevölkerung von über fünf Millionen.

In einem Gutachten eines österreichischen Oberlandesgerichtsrathes las ich kürzlich, daß, wenn es so fortgeht, wir in Oesterreich bezüglich des Bauernstandes irischen Zuständen entgegengehen.

Das soll wohl heißen, die sociale Frage wird in dem bekannten Sinne gelöst, daß zuerst die Großen die Kleinen fressen, bis der Größte die Großen frißt!

Es wurde von unseren Gegnern auch gesagt, vom staatlichen Standpunkte sei es ganz gleichgiltig, wem der Grund und Boden gehöre, wenn nur der Staat seine Steuern bekommt. Dann, meine Herren, müsse es also auch gleichgiltig sein, wenn aller Grund und Boden nur der Familie Rothschild gehören würde, denn dann würde ja der Staat wohl auch seine Steuern bekommen.

Wir aber wollen nationale Wohlfahrts- und Wirthschaftspolitik in der Gesetzgebung, das heißt Gesetze, die unseren Bauernstand schützen und ihn an die vaterländische Scholle festbinden.

Auch von den Vorfahren unserer deutschen Bauern und von deren Nachkommen gilt der Spruch aus unseres deutschen Schiller's „Tell":

„Wir haben diesen Boden uns erschaffen
Durch unserer Hände Fleiß, — den alten Wald,
Der sonst der Bären wilde Wohnung war,
Zu einem Sitz für Menschen umgewandelt,
Die Brut des Drachen haben wir getödtet,
Der aus den Sümpfen giftgeschwollen stieg.
Die Nebeldecke haben wir zerrissen,
Die ewig grau um diese Wildniß hing, —
**Unser** ist durch tausendjährigen Besitz der Boden!"

Und, setze ich hinzu, dieser, unser Boden soll auch im Besitze der Deutschen bleiben und nicht in das Eigenthum nomadisirender Völkerschaften übergehen. Wenn man mir da einmal nach einer Versammlung sagte: „Juden sind doch auch Menschen," so antworte ich: „Ja, Schakale, Wölfe und Hyänen sind auch Thiere!" (*Lebhafter Beifall.*)

Mir ist es unvergeßlich, als ich vor etwa zehn Jahren Galizien und die Bukowina bereiste — ich hege keine besonderen Sympathien für das ruthenische Volk, das an seinem Niedergange meist selbst Schuld ist, — auch schwärme ich nicht für Polen — aber das Eine sage ich: Die Thränen traten mir in die Augen, als ich einen Mann im Kaftan zu Pferde die Felder inspiciren sah, auf welchen die früheren Bauernguts-besitzer arbeiteten. Da sagt uns nun die jüdisch-liberale Presse, ich habe mir einen solchen Satz herausgeschrieben:

„Wenn der Bauer bedauerlicherweise von Haus und Hof verdrängt wird, so ist er eben den Anforderungen der Neuzeit nicht gewachsen; es ist daher erklärlich, ja nützlich, daß andere Gesellschaftsschichten die Bewirthschaftung des Bodens in die Hände nehmen."

Wer nun nicht will, daß auf diesem der deutschen Nation gehörigen Grund und Boden zu Nachfolgern unserer deutschen Bauern die Söhne jenes fremden Volkes werden, welches der Bauer seit jeher mit Recht als seine ärgsten Widersacher betrachtet hat, der muß mit uns eintreten für nationale Wohlfahrtspolitik zu Gunsten des einheimischen Bauern-standes, somit in erster Linie entsprechend unserem Programme: für Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten der Gesetzgebung und des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten der Gesetzgebung und des öffentlichen Lebens überhaupt.

Da ich heute schon über Güterausschlachten gesprochen habe, so gestatten Sie mir nur kurz noch darauf hinzuweisen, daß kürzlich ein jüdischer Güterausschlächter nebst einem Genossen gegen mich und zwei Parteifreunde wegen eines im August in meiner Zeitschrift, den „Unverfälschten Deutschen Worten", enthalten gewesenen Artikels über das Vorgehen bei Güterausschlachtungen die Ehrenbeleidigungs-klage überreicht hat, und daß daher dieser Preßproceß demnächst vor dem Schwurgerichte in Wien zur Verhandlung kommen wird.

Daß wir nun selbstverständlich den Wahrheitsbeweis erbringen, können Sie mir glauben, und seien Sie versichert, daß wohl noch niemals Angeklagte mit solcher Sehnsucht der Durchführung eines Processes entgegengesehen haben, als dies bei mir und meinen Freunden der Fall ist.

Ueber Güterausschlachtung erlauben Sie noch Folgendes zu citiren, was ich kürzlich in einem deutschnationalen Blatte las:

Es antwortete einmal ein mährischer Jude, nachdem dieser Jude wieder einmal eine Ausschlachtung nach Wunsch durchgesetzt hatte, dem christlichen Notar auf die Frage, ob er denn kein Mitleid mit seinen Opfern fühle: „Was wollen Sie? Wir Juden sind wie die Häkselmaschine, die auf dem Hofe steht; oben kommt der Bauer hinein und unten kommt der Proletarier heraus."

Ich will dieses Gebiet verlassen und dem Schlusse zueilen und darauf hinweisen — es mögen meine Freunde es mir nicht übel nehmen — daß mich Vertrauenskundgebungen wohl stets gefreut aber niemals wesentlich beeinflußt haben, ebensowenig wie Mißtrauenskundgebungen mich jemals wankend gemacht oder irregeführt haben. Und wenn man

mich fragt, warum ich den Kampf, der so einfach und leicht keineswegs zu kämpfen ist, weiterführe, so sage ich offen und der Wahrheit gemäß: „Mich hält in dem schweren Kampfe die Erkenntniß aufrecht, daß der Kern unseres Volkes in Oesterreich noch ein gesunder ist und daß daher eine sittliche Wiedergeburt des Vaterlandes möglich erscheint!"

Diese Ueberzeugung hat es uns ermöglicht, den Kampf zu beginnen und fortzuführen.

Ich habe mit meinen Genossen einen Treubund geschlossen und wir trotzen der Gefahr; lassen Sie mich hier die schönen Worte unseres Dichters Fels anführen:

„Wir fürchten nicht der Feinde tückisch Lauern,
Nicht ihres Kampfschrei's ekliches Getön,
Der Treubund baut uns felsenfeste Mauern,
Wenn Alles sinkt, das deutsche Volk wird steh'n."

Geehrte Herren!

Gestatten Sie mir nachträglich, noch ein Wort einzulösen, welches ich gegeben habe. Ich habe früher gesagt, ich will nachweisen wie begründet, wichtig und nothwendig es war, daß wir im Abgeordnetenhause einen Antrag einbrachten, wodurch der Ratengeschäftsschwindel verboten werde. Ich erlaube mir ein aus dem wirklichen Leben genommenes Beispiel Ihnen vor Augen zu führen, welches beweisen wird, wie nothwendig es ist, daß die Gesetzgebung unseren Antrag zum Gesetze werden lasse. Nur von einer Gattung des Ratenhandels will ich sprechen, vom Bilderhandel. Die Agenten, zumeist Juden, werden hinausgeschickt in alle Welt. Es kommt da ein krummnasiger Jude zum Beispiele in die Wohnung einer Arbeiterfamilie, der Mann ist in Arbeit, die Frau allein zu Hause bei kaltem Herd und kaltem Ofen in der von kahlen Wänden umschlossenen Stube. Der Agent fragt, ob sie nichts zu kaufen wünsche, und meint wie schön es wäre, wenn ein Heiligenbild zum Beispiel die leeren Wände schmücken würde. Wir sind arme Leute, sagt die Frau, wir haben nichts zu kaufen und nichts zu verkaufen.

Gesprächig wie der Jude ist und leider manche Frauen es bei dergleichen Gelegenheiten auch gewöhnlich sind, schwatzt derselbe ihr des Langen und Breiten vor, wie es für christkatholische Leute Pflicht sei, wenigstens ein Heiligenbild an der Wand zu besitzen.

Ach ja, seufzt das Weib, es wäre mir gewiß ein Trost in den vielen Leiden, aber ihr Mann sei nicht zu Hause, fährt sie fort, der Agent möge später wiederkommen. Kommt nun der Mann todtmüde noch Hause, so überfällt der Judenjunge den sich nach Ruhe sehnenden Arbeiter, schwatzt ihm von vortheilhaften Zahlungsbedingungen vor, bis der Mann, um nur Ruhe zu haben, in das Geschäft einwilligt. Die erste Rate wird pünktlich eingehalten, die zweite wird nicht genau am Verfallstage bezahlt, da der Mann meint, einige Tage später sei auch noch genügend Zeit. Nun läßt gerade Krankheit in der Familie die letzten Kreuzer in die Apotheke wandern, da kommt plötzlich der Gerichtsbote und schließlich hört der Arbeiter, daß er contumaziert ist; dann

wird er gepfändet und das alles macht hauptsächlich die Clausel, welche er unterschrieben hat, daß er sich nämlich dem Gerichte im Wohnsitze des Verkäufers unterwirft. Durch die Pfändung bricht Noth, Armuth und die Zerstörung des Familienglückes in die Familie.

Bezeichnend ist, daß ein einziges jüdisches Bildergeschäft in der Leopoldstadt in Wien jährlich viele Tausende solcher Klagen überreicht und durchführt. Den gepfändeten Arbeiter aber ergreift ein namenloser Haß. Er haßt aber nicht nur jenen Bilderhändler und jüdischen Agenten, es erfüllt ihn ein Haß gegen die ganze menschliche Gesellschaft, also auch gegen uns, die wir doch seine Freunde, seine Brüder sind. Dieser Haß treibt ihn in die Arme des Anarchismus, der da einen verläßlichen Streiter gewonnen hat, was wir dem jüdischen Geschäftspraktiker leider allein zu verdanken haben.

Weil ich das Wort Haß ausgesprochen habe, so lassen sie mich nochmals zur „Deutschen Zeitung" herabsteigen; selbe schrieb kürzlich, es sei bedauerlich, daß gewisse Kreise nicht nur Liebe, sondern auch Haß predigen.

Ich nun bekenne mich ohne Weiteres dazu, nicht nur Liebe, sondern auch Haß zu predigen.

Ich betrachte es nämlich als Pflicht eines treuen Sohnes des deutschen Volkes, seinen Stammesbrüdern zuzurufen:

Liebt alles Edle, Gute und Schöne, wie es im Deutschthum verkörpert ist, haßt alles Unedle, Schlechte und Gemeine, wie es im Semitenthum zu Tage tritt! —

Auf dem Gebiete des Kampfes um nationales Dasein und um Volkswohlfahrt muß es eben heißen: „Aug' um Aug' und Zahn um Zahn."

Mit der socialen Wohlfahrt des Volkes hängt das Rechtsleben, die Rechtspflege innig zusammen. Leider kann ich heute wegen Zeitmangels, da ich Ihre Geduld schon durch beinahe drei Stunden in Anspruch genommen habe, dieses wichtige Gebiet nur mehr streifen.

Thatsache scheint zu sein, daß wir keine echt volksthümliche Rechtspflege besitzen.

Thatsache ist ferner, daß die Ehrenhaftigkeit eines sehr wichtigen Standes, des Advocatenstandes, durch fremdartige Elemente, besonders durch das Judenthum, bedroht ist. Die heutigen diesbezüglich immer schwieriger werdenden Verhältnisse sind auf die Dauer gewiß unhaltbar und ist Abhilfe dringend geboten.

Ich bemerke nun noch schließlich, daß ich im nächsten Jahre im Abgeordnetenhause den bereits angekündigten Antrag auf Verbot des Einwanderns und Niederlassens ausländischer Juden einbringen und begründen werde, und zwar habe ich da als Vorbild jenes Gesetz, welches vor wenigen Jahren in Nordamerika gegen die Einwanderung der Chinesen beschlossen worden ist. Doch zu einer Begründung meines Antrages gegen „unsere Chinesen" wird es ja nicht kommen, da ja kaum mehr als vier Abgeordnete diesen Antrag unterstützen werden.

Ich will nun zum Schlusse Worte eines **Curfürsten von Brandenburg** citiren. Sie lauten: „So wahr der König des Himmels meine Souveränität als einen erzernen

Felsen aufgerichtet hat, um an mir und meinem Hause zu zeigen, daß deutsche Zucht und Treue eine Stätte in seinem Herzen hat und ich meine Kinder und mein Volk auch züchtigen darf, weil ich sie liebe, so wahr ist mir auch die Macht gegeben, verführte unschuldige Volksseelen der Giftsaat schlechtem Einflusse zu entreißen, denn nicht in undeutscher Weise, sondern in **hohenzollern'scher** Zucht sollen sie erblühen."

So wie nun das genannte deutsche Geschlecht wie ein erzerner Felsen deutsche Zucht und Sitte stets aufrecht erhalten, so predigt uns heute der gewaltige Geist unserer Vorfahren mit tausend ehernen Zungen von des deutschen Volkes Herrlichkeit, wenn dieses Volk sich von den semitisch-dämonischen Einflüssen wird frei zu machen und zu erhalten wissen!

Die zwei durch tausendjährige Beziehungen verknüpften stammverwandten Nachbarvölker — wir in Oesterreich und unsere Brüder im Deutschen Reiche — wir wollen vereint uns Schutz und Trutz geloben gegen äußeres Ungemach und gegen die im Innern vorhandenen und daher im Sinne des gewaltigen großen Kanzlers Bismarck, wie es der greise Kaiser der Deutschen vor 16 Jahren in Versailles betonte, Mehrer unserer Reiche sein auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt und Gesittung.

Der Dichter sagt:

Noch ist die deutsche Eiche nicht
In Oesterreich gefället,
Des deutschen Geistes mächtig Licht
Den Osten noch erhellet;
Und wie sich auch in Oesterreich
Die düstern Nebel ballen,
Du, deutscher Geist — der Sonne gleich, —
Mußt dennoch leuchten Allen!

Daß nun der unverfälscht deutsche Geist Allen leuchten könne, dazu ist nöthig, daß der aus der altgermanischen Göttersage bekannte böse Gott Loki, der auch heute noch in unserer Mitte zu finden ist, und zwar als Feind, der uns beständig an unsere schlimmsten Gegner verräth, bestraft werde, daß an ihm, d. h. daß an den Verräthern des eigenen deutschen Volkes ein Beispiel geschaffen werde, ähnlich so, wie uns die Sage der Bestrafung Loki's überliefert.

Ich schließe, meine Herren, mit den Worten: Europa gehört dem **arischen** Volke und dieses Eigenthumsrecht darf nicht verletzt und unser vaterländischer Grund und Boden nicht zum Versuchsfeld und Tummelplatz für herrschsuchtlüsterne, feindliche, volksvergiftende, nomadische und semitische Elemente dienen!

Geehrte Versammlung!

Wenn wir Deutschnationale auch jetzt nur Rufer in der Wüste bleiben, dann werden doch gewiß aus unseren Gebeinen dereinst Rächer erstehen!

Dankend für Ihre Ausdauer, Zustimmung und Aufmerksamkeit rufe ich allen Gesinnungsgenossen zu:

**„Arische** Volksgenossen!

**Deutsche Stammesbrüder!**

**Thuet Eure Pflicht** und seid fest wie **Fels und** Erz!"

*(Stürmischer Beifall folgte der Rede Schönerer's, Hochrufe ertönten und einmüthig gestaltete sich die Zustimmung der mehrtausendköpfigen Versammlung.)*

Denkspruch: „Bewahren wir den Bauernstand, diesen Schatz, diesen Reservefonds unserer nationalen Zukunft, mit gebührender Sorgfalt! So schwer das Erhalten oft sein mag, so ist es doch immer noch viel leichter als das Wiederherstellen. **Der Bauernstand ist die Wurzel des Volksbaumes.** Die Blüthen, Blätter und Zweige der Krone, ja selbst der Stamm können absterben und, wenn die Wurzel gesund ist, wieder ersetzt werden. **Aber wo die Wurzel nichts taugt, da geht der ganze Baum zu Grunde.**“

# Deutscher Bauerntag

## im Sofiensaale zu Wien

## am 20. März 1886.

**Einberufer und Vorsitzender:**

**Georg Ritter von Schönerer**, Gutsbesitzer, Reichsraths-Abgeordneter Schloß Rosenau, N.-Oest.

**Berichterstatter und Antragsteller:**

Appoth Julius, Grundbesitzer in Tremmelberg, Vorstand des Bauernvereines „Umgebung Marburg“ in Steiermark.

Dötz August, Grundbesitzer, n.-ö. Landtags-Abgeordneter, Allentsteig, N.-Oe.

Fürnkranz Heinrich, Grundbesitzer, n.-ö. Landtags-Abgeordneter, Langenlois, N.-Oe.

Gindler Mathias, Wirthschaftsbesitzer, Gradnitz, N.-Oe.

Guth August, Wirthschaftsbesitzer, Obmann des landwirthschaftlichen Casinos Lichtowitz, Böhmen.

Kittel Franz, Wirthschaftsbesitzer, Brüx, Böhmen.

Neuwiesinger Franz, Wirthschaftsbesitzer, Sallingberg, N.-Oe.

Pieringer Michael, Gutsbesitzer, Obmann-Stellvertreter des Salzburgischen Bauernvereines, Neumarkt, Salzburg.

Poschacher Sebastian, Wirthschaftsbesitzer, St. Martin bei Lofer, Salzburg.

Schamberger Georg, Wirthschaftsbesitzer, Vorstand des Oberösterreichischen Bauernvereines, Pram, Ob.-Oe.

Schöchtner Johann, Wirthschaftsbesitzer, Zissersdorf, N.-Oe.

Stürmer Franz, Wirthschaftsbesitzer, Süßenbach bei Raabs, N.-Oe.

Türk Carl, Grundbesitzer, Reichsraths-Abgeordneter, Wiese, Schlesien.

# Kundgebungen.

(Einstimmig beschlossen von über 3000 Grundbesitzern.)

## I.

1. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die jetzige traurige Lage des Bauernstandes und besonders die Verschuldung des bäuerlichen Besitzes zu einem beträchtlichen Theile dadurch bewirkt wurde, daß der Zerstückelung und Ueberbürdung des Grundbesitzes gesetzlich keine Schranken gesetzt sind.

2. Die Versammlung hält es im Interesse des Bauernstandes für dringend geboten, daß ehethunlichst Gesetze erlassen werden, durch welche der Fortdauer des jetzigen verderblichen Zustandes ein Ende gemacht wird; insbesondere wären folgende Verfügungen zu treffen:

a) Jedes Bauerngut mittlerer Größe, welches nicht höher als bis zum zwölffachen Betrage des Katastral-Reinertrages mit grundbücherlich einverleibten Schulden belastet ist, ist auf Verlangen des Eigenthümers oder der in erster Linie erbberechtigten Personen oder der gesetzlichen Vertreter derselben von dem zuständigen Bezirksgerichte als Heimstätte zu erklären und im Grundbuche als solche auszuzeichnen.

b) Als mittleres Bauerngut im Sinne der vorstehenden Bestimmung ist jeder ackerbaufähige Grundbesitz im Ausmaße von 6 bis zu 60 Hektaren nebst dazu gehörigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, Viehstand und Wirthschaftsgeräthen anzusehen, welcher vom Besitzer selbst bewirthschaftet wird und dessen Katastral-Reinertrag nicht weniger als 100 und nicht mehr als 600 Gulden beträgt.

c) Die Heimstätte ist untheilbar. Sie kann vom Eigenthümer nur als Ganzes und nur mit Zustimmung der in erster Linie erbberechtigten Personen verkauft, desgleichen nur als Ganzes und nur an Einen Erben vererbt und wegen Schulden nicht executiv veräußert werden.

d) Die Vereinigung einer Heimstätte mit einem Großgrundbesitze oder mit einer anderen Heimstätte ist unzulässig, und Verträge, welche eine solche Vereinigung bezwecken, sind für ungiltig zu erklären.

e) Der Eigenthümer der Heimstätte ist berechtigt, dieselbe noch bei Lebzeiten einer der in erster Linie erbberechtigten Personen zu übergeben, desgleichen steht ihm das Recht zu, diejenige erbberechtigte Persönlichkeit zu bezeichnen, welche nach seinem Tode die Heimstätte übernehmen soll.

f) Unterläßt der Eigenthümer die Namhaftmachung eines Uebernehmers, so gilt das Vorrecht des höheren Alters und des männlichen Geschlechtes vor dem weiblichen. Sollte sich jedoch keine der in gerader Linie erbberechtigten Personen zur Uebernahme der Heimstätte bereit erklären, so ist dieselbe als Ganzes an den Meistbietenden zu verkaufen und der Erlös zu gleichen Theilen unter sämmtliche Erben zu vertheilen.

g) Als Werth der Heimstätte im Erbfalle ist der vom zwanzigfachen Katastral-Reinertrage nach Abzug der darauf haftenden Schuld

verbleibende Restbetrag anzusehen. Von diesem Werthe erhält der Uebernehmer die Hälfte als Vorantheil zugesprochen; die zweite Hälfte des Werthes erhalten, wenn nicht eine anderweitige letztwillige Verfügung vorliegt, zu gleichen Theilen sämmtliche Erben zugewiesen.

h) Die Heimstätte kann zur Hereinbringung von Schuldforderungen keiner anderen Art des Vollzugsverfahrens, als der Abmeierung (Sequestration) unterzogen werden. Die Person des Meiers (Sachwalters, Sequesters) ist auf Verlangen des Gerichtes von der Gemeinde zu bestimmen.

i) Aufgabe der Landesvertretungen ist es, die Bildung von Heimstätten, insbesondere durch Zusammenlegung von Grundstücken nach Thunlichkeit zu fördern. Sie haben in dieser Hinsicht den Gemeinden mit Rath und That an die Hand zu gehen und insbesondere denselben im Bedarfsfalle in der Erlangung billiger Geldvorschüsse zu diesem Zwecke behilflich zu sein. In gleicher Weise ist es die Aufgabe der Volksvertretung, die Bildung von bäuerlichen Heimstätten auch durch Beschränkung der Großgrundbesitz-Fideicommisse zu fördern und sind keine neuen derartigen großen Fideicommisse ins Leben zu rufen.

k) Alle Rechtsgeschäfte, Rechtshandlungen und Rechtsprüche, welche die Heimstätte betreffen, mit Ausnahme des Verkaufes derselben, sind von Stempeln und Gebühren **zur Hälfte befreit.**

l) Das Vollzugsverfahren auf Bauerngüter, welche nicht als Heimstätten erklärt sind, ist, soweit es sich nicht auch auf Fahrnisse zu erstrecken hat, auf die Anmerkung des executiven Pfandrechtes im Grundbuche und auf einen einmaligen, bei Gericht selbst abzuhaltenden Feilbietungstermin zu beschränken. Als Schätzungs-, beziehungsweise Ausrufungspreis hat stets der zwanzigfache Katastral-Reinertrag zu gelten.

m) Wird bei der Feilbietung ein den Schätzwerth erreichendes Anbot nicht erzielt, so hat das Gericht das Vollzugsverfahren für geschlossen und sämmtliche den Schätzungswerth übersteigende Forderungen für erloschen zu erklären. In diesem Falle ist die Gemeinde, in deren Gebiet das betreffende Bauerngut gelegen ist, verpflichtet, dasselbe zu übernehmen und die auf demselben noch bis zur Höhe des Schätzwerthes haftenden Schulden mit drei vom Hundert jährlich zu verzinsen. Die gleiche Verpflichtung obliegt der Gemeinde, wenn einzelne Grundstücke in ihrem Umkreise zur Versteigerung gelangen.

n) Die Gemeinden haben die Pflicht, aus den auf solche Weise erworbenen Besitzungen nach Thunlichkeit Heimstätten zu bilden und dieselben unbemittelten oder armen aber fleißigen, rechtschaffenen Gemeindegenossen entweder in Pacht oder gegen mäßige Jahresabzahlungen ins Eigenthum zu übergeben. Zur Bestreitung der mit der Erfüllung dieser Obliegenheiten verbundenen Auslagen ist den Gemeinden im Bedarfsfalle ein mit drei vom Hundert verzinslicher, je binnen dreißig Jahren tilgbarer Vorschuß zu gewähren.

o) Das Vollzugsverfahren auf bewegliche Güter ist in der Weise einzuschränken, daß die zum Betriebe der Wirthschaft erforderlichen Bestandtheile, als: Vieh, Geräthschaften, Saatkorn, sowie ausreichende Lebensmittel für die Familie des Schuldners bis zur nächsten Ernte in die Pfändung nicht einbezogen werden dürfen. Die Execution selbst ist in der Weise vorzunehmen, daß die Pfändung und Schätzung gleichzeitig und die Feilbietung an einem einzigen Termine erfolgt.

p) Es ist gesetzlich eine Grenze festzustellen, über welche hinaus ein Bauerngut nicht mit Schulden belastet werden darf.

q) Bei Uebergabe eines Bauerngutes auf einen Erben werden die anderen Erbberechtigten, wenn nicht anderweitige Güter oder Vermögenstheile vorhanden sind, durch einseitig unaufkündbare Schuldverschreibungen auf das Gut entschädigt; die Zinsen dieser Schuldverschreibungen dürfen aber keine solche Höhe erreichen, daß hiedurch dem Bewirthschafter des Gutes bei mittleren Verhältnissen ein seinem Fleiße entsprechender Ertrag nicht erwachsen würde; dafür haben alle erbberechtigten Familienmitglieder im Falle der Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf Erhaltung von Seite des Heimstättenbesitzers.

3. Die Versammlung erklärt die Aufhebung des Wechselrechtes für den Bauernstand für nothwendig und sollen daher Executionen wegen Wechselschulden gegen Angehörige des Bauernstandes überhaupt nicht vorgenommen werden.

4. die Ausschlachtung von Bauerngütern ist als eine gemeinschädliche Handlung strafgerichtlich zu verfolgen.

## II.

1. Die Versammlung drückt die zuversichtliche Erwartung aus, daß sowohl Regierung, als Volksvertretung mit Rücksicht auf die allgemeine mißliche Lage und die überaus gefährdeten und drückenden Verhältnisse, in welchen sich die Landwirthschaft befindet, und mit Rücksicht auf die besonders seit der Zeit der letzten Grundsteuer-Regulirung stetig sinkenden Preise fast aller landwirthschaftlichen Producte eine ausgiebige Ermäßigung der Grundsteuer als eine gerechte, unabweisbare Maßregel anerkennen und zur Durchführung bringen werden. In gleicher Weise erscheint eine Herabminderung der Gebäudesteuer, sowie eine Ermäßigung des Salzpreises dringend geboten, und wird eine gerechte Reform des Systems der Gemeinde-, Schul-, Straßen- und Bezirksumlagen als Bedürfnis anerkannt.

2. Eine progressive Besteuerung des mobilen Capitales (Capital-Rentensteuer, Börse- und Luxussteuern 2c.) und wirksame Vorkehrungen gegen Steuerumgehungen dieses beweglichen Capitales sind, besonders auch mit Rücksicht auf eine gerechte Vertheilung der Lasten, ebenso unbedingt erforderlich, wie die Einführung des Branntwein-Monopoles.

## III.

1. Die Versammlung hält es im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes für dringend nothwendig, daß mit thunlichster Beschleunigung

die Ablösung der Grundschuld durch den Staat ins Werk gesetzt, und daß durch Errichtung einer Reichs-Bauernbank und von Landes-Bauernbanken für einen billigen Realcredit, und durch zweckentsprechende Einführung von landwirthschaftlichen Vorschußvereinen in allen Gemeinden, für einen billigen Personalcredit des Bauernstandes Vorsorge getroffen wird.

2. Die Schaffung eines strengen Gesetzes gegen Wucher jeder Art, mit festem Zinsfuß und mit hohen empfindlichen Strafen erscheint unerläßlich.

3. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß bei der Steuerbemessung die Schuldzinsen von dem Reinertrage in Abzug gebracht werden.

## IV.

1. Die Versammlung erblickt in einer Zolleinigung zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche mit gemeinsamen Schutzzöllen gegen die auswärtige Concurrenz ein wirksames Mittel gegen die Nothlage der einheimischen Landwirthschaft.

2. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die entsprechende Regelung des Tarifwesens zur Förderung der landwirthschaftlichen Production, sowie die Herstellung geeigneter Wasserstraßen, insbesondere des Donau-Oder-Canales, sind gerechte Forderungen des Bauernstandes.

## V.

1. Dem Vagabundenwesen zu steuern, erscheint in erster Linie als eine ernste Aufgabe des Staates.

2. Gegen erwiesenermaßen arbeitsfähige, aber unverbesserliche und arbeitsscheue Vagabunden soll die Gesetzgebung in vollster Strenge einschreiten und nur gegen Diejenigen wäre milde vorzugehen, welche durch Gebrechen erwerblos geworden oder die durch Arbeitsmangel zeitweilig zu herumstreifendem Leben gezwungen sind.

3. Die Errichtung, beziehungsweise die Vermehrung von Zwangsarbeits- und Correctionshäusern, sowie von Rettungshäusern für verwahrloste Kinder erscheint geboten.

4. Die derzeit bestehende Freizügigkeit wäre rücksichtlich der notorisch der Landstreicherei obliegenden zuständigen Zigeuner zu beschränken; rücksichtlich der dem ungarischen Staatsverbande angehörigen Zigeuner wäre ein Verbot des Ueberschreitens der Grenze der diesseitigen Reichshälfte zu erlassen und die Uebertretung dieses Verbotes strenge zu bestrafen.

5 Eltern, welche die häusliche Zucht und die Erziehung ihrer Kinder vernachlässigen und dieselben an dem Besuche der Schule während ihres schulpflichtigen Alters hindern, sollen ihrer elterlichen Rechte für verlustig erklärt werden; für solche Kinder wären Vormünder zu bestellen und die Kinder selbst gegebenen Falles zur Aufnahme in Rettungshäuser für geeignet zu erklären.

6. Eine dem Zwecke der öffentlichen Sicherheit entsprechende Organisation und eine den Bedürfnissen genügende Vermehrung und Vertheilung der Gendarmerie, sowie im Bedarfsfalle die Unterstellung derselben unter die Gemeindevorstände, erscheint geboten.

7. Die Erwerbung eines geeigneten Landstriches zur Errichtung von Strafcolonien, behufs Unterbringung und Beschäftigung gemeinschädlicher unverbesserlicher Individuen, erscheint als dringendes Bedürfnis.

8. Eine entsprechende Reform der Heimatsgesetzgebung und die Armenpflege ist unerläßlich.

## VI.

1. Die Versammlung sieht es als nothwendig und nützlich in wirthschaftlicher und in sittlicher Hinsicht an, daß ein vertrauenswürdiger ehrenwerther Stand von Rechtsanwälten (Advocaten) bestehe.

2. Es wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die jetzigen Einrichtungen und die Stellung der Advocaten einer zweckentsprechenden Beschaffenheit des Standes nicht günstig ist, indem die Advocaten gezwungen sind, aus der Rechtsvertretung ein Gewerbe zu machen.

3 Das immer steigende Eindringen des Judenthums in den Advocatenstand aber läßt mit Recht befürchten, daß bei der bekannten diesbezüglichen Denkungsart dieser Stand in Zukunft immer beträchtlicheren Schaden leide.

4. Die Versammlung stellt es deshalb als Pflicht jedes ehrlichen Volksfreundes hin, daß er die Verstaatlichung der Rechtsanwaltschaft (Advocatur) erstrebe. Dadurch würden die Rechtsanwälte Beamte des Staates, von diesem ernannt und besoldet, während die Vertretungsgebühren an den Staat selbst (etwa durch Stempel) gezahlt würden.

5. Durch diese Verstaatlichung würde aber erreicht:

a) Der Rechtsanwalt wäre nicht abhängig von dem Ertrage seiner Vertretungen; er wäre nicht genöthigt, oft Sachen gegen seine Ueberzeugung zu führen und könnte oft bei aussichtslosen Streitsachen vermittelnd wirken;

b) es wäre der Ueberhandnahme von Rechtsanwaltschaften gesteuert, durch die, ähnlich wie bei einer Gewerbefreiheit, mancher ehrenwerthe Advocat zu allerlei Mitteln gezwungen wird, will er von seinen Geschäftsgenossen nicht zu Grunde gerichtet werden.

6. Für die Gegenwart und als Uebergang zur Verstaatlichung erscheint die Aufstellung eines Tarifes zur Regelung der Vertretungskosten der Advocaten als eine gerechte Forderung bes Bauernstandes.

7. Die Einführung von Schiedsgerichten erscheint geboten.

## VII.

Die Versammlung fordert:

1. Jede Verpachtung der Verzehrungssteuer für Wein und Fleisch auf dem Lande im Nichtabfindungsfalle werde für immer ausgeschlossen.

2. Die Verzehrungssteuer für Wein werde dem Werthe desselben entsprechend herabgesetzt und eingehoben.

3. Die Verzehrungssteuer für Wein werde an den Linien geschlossener Orte jener auf dem flachen Lande vollkommen gleichgestellt.

4. Die Austheilung der Abfindungssumme werde nach Ortsgemeinden und nicht nach Gerichtsbezirken vorgenommen.

5. Die Ueberreichung von Steuer-Anboten für einzelne Verzehrungssteuerbezirke bei den k. k. Finanz-Bezirks-Directionen und deren Annahme durch dieselben vor Ablauf der bezüglichen Abfindungstermine und vor der Abfindungsverhandlung zwischen den Steuerbehörden einerseits, und den steuerpflichtigen Gastwirthen und Fleischhauern anderseits, werde strenge verboten.

6. Die Einhebung der Verzehrungssteuer für Wein und Fleisch auf dem Lande werde der autonomen Ortsgemeinde übertragen.

## VIII.

1. Im Interesse des Bauernstandes erscheint die Einführung einer nur zweijährigen Militär-Präsenzdienstpflicht für jene Wehrpflichtigen wünschenswerth, welche durch das Entlassungszeugnis aus der Volksschule genügende Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen, Turnen und in der deutschen Sprache nachweisen.

2. Die Befreiung von der Militärpflicht erscheint geboten für jene einzigen Söhne von Bauern, denen die Führung der elterlichen Bauernwirthschaft übertragen ist.

3. Der dem Abgeordnetenhause vorliegende Entwurf eines Gesetzes betreffend den Landsturm für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, erscheint in seiner dermaligen Fassung nicht annehmbar.

## IX.

Die Versammlung verlangt:

1. Daß die k. k. Regierung die weinbautreibenden Bezirke von erprobten Sachverständigen durchforschen und hiedurch das etwaige bis heute unbekannt gebliebene Auftreten der Reblaus unter gleichzeitiger Anordnung der gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln amtlich feststellen lasse, und daß ferner die Regierung alljährlich Sachverständige in die von der Reblaus inficirten Weinbaugebiete anderer Staaten entsende;

2. daß in nächster Zeit von der k. k. Regierung eine aus Vertretern derselben, aus Männern der Wissenschaft, aus Sachverständigen und aus Vertretern des Weinbaues zusammengesetzte Reichscommission einberufen werde, welche über die Mittel zur Bekämpfung und Vertilgung der Reblaus zu berathen und die nöthigen Verfügungen in Vorschlag zu bringen habe;

3. daß die Errichtung amerikanischer Rebschulen an geeigneten Orten auf Kosten des Reiches vorgenommen, sowie daß die unentgeltliche Verabfolgung widerstandsfähiger, amerikanischer Rebsetzlinge an die Besitzer bedrohter und zerstörter Weingärten ermöglicht wird;

4. daß die k. k. Regierung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichsrathes zur Ausschreibung eines Staatspreises für den Entdecker eines wirksamen und sich bewährenden Mittels zur vollkommenen Vertilgung der Reblaus einholen solle;

5. daß die k. k. Regierung den Landtagen jener Kronlande, in welchen Weinbau betrieben wird, Gesetzentwürfe vorlege, durch welche die Bestimmungen des § 6 des Gesetzes vom 27. Juni 1885, betreffend

die Uebernahme von wenigstens einem Drittheile der zugesprochenen Entschädigungen auf den Landesfond, ihrer Verwirklichung zugeführt werden, und

6. daß die Lehrer an den Volksschulen Weinbau treibender Bezirke zur Ertheilung des Unterrichtes über das Auftreten der Reblaus, über das Erkennen derselben und über die in der Verbreitung derselben liegenden großen Gefahr, endlich über die Mittel zur Bekämpfung und Vertilgung derselben verhalten werden.

X.

1. Die zweckentsprechende Einführung landwirthschaftlicher Fortbildungsschulen für die der Volksschule entwachsene bäuerliche Jugend wird als nothwendig anerkannt.

2. Die Errichtung landwirthschaftlicher Ortsvereine für das Gebiet der einzelnen Pfarrgemeinden wird bei den Angehörigen des Bauernstandes warm befürwortet.

3. Das Institut der landwirthschaftlichen Wanderlehrer, welche zur Belehrung des Bauernstandes, zur Hebung des landwirthschaftlichen Vereinswesens, zur Bildung von Genossenschaften und zur Anregung in Bezug auf Verbesserung des Wirthschaftsbetriebes eine hohe Bedeutung haben, ist in allen Ländern zur zweckmäßigen Einführung zu bringen.

4. Zur Förderung des Meliorationswesens empfiehlt sich in den einzelnen Ländern die Bestellung von Landescultur-Ingenieuren mit dem erforderlichen Hilfspersonale.

5. Zur Hebung der Landescultur empfiehlt sich die Einstellung höherer Beträge zu Subventionszwecken in die Voranschläge der Länder und des Reiches.

Die Errichtung culturtechnischer Aemter bei den Landesausschüssen wird als Bedürfnis anerkannt.

XI.

Die Versammlung spricht sich für eine dringendst nothwendige zweckdienliche Organisation der Landwirthe aus, und zwar:

1. Für die Gründung von obligatorischen landwirthschaftlichen Genossenschaften als den untergeordneten Organen der Landwirthschaftspflege und

2. zur Vermittlung zwischen Genossenschaften und dem Ackerbauministerium

a) für die Errichtung von Landesculturräthen als den eigentlichen gesetzlichen Organen, betreffend das Meliorationswesen;

b) für die Schaffung von **Ackerbaukammern** mit getrennter Section für Großgrundbesitz und Bauernstand, als den Organen zur Einleitung und Durchführung der so dringend nothwendigen Agrar-Reformen.

XII.

Die Versammlung gibt sich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die in diesen Kundgebungen zu Tage tretenden Wünsche und Forderungen der Vertreter des deutschen Bauernstandes in Oesterreich seitens der k. k. Regierung und seitens der Volksvertretungskörper

die gebührende Beachtung finden werden und beschließt daher die gefaßten Beschlüsse zur Kenntniß der k. k. Regierung, der beiden Häuser des Reichsrathes und der Landesausschüsse in den Provinzen Oesterreichs zu bringen.

Schließlich stellt die Versammlung an alle wahren Freunde des Bauernstandes die dringende Bitte, das Zustandekommen der in diesen Kundgebungen bezeichneten Gesetze und Einrichtungen nach Kräften fördern helfen zu wollen.

# Verband der Deutschnationalen.

Im October 1885 haben die Abgeordneten R. v. Schönerer, J. Fiegl und C. Türk folgende Zuschrift an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses versendet:

## Geehrter Herr Abgeordneter!

Die Unterzeichneten beehren sich hiemit, die Mittheilung zu machen, daß sie **eine parlamentarische Vereinigung** unter dem Namen

## Verband der Deutschnationalen

gebildet haben.

Eingedenk dessen, daß wir Glieder eines großen Volkes sind, wollen wir für Wohlfahrt und Macht, für Sicherung der nationalen Eigenart und für Schutz des nationalen Lebens der Deutschen in Oesterreich jederzeit entschieden eintreten.

Der **„Verband der Deutschnationalen“** stellt sich demnach die Aufgabe, jenen Grundsätzen Geltung zu verschaffen, die in dem Wahlaufrufe der deutschnationalen Partei vom 1. Mai 1885 niedergelegt sind.

Das deutsche Volksthum in Oesterreich befindet sich in einer bedrängten Lage. Damit der maßgebende Einfluß der Deutschen in Oesterreich für die Zukunft gesichert und unberechtigte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs mit Erfolg zurückgewiesen werden können, verlangen wir, daß den Ländern Galizien und Bukowina eine Sonderstellung eingeräumt, und daß Dalmatien, welches staatsrechtlich zu den Ländern der ungarischen Krone gehört, auch thatsächlich von Ungarn verwaltet werde.

Ferner verlangen wir, daß bei der bevorstehenden Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn zur Wahrung der Interessen der diesseitigen Reichshälfte der Dualismus durch die Personal-Union ersetzt werde.

Zur Verhinderung von Schädigung und Ausbeutung jeder Art, sowie zur Besserung der traurigen Lage des Bauern-, Gewerbe- und Arbeiterstandes ist es nothwendig, daß, bei gleichzeitiger Entlastung des Mittelstandes und bei ausgiebiger Heranziehung des beweglichen Capitals, insbesondere der Börsengeschäfte zur Steuerleistung, durch umfassende wirthschaftliche und sociale Reformen den producirenden Classen der Ertrag ihres Fleißes gewährleistet, und jedem ehrlich arbeitenden Staatsbürger ein menschenwürdiges Dasein bis an sein Lebensende gesichert werde. Wir verlangen daher die Durchführung einer wirthschaftlichen Reformpolitik in dem Sinne, wie sie Fürst Bismarck im Deutschen Reiche in Angriff genommen hat.

Zur Durchführung solcher Reformen ist die Beseitigung des **jüdischen** Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und Schutz gegen die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die

Presse, vor Allem aber die Schaffung einer wirklichen, auf gerechter und volksthümlicher Grundlage beruhenden Volksvertretung unerläßlich.

Auf sich allein angewiesen ist Oesterreich schweren Gefahren ausgesetzt. Unser natürlicher Bundesgenosse kann nur das stammverwandte Deutschland sein; ein dauerndes Bündnis mit demselben zu knüpfen, ist für uns überdies ein Gebot nationaler Selbsterhaltung; wir verlangen daher die Befestigung des zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche bestehenden Bündnisses durch einen Staatsvertrag, welcher auch eine Einigung auf wirthschaftlichem Gebiete zu umfassen hätte.

Indem wir somit ersuchen, von der Bildung des **„Verbandes der Deutschnationalen“** gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen,

zeichnen hochachtungsvoll

Wien, 8. October 1885.

die Reichsraths-Abgeordneten:

**G. R. v. Schönerer, Josef Fiegl, Carl Türk.**

Diesem „Verbande der Deutschnationalen“ sind auch der im Mai 1886 wiedergewählte Abgeordnete Heinrich **Fürnkranz**, sowie der im April 1887 neugewählte Abgeordnete Ernst **Vergani** beigetreten.

# Auszug aus den Satzungen

des Vereines

# „Deutschnationaler Verein“

**(Stand im Jahre 1887: 1180 Mitglieder.)**

### § 1.

Der politische Verein: **„Deutschnationaler Verein“** erstreckt seine Wirksamkeit auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und **hat seinen Sitz in Wien.**

### § 2.

Der Verein bezweckt die Stärkung des deutschen Stammesbewußtseins, die Besprechung nationaler, politischer und wirthschaftlicher Fragen.

### § 3.

Die Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes sind:

a) Abhaltung von Vereinsversammlungen, Vorträgen, Discussionen, sowie von Wanderversammlungen;

b) Herausgabe und Verbreitung von Druckschriften, insbesondere eines Vereinsorganes;

c) Resolutionen, Petitionen und Adressen;
d) rege Betheiligung und Einflußnahme auf die Wahlen in die Vertretungskörper.

§ 4.

Jeder großjährige eigenberechtigte deutsche Mann*), der das Staatsbürgerrecht in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern besitzt, kann Mitglied des Vereines werden.

§ 5.

Die Aufnahme in den Verein erfolgt über Vorschlag eines Mitgliedes durch den Vorstand. Ebenso steht diesem das Recht der Ausschließung zu.

# Schulverein für Deutsche.

Die gründende Versammlung des „Schulvereines für Deutsche“ fand am **5. Juli 1886** in **Graz** statt.

Zum Vorstand wurde Herr Moriz Richter in Graz, Färbergasse Nr. 1, und zum Obmann des Aufsichtsrathes wurde Abg. v. Schönerer gewählt.

## Auszug

aus den behördlich genehmigten Satzungen des „Schulvereines für Deutsche.“

§ 1.

Der Schulverein für Deutsche ist eine freie Vereinigung zur Förderung deutscher Erziehung und deutschen Unterrichtes in Oesterreich. Der Verein erstreckt seine Thätigkeit über alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit Ausnahme von Galizien, der Bukowina und Dalmatien, insbesondere aber auf Steiermark, Kärnten und Krain.

Der Sitz und die Leitung des Vereines ist in Graz.

§ 2.

Als Mittel zur Erreichung seines Zweckes dienen dem Vereine die Veranstaltung von Vorträgen, die Herausgabe und Verbreitung von Druckschriften, die Unterstützung bereits bestehender, sowie die Errichtung und Erhaltung neuer deutscher Schulen und Kindergärten, die Anstellung von Lehrkräften, endlich die Unterstützung von Personen, Anstalten und Unternehmungen, welche im Sinne des Vereinszweckes wirken.

§ 3.

Die Beschaffung der hiezu erforderlichen Geldmittel geschieht durch Einhebung regelmäßiger Beiträge von den Vereinsmitgliedern, durch Entgegennahme von Spenden, durch Einleitung von Sammlungen, sowie durch Veranstaltung von Vorträgen, musikalischen Aufführungen, sonstigen Unternehmungen und Festlichkeiten unter Beobachtung der hiefür bestehenden gesetzlichen Vorschriften.

---

*) **Juden** können daher nicht Mitglieder dieses Vereines werden.

§ 4.

Mitglieder des Vereines können **Deutsche** ohne Unterschied des Geschlechtes werden. (**Juden** können daher nicht Mitglieder dieses Vereines werden.)

§ 5.

Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt durch die Vereinsleitung, welcher auch das Recht der Ausschließung zusteht.

Im Falle der Verweigerung der Aufnahme oder aber des Ausschlusses steht es dem davon Betroffenen frei, die Berufung an das Schiedsgericht zu ergreifen, doch kann von diesem Rechte nur binnen dreißig Tagen, vom Tage der Verständigung von der betreffenden Entscheidung der Vereinsleitung an gerechnet, Gebrauch gemacht werden.

§ 6.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Vereinszweck nach Kräften zu fördern und entweder bei seinem Eintritte einen einmaligen Beitrag von mindestens zwanzig Gulden oder aber zu Beginn eines jeden Jahres, beziehungsweise bei seinem Eintritte, einen Jahresbeitrag von mindestens Einem Gulden zu leisten.

Die einmaligen Beiträge sind in sicheren Werthen fruchtbringend anzulegen und nur die Zinsen hievon für den laufenden Bedarf zu verwenden.

§ 7.

Die Mitglieder des Vereines haben das Recht, mit Zustimmung der Vereinsleitung Ortsgruppen zu bilden, doch darf keine derselben weniger als zehn Mitglieder zählen.

An der Spitze jeder Ortsgruppe steht ein von derselben mittelst Stimmzetteln für die Dauer eines Jahres gewählter Ausschuß, welcher aus einem Obmanne, einem Obmann-Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Zahlmeister zusammengesetzt ist und im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes das Recht hat, sich durch Zuziehung eines Ortsgruppenmitgliedes als Ersatzmann zu ergänzen.

§ 8.

Jeder Ortsgruppe steht das Recht zu, Mitgliedern ohne Angabe von Gründen den Eintritt in die Ortsgruppe zu verweigern.